KONGRESS 2000

Ende des globalen Kapitalismus
Das Neue Historische Projekt

www.puk.de: Politik und Kultur – puk e. V., Göttingen

VORWORT

„Ende des globalen Kapitalismus – das Neue Historische Projekt“. Unter diesem Titel fand am 20./21. Mai 2000 ein Kongress der Initiative „Perspektive unabhängige Kommunikation“ e.V. in der Göttinger Universität statt. Mehr als 200 Interessierte folgten den Redebeiträgen der eingeladenenen ReferentInnen aus Deutschland, Mexiko, Kuba und Brasilien und beteiligten sich rege an der Diskussion über die kapitalistische Globalisierung, die Bewegung gegen den Neoliberalismus und den Vorschlag der lateinamerikanischen Genossen für ein Neues Historisches Projekt als Alternative zum Kapitalismus.

Obwohl der Kongress bereits längere Zeit zurückliegt, sind die damals geführten Diskussionen immer noch aktuell. Die Antwort der Führungsmächte dieser Welt auf die sich zuspitzenden ökonomischen und sozialen Widersprüche lautet: Krieg nach außen und Repression nach innen. Aber auch die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung hat an Stärke gewonnen, und es beginnen sich grenzübergreifende Zusammenschlüsse zu bilden. Nicht zuletzt die jüngste Entwicklung in Argentinien zeigt, dass das neoliberale Modell keine Antworten zu bieten hat und dass die Bevölkerung dies begreift und beginnt, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Auch die Diskussion um das Neue Historische Projekt hat sich weiterentwickelt – in einigen lateinamerikanischen Ländern sind Basisgruppen entstanden, und in diesen Tagen konstituiert sich auf einem internationalen Kongress die „Lateinamerikanische Bewegung für partizipative Demokratie“.

Mit der vorliegenden Textsammlung wollen wir der auch in Deutschland auflebenden Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung Materialien für eine vertiefte Diskussion um gesellschaftliche Alternativen zu Kapitalismus und formaler Demokratie an die Hand geben. Dazu wurden die auf Video aufgenommenen Vorträge der ReferentInnen in Schriftform gebracht und durch einige Bilder und Grafiken ergänzt. Die Beiträge derReferentInnen wurden in der Regel wörtlich übernommen, der besseren Lesbarkeit halber wurden lediglich geringfügige stilistische Veränderungen durchgeführt. Aus technischen Gründen konnten einige Diskussionsbeiträge leider nicht oder nicht vollständig wiedergegeben werden. Wir bitten dies zu entschuldigen.

Die Diskussion um das Neue Historische Projekt wird ergänzt durch ein aktuelles Interview mit Prof. Dr. Heinz Dieterich, der über die jüngsten theoretischen und praktischen Entwicklungen in Lateinamerika berichtet.

Unser Internet-Projekt „Politik und Kultur“ unter der Adresse www.puk.de ist außerdem mit einer neuen Version online gegangen, die Diskussionen zum Neuen Historischen Prokekt ermöglicht. Dort werden uns auch die lateinamerikanischen GenossInnen über ihre Bewegung und deren theoretischen und praktischen Fortschritte informieren.

Wir hoffen, mit dieser Broschüre und den darin enthaltenen Diskussionen einen Beitrag für alle zu leisten, die sich auf der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen zum globalen Kapitalismus befinden und „in Bewegung“ bleiben wollen.

In diesem Sinne, Venceremos,
Euer puk e.V.
(Perspektive unabhängige Kommunikation)
Göttingen, 1. März 2002

In eigener Sache:
Der Kongress hat in unserer Kasse ein Defizit von ca. 3.000 Euro hinterlassen, bedingt durch die Blockade-Politik des rechten Göttinger AStA, der eine bereits zugesagte Unterstützung der Göttinger Fachschaftsräteversammlung in etwa dieser Höhe rückgängig machte und die Gelder bis heute sperrt. Zur Zeit läuft deswegen eine gerichtliche Auseinandersetzung, deren zeitlicher Ausgang aber ungewiss ist. Wir sind daher für jede finanzielle Unterstützung dankbar.

puk e.V. – Perspektive unabhängige Kommunikation
Sparkasse Göttingen,
Konto-Nr. 50 58 73 77, BLZ 260 500 01

(Spenden an den puk e.V. sind nicht absetzbar)

BEGRÜßUNG UND EINLEITUNG

Stefan Rehfus, Perspektive unabhängige Kommunikation e.V., Göttingen

Hallo und guten Morgen,

ich möchte Euch ganz herzlich im Namen des Vereins Perspektive unabhängige Kommunikation – auch bekannt als puk – hier in der Universität Göttingen auf dem Kongress begrüßen. „Ende des globalen Kapitalismus – das Neue Historische Projekt“, so der Titel dieses Kongresses.

Das ist sicherlich ein provokanter Titel, denn viele werden in Frage stellen, dass das Ende des Kapitalismus in greifbare Nähe rückt. Im Gegenteil – so sagten uns viele bereits im Vorfeld des Kongresses – sei der Kapitalismus doch gar nicht am Ende, er sei doch so stark wie noch nie, er habe auf ganzer Linie gesiegt, und alle Alternativen dazu seien doch zusammengebrochen oder – soweit es sie noch gibt – in der Defensive. Das mag stimmen.

Aber der Kapitalismus hat auch für die Zukunft keine Perspektive zu bieten, die ein Leben aller Menschen weltweit in Würde ermöglicht. Er kann und will keine soziale Gerechtigkeit bieten. Und weder allen Menschen auf dieser Welt genügend Nahrung geben, noch Bildung, noch Kleidung und alles weitere Lebensnotwendige. Und er kann keine Freiheit bieten, denn jeder Mensch ist gezwungen, seine Arbeitskraft zu verkaufen, um über die Runden zu kommen. Und über die Bedingungen, unter denen dies geschieht, entscheiden nur einige Wenige, die ie Macht dazu haben. Dabei blieben viele Menschen auf der Strecke – weltweit.

Unter der Überschrift „Drei Milliardäre sind reicher als 48 arme Staaten“ zitierte das Göttinger Tageblatt vom 21. März, also vor genau 2 Monaten, eine Armutsstatistik der Vereinten Nationen. Darin heißt es, dass das Vermögen der drei reichsten Männer der Welt heute größer ist als das Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Länder zusammen. Immerhin mit einer Bevölkerung von 600 Millionen Menschen – einem Zehntel der Weltbevölkerung. Dieses Zehntel ist mit einem Anteil von nur 0,3 % am Welthandel beteiligt – halb soviel wie noch vor 20 Jahren.

Daran wird deutlich, wie sehr sich die Schere zwischen Arm und Reich durch die gemeinhin als Neoliberalismus – oder populär als „Globalisierung“ bezeichneten Prozesse vergrößert hat. Das, was von Clinton, Blair, Schröder, Fischer und anderen als Weg aus der Wirtschaftskrise bezeichnet wird, führt auf der anderen Seite zu wachsender Armut und Perspektivlosigkeit. In den Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens, inzwischen auch Osteuropas. Zunehmend aber auch hier, in den bisherigen kapitalistischen Wohlfahrtinseln selbst.

Der Kapitalismus ist ideologisch und moralisch in einer Krise – eben weil er keine positiven Perspektiven für die Zukunft aller Menschen zu bieten hat. Das führt heute dazu, dass von Sozialdemokraten bis hin zu Konservativen Stimmen laut werden, die eine Eindämmung der ungehinderten Marktkräfte fordern. Aber das ist Hilflos. Wie der Zauberlehrling, der die Geister, die er rief, nicht wieder los wird. Denn auch der Kapitalismus der vergangenen Jahre war für die meisten Menschen auf dieser Welt kein besserer. Jeder Versuch, den Kapitalismus positiv zu reformieren und seine Wirtschaftsweise eben nicht prinzipiell in Frage zu stellen, hat letztendlich nur zu seiner Perfektionierung beigetragen – mit den bekannten Folgen.

genua 20. juli 2001 - carlo giuliani bei der demo gegen den g8-gipfel von der polizei erschossen.

So sehen wir einer Zeit entgegen, in der es nicht weniger Armut geben wird, sondern mehr. Nicht mehr Demokratie, sondern weniger Demokratie. Und nicht weniger Kriege, sondern mehr Militäreinsätze zur Sicherung und Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. So heißt es unverhohlen in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundeswehr: Ungehinderter Zugang zu Märkten und Rohstoffen weltweit – notfalls mit Waffengewalt.

Wir sind der Meinung, dass wir eine neue gesellschaftliche Diskussion brauchen. Die Probleme, die ich angerissen habe, sind bekannt und vielfältig analysiert. Es muss heute aber auch darum gehen, mögliche gesellschaftliche Alternativen jenseits des Kapitalismus zu diskutieren und zu entwickeln. Und es muss darum gehen, wie es möglich ist, den vielfältigen Protest, die Kritik und den Widerstand, den es bereits weltweit gibt, zu bündeln und zusammenzubringen.

Genau das haben wir für Heute und Morgen geplant, und wir denken, die Referenten und die Referentin werden für sich sprechen. Wir werden genauso über den Widerstand auf der Straße – von Seattle bis Mexico-City –reden wie über die Entwicklung eines Neuen Historischen Projekts, das unsere Lateinamerikanischen Freunde hier vorstellen werden. Dieses Projekt wird in ihren Ländern bereits diskutiert, und es ist sicher notwendig, auch hier damit zu beginnen.

In unserem eigenen Beitrag werden wir zusammen mit dem Projekt Interkonti aus Berlin auf die Möglichkeiten zur Nutzung des Internet eingehen. Für die Diskussion, Vernetzung und Organisierung von politisch, sozial und kulturell engagierten Gruppen. Gruppen, die gemeinsam auf der Suche sind nach Alternativen, die ein Leben aller Menschen nach den Leitsätzen der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ermöglichen.

Ich wünsche uns allen eine spannende, vielleicht kontroverse, aber hoffentlich konstruktive Diskussion, die uns dem Ziel vielleicht näher bringt: Ende des globalen Kapitalismus!

Ist eine nicht-kapitalistische Globalgesellschaft möglich?

Hermann L. Gremliza, Herausgeber der Zeitschrift konkret, Hamburg

Ich weiß nicht, was die Veranstalter bewogen hat, ausgerechnet mich zum ersten Beitrag für diesen Kongress zu bitten, denn ich bin ganz gewiss kein Visionär, kein Pläneschmied, kein Projektemacher. Ich bin Kritiker, und die Pflicht des Kritikers ist es, Kritik zu machen. Auf die Frage, woran sich das Positive festmacht, dürfen Sie von mir keine Antwort erwarten.

Normalerweise kommt erst die Aufführung und dann die Kritik – Sie müssen sich das also jetzt so vorstellen, als hören sie erst die Kritik und gehen dann ins Theater.

Meine Kritik geht von der Prämisse aus, dass für jeden politischen Neubeginn die radikale Kritik der Vorläufer zu stehen hat. Wer nicht weiß oder nicht wissen will, woran die letzten emanzipatorischen Anläufe gescheitert sind, was die inneren Gründe waren und die äußeren, warum der Rote Oktober schließlich in Kapitulation endete und die neuen sozialen Bewegungen in Sozialdemokratie und Schlimmerem, der ist verdammt, die gemachten Fehler zu wiederholen, mit dem gehabten Ergebnis.

Aber ich beginne mit etwas ganz anderem, nämlich der Darstellung dessen, was vor 10 Jahren noch das letzte größere neue Projekt war, die „One World“, die neue Weltordnung. Schneller als sie hat sich noch kein politisches Programm blamiert. Sie ist aber zugleich die Wirklichkeit, vor der sich unsere Diskussionen zu bewähren haben. Eine Wende zu goldenen Zeiten hatten die Propagandisten der Neuen Weltordnung angekündigt. Es dauerte keine 6 Jahre, bis die Tageszeitung (taz), die sich an dieser Ausrufung strahlend beteiligt hatte, weinend mitteilen musste (Zitat): „Die Welt wird immer ungerechter“. Der Bericht über die menschliche Entwicklung, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), hatte nämlich schon 1996, also nach sechs Jahren „Neuer Weltordnung“ festgestellt: „Die ärmsten 20 % der Weltbevölkerung erlebten in den letzten 30 Jahren einen Rückgang ihres Anteils am Welteinkommen von 2,3 auf 1,4 %. Dagegen stieg der Anteil der reichsten 20 % von 70 % auf 85 %. Damit verdoppelte sich das Verhältnis zwischen den Anteilen der Reichsten und der Ärmsten von 30:1 auf 61:1. Das Vermögen der 358 Milliardäre auf der Welt überstieg das jährliche Gesamteinkommen der Länder, in denen die 45 ärmsten Prozent der Weltbevölkerung leben. Der Abstand zwischen Industrie- und Entwicklungsländern beim Pro-Kopf-Einkommen verdreifachte sich zwischen 1960 und 1993. Seit 1980 stieg in rund 15 Ländern das Wirtschaftswachstum sprunghaft an. Dies brachte der Mehrzahl ihrer 1,6 Milliarden Menschen, einem Viertel der Weltbevölkerung, eine gewaltige Einkommenssteigerung. Über beinahe den gleichen Zeitraum hinweg kam es jedoch in rund 100 Ländern zu einem wirtschaftlichen Rückgang oder zur Stagnation, so dass die Einkommen von 1,5 Milliarden Menschen – ebenfalls mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung – verringert wurde. In 70 dieser Länder sind die Durchschnittseinkommen heute niedriger als 1980, in 43 sogar niedriger als 1970. Während zwischen 1965 und 1980 für 200 Millionen Menschen das Pro-Kopf-Einkommen zurück ging, traf dies im Zeitraum von 1980 bis 1993 auf fast 1 Milliarde Menschen zu“. Zitatende.

Wenn die Welt ein globales Dorf ist, wie es so schön heißt, dann kamen schon Mitte der neunziger Jahre auf ein Landhaus drei Jauchegruben, und in den Villen bröckelte der Putz. In den reichen Industrieländern, den OECD-Staaten, lebten trotz hoher Pro-Kopf-Einkommen – im Schnitt 20.000 Dollar – mehr als 100 Millionen Menschen unterhalb der nationalen Armutsgrenzen. Und in den Jauchegruben sah es anno 1996 bereits so aus: die Wachstumsraten seit 1990 lagen im Jahresdurchschnitt in Georgien bei -28 %, in Armenien und Asserbaidschan bei -16 %. In allen Staaten Osteuropas war die Lebenserwartung der Erwachsenen gesunken, die Kindersterblichkeit – bester Indikator materieller Lebensqualität – entwickelte sich in Richtung Lateinamerika, wo jährlich 600.000 Kinder unter fünf Jahren sterben. Die Todesrate bis zum 5. Lebensjahr betrug 1994 – das sind die letzten in dem Bericht zitierten Zahlen – pro 1.000 Kinder in Uruguay 21, in Argentinien 27, auf den Bahamas 28, in Mexico 32, Paraguay 34, Ecuador 57, in Brasilien 61, in Guatemala 70, in Bolivien 110. In Kuba – der UNO-Bericht vermerkt es diskret – 10.

Die Standortpolitik der OECD-Staaten, die ihren Reichtum durch die Senkung der Masseneinkommen verteidigen, wird die Masseneinkommen in anderen Teilen der Welt noch schneller absenken, wird von der UNO befürchtet, so dass von den 40 Mark, die der Bericht etwa als das voraussichtliche durchschnittliche monatliche Einkommen in Afrika südlich der Sahara im Jahr 2030 prognostiziert – 40 DM – vielleicht nur die Hälfte übrigbleibt.

Die beiden bevölkerungsreichen Wachstumsländer, denen der Bericht bei gleichbleibender Entwicklung einen Anschluss an das Einkommensniveau der OECD-Länder für die Jahre 2050 – China- und 2100 – Indien – verspricht, werden ein paar Jahrhunderte länger warten müssen.

Die Diagnose ist nicht neu, klagte die „ZEIT“, nur wagt sich niemand an die Therapie. Was von der „Neuen Weltordnung“ damals, als sie ausgerufen wurde, außerdem erwartet worden war, will ich an einem Zitat, wiederum aus der tageszeitung (taz) verdeutlichen, in deren Leitartikel es Ende 1991 hieß: „Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Scheinalternative werden nun – und das ist begrüßenswert – viele regionale Konflikte auf der Welt beigelegt“.

Wie blöde diese Ansicht schon war, als sie ausgesprochen wurde, wollte damals, als ich sie zitierte und es sagte, keiner hören. Heute, nachdem die neue Weltordnung Kriege sogar in Europa wieder möglich gemacht hat, lässt sich sagen, dass – wie fast immer bei Prognosen aus diesem Milieu – das genaue Gegenteil eingetreten ist.

Betrachten Sie es bitte nicht oder nicht nur als Zeichen meiner Eitelkeit, wenn ich zum Beweis, dass man bereits 1989 bessere Einsichten haben konnte, drei Vorhersagen zitiere, die ich zu jener Zeit gemacht habe. Es gibt übrigens weniges, was Deutschlands berühmteste Leitartikler mehr fürchten, als das man ihnen noch einmal den Quatsch nachdruckt, den sie in den Jahren der „großen Wende“ über die „Friedensdividende“ und andere goldenen Aussichten verzapft haben. Also, ein Gedanke aus dem Jahre 1989:

„Was wird folgen auf den realen Sozialismus?“

Zunächst und ziemlich bald die Erkenntnis, dass der reale Sozialismus eine Einwegflasche war, bei deren Rückgabe kein Pfand für den Erwerb eines neuen zu erlösen ist. Dass kein anderer, schönerer, besserer in diesen Jahren so wenig zu haben ist, wie er in diesem Jahrhundert je zu haben war. Sodann wird bemerkt werden, dass die Erneuerer und die Verbesserer des Sozialismus nur bis zur Zerschlagung des Realen gebraucht wurden. Noch schneller werden die ewigen Lieblinge der Bürgermedien, die Damen und Herren

vom 3. Weg und vom „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, um ihr soziales Prestige kommen. Und schließlich wird sich herausstellen, dass das Ende des realen Sozialismus nicht nur keinen Anfang eines anderen, besseren, sondern auch nicht den Beginn bürgerlicher Demokratie bedeutet. Die gedeiht nämlich (…) nur in Reichtum“.

Aus dem April 1990:

„Die realsozialistischen Staaten Osteuropas, früher auch „2. Welt“ genannt, werden nicht, wie sie hoffen, Teil der 1., sondern der 3. Welt werden, deren Grenze zur Ersten bis auf Weiteres an Oder und Neiße verlaufen wird. Ein stückweit östlich der Neiße aber wird entstehen, was die Welt noch nicht gesehen hat. Ein konventionell und atomar auf Weltniveau gerüstetes Entwicklungsland, nicht mehr eine außerhalb ihres Machtbereichs friedliche, berechenbare, viele chauvinistische Völkerschaften unter Kontrolle haltende und den Erwerb der dringendsten Lebensmittel sichernde Sowjetunion, sondern ein selber chauvinistisches, rassistisches, hungerndes und frierendes Russland, dass in Kämpfe mit Dutzenden ebenso chauvinistischer, rassistischer, hungernder und frierender, aber befreiter Nachbarn ist – vom Baltikum bis zum Kaukasus“.

Ich nehme an, dass sich herumgesprochen hat, dass alles ziemlich so eingetreten ist.

„Vielleicht erreicht Russland“, hieß es damals weiter, „durch billige Rohstoffexporte das Niveau Brasiliens. Vielleicht, wenn im Austausch für Jeans Gorbatschows Nachfolger Jelzin soviel Erdöl liefert, dass der Erdölpreis noch fällt und fällt“ – auch das war sechs Jahre später eingetreten.

Mai 1991 – das letzte Zitat –

„Erst wenn es mit Gewissheit niemandem mehr nützen kann, wird man zu erkennen beginnen, welchen seltenen Glücksfall die Existenz der sozialistischen Staaten bedeutet hat.
Nicht für den Sozialismus oder Kommunismus, sondern bloß für Verhältnisse auf der Welt, die trotz aller Kriege und Nöte auf der Welt, die sie mit sich brachten, leidlich friedlich und für den größeren Teil der Menschheit gerade noch erträglich waren, weil sie – solange die Imperialisten nicht alleine herrschten – fast jedem, auch dem schärfsten Gegner des bürokratischen Stalinismus, noch eine Hoffnung ließen. Verglichen aber mit denen, die nun unabwendbar scheinen, werden die Verhältnisse, die endlich beseitigt sind, bald paradiesisch erscheinen“.

Der Kongress dieses Wochenendes stellt sich, so ist zu hoffen, den tatsächlichen Resultaten, die diese Neue Weltordnung herbeigeführt hat. Dazu schicken die Veranstalter einige Prämissen voraus, gegen die ich ein paar kritische Einwände formulieren möchte. Die erste Prämisse heißt: „Wir sind nicht am Ende der Geschichte“. Wahr ist, viele gesellschaftliche Ordnungen haben sich in der Geschichte der Menschheit für den Höhe- oder Endpunkt menschlicher Entwicklung gehalten. Die Sklavenhaltergesellschaft, der Feudalismus, jetzt der Kapitalismus, der seit der Kapitulation der realsozialistischen Staaten die Welt in seinem Griff hat. Wahr ist auch, dass diese Ordnungen immer wieder durch neue, andere, modernere abgelöst wurden: durch Rebellion, Revolution, Krieg… Warum sollte es diesmal anders sein? Ohne wieder eine definitive Antwort zu versuchen, möchte ich doch Zweifel an der Gewissheit anmelden, dass die heutige Ordnung gestürzt werden kann und wird, wie alle anderen Ordnungen zuvor. Dagegen spricht Verschiedenes. Einmal, dass die derzeitige Herrschaft über Mittel verfügt, die keiner ihrer Vorgängerinnen zur Verfügung gestanden haben. Sie verfügt über ein System der Information und Meinungsbildung, das es ihr ermöglicht, das Marxsche Gesetz, wonach das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimmt, erstmals in der Geschichte auf Dauer außer Kraft gesetzt zu haben. Nie konnten Menschenmassen so dauerhaft falsch informiert oder belogen werden. Nie zuvor hatten die Herrschenden alle technischen und menschlichen Instrumente zur Herstellung von Bewusstsein und Befindlichkeit so uneingeschränkt in ihrer Hand, in ihrem privaten Besitz. Zu den Mechanismen ein kleines, scheinbar folgenloses Beispiel, das aber doch lehrreich ist: Vergleichen Sie einmal die Wettervorhersagen der öffentlich-rechtlichen Sender mit denen der privaten. Sie werden feststellen, dass bei den Privaten die Aussichten immer ein bisschen sonniger sind. Warum? Weil die zuständige Redaktion für ein werbefreundliches Umfeld zu sorgen hat. Gute Wetteraussichten bis sonnig – das geborene Produkt. Natürlich gibt es dazu keine sozialwissenschaftliche Studie, es handelt sich hier nur um eine Beobachtung. Das ist ein sehr launig wirkendes Beispiel im kleinen. Im größeren Maßstab haben wir es beim Kosovo-Krieg sehen können.

Dagegen, dass die heutige Ordnung gestürzt werden kann und wird wie alle anderen Ordnungen zuvor, spricht zweitens, dass die große Mehrheit der Menschen jener ersten Welt, also der kapitalistischen Zentren – früher sagte man „der Metropolen“ – bis hin zu jenen, die als arm gelten, von der Aufrechterhaltung dieser Ordnung profitieren. Jedenfalls materiell, bei gewiss psychisch weiterer Verelendung. Der weltweit äquivalente Tausch – das ahnen alle, und wie ich finde, und wie sich errechnen lässt, ganz zu recht ahnen sie dies – würde den britischen Facharbeiter und den deutschen Arbeitslosen noch ärmer machen.

Die Massen handeln also tatsächlich in ihrem eigenen Interesse, wenn sie die bestehende Ordnung verteidigen helfen. Und das tun sie unstreitig und vielleicht deshalb, weil sie das ahnen. Gewiss, weil sie das ahnen! Dagegen, dass die heutige Ordnung gestürzt werden kann wirkt drittens, dass die Herrschenden – und dies zum ersten Mal in ihrer Geschichte – über Waffen verfügen, mit denen alles menschliche Leben auf der Erde oder in einzelnen ihrer Teile ausgelöscht werden kann. Das ist ein absolutes Novum, es kann mit der Auslöschung ganzer Kontinente gedroht werden, und zwar realistisch.

Was mir bei der Lektüre der politischen Ziele Ihres Projekts besonders aufgefallen ist, ist eine gewisse Blauäugigkeit. Da werden von der grenzenlosen Solidarität der Lohnabhängigen und Erwerbslosen, dem uneingeschränkten Zugang zu den Medien alle schönen Dinge aufgeführt, die zu haben prima wäre, ohne dass die geringste Vorstellung davon herrscht, wie sie von wem herbeigeführt werden können. Ich weiß nicht, ob die Älteren unter Ihnen sich an die „BIMS-Seiten“ im Satire-Magazin „Pardon“ in den sechziger Jahren erinnern. Die standen unter dem Motto: „Pro bono, contra malo“ – für das Gute, gegen das Schlechte. Daran musste ich denken. Ich sagte „blauäugig“ und will zum Beleg nur einen Wunsch aus Ihrem Katalog herausgreifen. Das Bekenntnis zur „Basisdemokratie“. Basisdemokratie in einer Gesellschaft, die so manipuliert, manipulierbar ist wie alle, die wir kennen, ist – mit Verlaub – die Hölle. Ich weiß, dass parlamentarische Demokratie eine bürgerliche Herrschaftsform ist, und dennoch bin ich ihr dankbar, dass sie so viele Entscheidungen der sogenannten Basis entzieht. Oder will wirklich jemand die Gewährung von Asyl oder die Aufnahme von Flüchtlingen dem Votum von Dorfgemeinschaften, zumal deutschen Dorfgemeinschaften, unterwerfen? Und wir leben ja in diesem Lande hier, da müssen wir erst mal hier gucken, was wir hier tun, bevor wir Pläne für Südamerika machen.

Und noch eine Bemerkung. Es ist viel vom „internationalen Kapital“ die Rede. Das gibt es – gewiss. Aber dieses weltweit, über Grenzen hinweg, also international agierende Kapital setzt sich aus lauter nationalen Kapitalen zusammen. Dieses nationale Kapital ist nicht national aus Heimatliebe, sondern weil allein der nationale Staat ihm mit seinem Gewaltapparat Schutz und sichere Expansion gewähren kann. Das internationale Kapital hat weder eine Polizei noch ein Militär. Der Nationalstaat kann die Polizei schicken, die den Fabrikbesetzer verhaftet oder hinausprügelt und – bis heute jedenfalls – schickt auch der Nationalstaat die Soldaten. Die Frage, ob deutsche Piloten Belgrad bombardieren sollten, wurde trotz Vereinten Nationen und NATO nicht in New York oder in Brüssel, sondern in Berlin entschieden. Und zwar, wie es in den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) der Bundeswehr heißt, nach „nationalem Interesse“. Dass von diesem nationalen Interesse der auferstandenen Weltmacht Deutschland in dem Papier zu diesem Kongress, der in diesem Staat stattfindet, und der ein Neues Historisches Projekt diskutieren soll, mit keinem Wort die Rede ist, ist schon sehr merkwürdig. Noch merkwürdiger, wie wenig in die Überlegungen jener Konflikt eingegangen ist, der fast in allen weltpolitischen Krisenherden weltweit unausgesprochen virulent ist und übrigens erheblich zum Krieg gegen Jugoslawien beigetragen hat. Ich spreche vom neuen kalten Krieg zwischen den USA und Euro-Deutschland. Die USA waren zu lange unbestrittene Vormacht der einen, guten Hälfte der Welt im Kampf gegen das „Reich des Bösen“ gewesen, als dass sie sich hätten bewusst bleiben können, wie sehr ihre Rolle an die Existenz dieses Feindes geknüpft war, und dass die Macht, die aus den atomaren Abschussrampen kam, mit dem Feind dahinschwinden würde. In der neuen Weltordnung zählen Beziehungen, Waren, Währungen. Als Führungsmacht hatten die Amerikaner sich weltweit unbeliebt gemacht, aus respektablen Gründen mitunter, mit ihrem Einsatz für Israel bei den Arabern. Aus weniger ansehnlichen Gründen zumeist in Nicaragua, Chile, Kuba, Vietnam usw. Überall, wo die Amerikaner in „Verschiss“ gerieten, hatten die Deutschen Freundschaften aus alten Zeiten und Motiven aufgefrischt oder neu begründet. Und so ist es leider wahr, dass heute kein Fremder im vorderen Orient oder in Lateinamerika beliebter ist, als – im völkischen Singular gesprochen – „der Deutsche“. Härter noch treffen die ökonomischen Folgen der Wende die alte Weltmacht.

Die USA waren daran gewöhnt, ihre politische und militärische Dominanz als unüberziehbare Bürgschaft für die Aufnahme von Krediten zu betrachten. Ihre Schulden drückten, solange auf dem Weltmarkt der Dollar die dominierende Währung war, nur auf dem Papier.

Der Euro, der den Dollar als Leitwährung ablösen soll und nach neuer Einschätzung auch wird, könnte die USA zum Sanierungsfall machen. US-Verteidigungsminister Cohen war es, der schon 1998 im Streit um den Militärschlag gegen den Irak sagte: „Viele Europäer seien von der Verteidigung gemeinsamer

Interessen abgelenkt wegen der Fixierung auf die Währungsunion.“ Über die Schwäche des Euro lamentieren übrigens nur BILD-Redakteure und andere Deppen. Der Chef-Volkswirt einer deutschen Großbank hat, auf den niedrigen Euro-Kurs angesprochen, gesagt: „Da hilft nur zurücklehnen und genießen.“ Die deutsche Automobil-Industrie verzeichnet in diesem Jahr im Export in die USA ein Plus von mehr als 20 %. Und sie haben ja vielleicht gestern, bei der Bekanntgabe der neuen Zahlen, mitgekriegt, in welchem Minus sich das Handelsbilanzdefizit der USA befindet.

Mit einem Projekt, dass diese dominante Entwicklung der „One World“ nicht berücksichtigt, ja nicht einmal wahrnimmt, kann etwas nicht ganz stimmen.

Ein kleiner Exkurs unter dem Titel „Viva Maria ist tot.“ Sie erinnern sich vielleicht an den Film von Louis Malle, in den 1967 die ganze APO zweimal die Woche ging?

Wer es noch nicht wusste, musste am Schicksal der Indios in Chiapas begreifen, was die neue Weltordnung bedeutet. Unter ihrem Regiment wird jeder Protest, jeder Widerstand und jeder Aufstand gegen Hunger, Elend und Unterdrückung zur Farce. Die handelnden Personen selber ahnen es. Sie werden ihrer Rolle gerecht, in dem sie sich Namen wie „Zapatistisches Nationales Befreiungsheer“ geben, die nicht so sehr ein historisches Vorbild in Erinnerung rufen – hier den Rebellen Emiliano Zapata, als den Darsteller dieses Helden in einem Hollywood-Film, aus dessen Fundus auch ihre Waffen – Holzflinten und Macheten, zu stammen scheinen. An die Stelle heroischer Parolen wie „Patria o Muerte“ oder „Socialismo o Muerte“ ist in der neuen Weltordnung ein stummes „Muerte o Muerte“ getreten. Der frühe Tod ist gewiss, durch Hunger oder in einem letzten Gefecht, das bei der Stärke und Bewaffnung des Gegners nichts anderes ist denn ein als Befreiungskampf inszenierter Selbstmord. Ob in Lateinamerika: in Guatemala, Kolumbien usw., in Afrika: Algerien, Sudan, Tschad, Somalia, Uganda, Burundi, Nigeria, Liberia usw., in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion: Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Tadschikistan usw., in Asien: Irak, Iran, Kaschmir, Pakistan, Sri Lanka, Burma usw. – fast überall ist Verelendung der Massen die Ursache der Kämpfe, fast nirgends ist von deren Ausgang, wie er auch sei, Linderung der Not zu erwarten. Für oder gegen das Regiment [des früheren afghanischen Präsidenten Babrak] Karmals sich zu entscheiden, bedeutete etwas für die Zukunft Afghanistans, der Region und vielleicht der ganzen Welt, wie das Engagement der USA, der Bundesregierung usw. auf der Seite der Mudschaheddin zeigte. Ob jemand heute für oder gegen die Taliban ist, bedeutet wahrscheinlich gar nichts, und gewiss nichts Gutes, egal für wen. Weshalb die deutschen Unterschriftsteller – seit ihre geliebten Freiheitskämpfer die einst von den Kommunisten bedrohten Völker Afghanistans nicht mehr bedrohen, sondern schlachten – das Land aus ihrer Weltkarte radiert haben.

Die meisten der von Mexikos Armee massakrierten Indios waren nach Auskunft von Augenzeugen nicht älter als 16 Jahre. Aber wie schockierend ist das schon in einer „Dritten Welt“, in der nur jeder Zweite älter wird als 16, und ein normaler Friedhof ein Kinderfriedhof ist. Neu ist das Elend nicht, aber größer war es nie. Seit sie die Welt allein regieren, laden die Herren des Nordens die Krise der Kapitalverwertung rücksichtslos wie nie zuvor in ihren südlichen Hinterhöfen ab. Um auch bei schlechtem Gang der Geschäfte noch zu verdienen und ihre heimischen Massen einigermaßen bei Laune zu halten, haben sie auf dem Weltmarkt, der jetzt alleine ihr Markt ist – wie die Welt allein ihre Welt – die Preise für Produkte des Südens – Rohstoffe und Nahrungsmittel – drastisch gesenkt. Bei Kaffee, Kakao, Zucker um bis zu 50 %, wobei um ziemlich genau die Prozentpunkte, die der Preis für die „Krönung der schönsten Stunden“ fällt, die Lebenserwartung der Kolumbianer in den Kaffeeanbaugebieten sinkt. Die Mitte der neunziger Jahre von der EG verhängte Reduzierung der Importquote für Bananen hat eine Rekordquote von Armut und Verzweiflung nach Ecuador, Panama, Costa Rica, Nicaragua, Guatemala und Honduras exportiert. Und weil daran das deutsche Kopf-Kapital einmal nicht direkt beteiligt ist, darf man in dessen Nachrichtenmagazin „Spiegel“ zu diesem Fall einmal lesen: „Einzige Profiteure sind eine Handvoll internationaler Fruchtkonzerne.“ Es sind nämlich amerikanische!

Während der Süden keine Wahl hat, winkt einigen Ländern am Rande des Reichtums eine Chance. Ist ihre herrschende Klasse bereit, sich auf die Leichen zu stellen, kriegt sie den Kopf vielleicht knapp über Wasser. Das war das Angebot der USA und Kanadas, das die mexikanische Regierung nicht ausschlagen konnte. Um ihre Bourgeoisie auf Kosten des US-Proletariats ein wenig an der industriellen Billig-Produktion des Nordens zu beteiligen, willigte sie in den Ruin von Millionen mexikanischer Bauern ein, den die Aufhebung der Schutzzölle für amerikanisches Billig-Getreide bedeutete. Die Zapatistas sind das melodramatische Resultat einer Politik, die sich in etwas moderateren Formen sogar innerhalb einiger Staaten des Nordens abspielt. In Italien gegenüber dem Mezzogiorno, in Großbritannien gegenüber Schottland, in Deutschland gegenüber den „fünf blühenden Landschaften“.

Endlich befreit von der Jahrhundertfurcht, zu krass Misshandelte könnten sich unter den Schutz einer anderen (der kommunistischen) Weltmacht stellen, lässt die Bourgeoisie ihrer rattenhaften Besitzwut freien Lauf. Als die Leichen der von Soldaten durch Kopfschuss umgebrachten jugendlichen Indios schon zu hohen Haufen aufgeschichtet waren, schrieb der mexikanische Nobelpreisträger, Menschenrechtler und Millionär Octavio Paz in der FAZ über die Aufständischen, es sei, Zitat: „die Abgestandenheit ihrer Ideologie unübersehbar. Es sind grob vereinfachende Ideen von Leuten, die in einer anderen Epoche als der unseren leben. Neben den wahren Charakter der Erhebung tritt ihre Gewaltverherrlichung. Die Lösung – ich meine die militärische, nicht die soziale/politische – wird schnell kommen. Ich glaube, dass es den Streitkräften bald gelingen wird, die Ordnung in dieser Region wiederherzustellen.“ Zitatende. Menschenrechtler und Nobelpreisträger, „wiederherzustellen“, „die Ordnung“, „unsere Epoche…“.

An niemandem nämlich erweisen sich die abgedroschensten Parolen der abgestandenen Ideologien so morgendlich taufrisch wie am bürgerlichen Intellektuellen. „Wer den Dichter will verstehen, muss des Dichters Bankkonto ansehen“, hat zu seiner besseren Zeit der Martin Walser erkannt. Weshalb in „ZEIT“ und „Spiegel“ immer neue Aufrufe erscheinen, die Lebenserwartung der Kubaner endlich von 70 auf 35 Jahre zu senken. Das heißt, Kuba so „frei“ zu machen, wie es die Nachbarstaaten Guatemala und Haiti schon sind.

Was tun? Wie sich wehren? Ich weiß es nicht. Mehr als zu sagen, was ist, mehr, als bei einigen wenigen, die ihre Scham, zu den Profiteuren dieser Ordnung zu gehören, noch nicht ganz verloren haben und deshalb noch nicht zu Systemtrotteln verblödet sind, wie – sagen wir mal Herr und Frau Fischer – mehr als bei diesen wenigen anderen das Bewusstsein wach zu halten, fällt mir nicht ein. Aber natürlich, wo ich es kann, eine Handvoll Sand ins Getriebe zu werfen und die gefährlichste der Führungsmächte, das neue Deutschland, vor jedermann als die Fortsetzung eines Älteren zu denunzieren, die es in der Tat ist.

Auf dem Reißbrett ist alles möglich – vielleicht sogar eine nicht-kapitalistische Weltgesellschaft. Vielleicht war nie die Notwendigkeit größer. Gewiss waren noch nie die Ansätze, die Kräfte geringer. Der weltweite Sieg des Kapitals hat alle emanzipatorischen Bewegungen zurückgeworfen, weit zurückgeworfen. Das gilt für die lateinamerikanischen Bauern so gut wie für spanische Gewerkschafter oder deutsche Feministinnen. Erinnern sie sich an die deutsche Friedensbewegung? 300.000 auf den Rheinwiesen? Mit BAP und Bots und Lindenberg? Und als Deutschland den ersten Krieg (nach 1945) führte – anfing! – einen Angriffskrieg, war keiner mehr da. Als es ernst wurde für die Nation. Ich habe in Hamburg die Anti-Kriegs-Demonstration begleitet. Es handelte sich um 360, und viele von denen konnten schon gar nicht mehr richtig mitlaufen.

Rebellion ist gerechtfertigt, aber sie ist ohne Chance. Revolution ist unmöglich. Noch einmal wird die Bourgeoisie sich nicht von einem Lenin hereinlegen lassen. Soweit lässt sie es nicht noch einmal kommen. Wie das Kapital die Dinge sieht, beleuchtete jüngst eine Diskussion in der ARD, bei der Edmund Stoiber und der alternative Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickl, der früher unter DKP-Verdacht stand, Schulter an Schulter den deutschen Sozialstaat gegen das US-Modell verteidigten. Bill Gates, der Stargast des Abends, sprach daraufhin zu Stoiber und Hickl: „Wenn Sie kein Vertrauen in den freien Markt haben, dann holen Sie sich doch Ihren Kommunismus zurück!“.

Ein amerikanisches Kinderlied besingt die „high hopes“, die großen Hoffnungen, die weitgesteckten Ziele. „High hopes“ können Mut machen, aber sie dürfen nicht zu hoch sein. Ihre Hoffnungen, wie sie sich in dem Kongresspapier ausdrücken, sind zu hoch.

Und meine Adresse an die deutschen Unterstützer dieser Pläne: Seien Sie bescheidener, werden Sie praktisch. Sorgen Sie dafür, dass in Ihrer Umgebung – wenn Sie denn gefragt werden, was können wir tun – sorgen Sie dafür, dass in Ihrer Umgebung, in Ihrem Viertel kein Mensch dunkler Hautfarbe Angst haben muss, heil über die Straße zu kommen. Die Herstellung eines solchen Zustands wäre in Deutschland in der Tat ein ganz neues historisches Projekt! Ich gebe freilich zu, dass es übers Internet nur schwer zu befördern ist.

Es tut mir leid, dass das Positive so kurz gekommen ist. Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

Gegen den Neoliberalismus. Globalisierung von unten.

Prof. Dr. Maria Mies, Netzwerk gegen Neoliberalismus und Konzernherrschaft, Köln.

Zunächst einmal möchte ich der puk-Gruppe danken, dass sie diese Veranstaltung organisiert hat, mit dem anspruchsvollen Titel „Den Kapitalismus abschaffen“. Selbst wenn das als „Blauäugigkeit“ verstanden wird, dann ist mir eine solche Blauäugigkeit lieber als eine Art von Defätismus, oder überhaupt, das Dinge nur noch analysiert werden und nicht mehr überlegt, was können wir tun oder was tun wir bereits.

Vorweg möchte ich bemerken, dass mein Revolutionsbegriff nicht der gleiche ist, wie er weit verbreitet in der deutschen Linken vorkommt, wo darunter die große Bewegung der Massen verstanden wird und ein einmaliges Ereignis, das sozusagen die ganze Welt umdreht. Das ist nicht der Begriff, den ich benutze. Als Feministin habe ich gelernt, dass – wenn wir das über 6.000 Jahre alte Patriarchat abschaffen wollen – das nicht die Sache von einer Revolution ist, sondern es sind lange Prozesse. Und wir haben uns auf lange Prozesse eingestellt, und wir haben einen langen Atem.

Zu diesem langen Atem gehört natürlich auch, dass wir uns umsehen, und das wir selber etwas tun. Ich hatte vorhin schon gesagt, dass ich den 2. Teil des Satzes von Herrn Gremliza – „wir müssen praktisch werden“ – richtig finde, nicht aber den ersten Teil – „bescheidener werden“. Nein, wir müssen anspruchsvoller werden und wirklich auch die ganze Welt in unser Blickfeld nehmen, und dann handeln, auf allen Ebenen, die uns erreichbar sind. Das ist einmal die lokale Ebene, das ist aber eben auch die ganze Welt. Und das ist das Neue, was wir tatsächlich heute haben, und das liegt nicht nur am Internet, sondern an der ökonomischen Globalisierung. Unsere Perspektive sollte sich daher nicht auf eine Provinz verengen. Deshalb rede ich hier heute auch über die „Globalisierung von unten“, gegen den globalen Neoliberalismus.

Ich weiß nicht, ob Neoliberalismus als Konzept bei Ihnen so bekannt ist. Mir war es nicht so ganz klar, bis vor 3 Jahren etwa. Natürlich wusste ich in etwa, was Neoliberalismus war. Ich wusste, das der in Chile gesiegt hatte, ich wusste, dass es da die Chicago-Schule mit Milton Friedman und den anderen Chicago-Boys gab, wusste, dass Margret Thatcher 1979 Großbritannien nach dem neoliberalen Modell umstrukturierte, und ich wusste auch, dass der sich nun durchgesetzt hatte. Aber genaues erfuhr ich erst, als ich aktiv wurde, zusammen mit sehr wenigen anderen in Köln, um gegen das „Multilaterale Abkommen über Investitionen“ (MAI) zu kämpfen. Dazu will ich kurz erzählen, wie das gekommen ist.

Ich hörte von kanadischen Freundinnen, dass es dieses MAI-Abkommen gab, dass es seit 5 Jahren in geheimen Verhandlungen bei der OECD in Paris verhandelt wurde. Niemand wusste richtig bescheid, niemand hatte den Original-Entwurf dieses Vertrages in der Hand. Die Presse berichtet nicht darüber. Als wir beim Wirtschaftsministerium nachfragten, bekamen wir keine vernünftige Antwort, die Abgeordneten hatten keine Ahnung… Immerhin, wir hatten einige Papiere von kanadischen und amerikanischen FreundInnen bekommen, haben die in einem Dossier zusammengepackt und an uns bekannte Personen geschickt und gründeten ein Komitee „Widerstand gegen das MAI“. Das war das, was wir mit den uns zur Verfügung stehenden geringen Mitteln tun konnten, denn wir waren der Meinung, das könne man nicht hinnehmen, dass die großen Konzerne durch dieses Abkommen versuchen, die ganze Welt zu einer Art Freihandelszone zu machen, wo kein Gesetz von nationalen Regierungen den freien Fluss von Kapital, Ware und Dienstleistungen hindern kann. Alles, was vorher noch an Beschränkungen existierte über diesen sogenannten freien Weltmarkt, dass sollte beseitigt werden.

[Renato] Ruggiero, der damalige Vorsitzende der WHO sagte sogar, wir schreiben jetzt die neue „Weltwirtschaftsverfassung“. In Deutschland war so gut wie keine Diskussion. In Frankreich, Kanada, USA tat sich mehr als hierzulande, insofern hat Gremliza recht. Am schlimmsten fand ich, dass die deutsche Presse nicht anzusprechen war. Wir haben alles versucht, die deutsche Presse zu informieren. Bednartz von „Monitor“, den „Spiegel“…kein Interesse war immer die Antwort.

Ich will jetzt nicht mehr ausführlich auf das MAI eingehen. Es ist nicht unterzeichnet worden, auch wegen des internationalen Widerstands gegen das MAI, und zwar vor allen Dingen in Frankreich. In Frankreich hatte Jospin eine Untersuchung in Auftrag gegeben – eine Abgeordnete der Grünen aus dem Europa-Parlament hat die gemacht. Als die Ergebnisse vorlagen, hat Jospin gesagt, dieses Abkommen ist nicht zu reformieren, wir werden es nicht unterschreiben. In Deutschland ist keine solche Untersuchung gemacht worden über die Folgen des MAI in Deutschland. Im Herbst 1998 wurde die französische Entscheidung bekannt, und im Dezember 1998 wurden die Diskussionen über das MAI in der OECD abgebrochen. Wir vom damaligen Komitee „Widerstand gegen das MAI“ haben gesagt, damit hört diese Geschichte nicht auf. Die werden auf jeden Fall weiter versuchen, diese Freihandelspolitik weltweit so zu verankern, dass sie nicht mehr bei jeder Wahl neu in Frage gestellt werden kann, irgendwo in der Welt. Und wir waren auch sicher, dass das auf der nächsten Welthandelsorganisationstagung, 1999 in Seattle, auch wieder eine Rolle spielen würde. Deshalb hörten wir auch nicht auf zu informieren über diese sogenannte „Freihandelspolitik“. Damals ist mir wirklich klar geworden, was „Freihandel“ bedeutet. Ich habe vorhin in der Diskussion gesagt, dass ich das erste Mal über diese Dinge von indischen Bauern gehört habe, die 1990 schon angefangen hatten, gegen GATT zu kämpfen, gegen TRIPs (Trade related intellectual property rights), und gegen die WTO, weil sie wussten: wenn Indien seine Tür aufmacht für das ausländische Kapital, sogar in der Landwirtschaft, denn das war neu in den GATT-Verhandlungen, dann sind die Kleinbauern dort am Ende, ruiniert. Und sie haben sofort angefangen, mit praktischen Aktionen gegen die großen Konzerne anzugehen. Sie haben viele solcher Aktionen gemacht, vor allem auch am Geburtstag von Ghandi, und sie beriefen sich auch auf ihn. Sie sagten, wir machen eine neue „Quit-India-Bewegung“. „Quit India!“, der Schlachtruf, den Ghandi gegen die Engländer gebrauchte – verlasst Indien endlich! – also ein antikolonialer Schlachtruf. Die Analyse war: was jetzt durch die Konzerne und den Freihandel passiert, ist eine Rekolonisierung unserer Länder. Es waren die Bauern, die zuerst damit angefangen hatten, aber später kamen auch die Gewerkschaften dazu und die Intellektuellen, und es ist eine Bewegung, die bis heute anhält. Zuerst ging es gegen die Saatgut-Multis, dann haben sie Kentucky Fried Chicken aus Bangalore rausgeschmissen, dann haben sie sogar gegen Monsanto mobilisiert, die Versuchsfelder von Monsanto angezündet, wo Monsanto gentechnisch manipulierte Baumwolle ausprobieren wollte und haben gesagt: „Monsanto – quit India! Das war keine Bewegung, die von einer Parteizentrale angeleitet wurde. Es waren viele verschiedene Bauernorganisationen beteiligt, die hier, zumindest in diesen Kämpfen, zusammenarbeiteten.

Mein Wissen gegen den Neoliberalismus habe ich nicht hier erworben, in deutschen Universitäten oder durch Bücher. Erst durch meine eigene Beteiligung an einer internationalen Bewegung gegen Globalisierung, gegen Konzernherrschaft, gegen die WTO, gegen das MAI habe ich gelernt, was das alles ist. Deshalb will ich noch kurz etwas dazu sagen, was meine tiefere Motivation ist, warum ich diese Kampagne mitmache und Ihnen diese Sachen erzähle:

Ein Satz von Margret Thatcher hat Geschichte gemacht. „There is no alternative“. Und zwar hat sie das behauptet, als sie die neoliberalistische Wirtschaftspolitik in England einführte, 1979, da hat sie diesen Satz geprägt. Sie hat sich bezogen auf die Theorie von Hayek, von Milton Friedman und anderen Ökonomen, und auf die Erfahrungen von Chile, die 1972 schon angefangen hatten, wo der Neoliberalismus zuerst praktisch angewandt wurde. Als dann der Sozialismus zusammenbrach wurde dieser Satz zum geflügelten Wort: „There is no alternative“, das nennt man auch das TINA-Syndrom, und wir alle leiden unter dem TINA-Syndrom. Ich kann so etwas nicht akzeptieren, ich kann mich nicht damit abfinden, dass es keine Alternative gibt. Und das ist für mich persönlich die tiefste Motivation, warum ich angefangen habe gegen das MAI zu mobilisieren und später das „Netzwerk gegen Konzernherrschaft und neoliberale Politik“ gegründet habe. Denn wir haben uns gesagt, es macht keinen Sinn, nur gegen ein Abkommen zu kämpfen, oder gegen eine Organisation wie die WTO und zu warten, bis der nächste Augenblick kommt, an dem wir wieder auf die Straße gehen können. Wir müssen die ganze Richtung angreifen, und diese Richtung ist der Neoliberalismus, wie er verlangt wird und durchgesetzt wird von den großen multinationalen Konzernen. Also das ist der eigentliche Feind, und nicht nur ein einzelnes Abkommen. Deshalb haben wir uns diesen Namen zugelegt, und wir haben die Gruppen in Deutschland, die schon in der Anti-MAI-Kampagne aktiv waren gefragt, ob sie noch weiter interessiert sind, in dieser Sache mitzumachen. Es ist kein großes Netzwerk, wir haben kein Geld, sind keine Partei oder NGO, aber wir machen weiter und geben auch einen Info-Brief heraus. Wir haben verschiedene Veranstaltungen gemacht zu den jeweiligen Themen, die anstanden.

Was ist der Neoliberalismus? Ich habe hier mal aufgeschrieben, was wir in Köln im letzten März gemacht haben. Da haben wir ein sogenanntes „politisches Nachtgebet“ in der Antoniter Kirche durchgeführt, gegen das MAI. In diesem politischen Nachtgebet haben wir den sogenannten „Washington Consensus“ als Grundlage genommen und in Frage gestellt. Was ist der „Washington Consensus“? Das ist das, womit der Neoliberalismus heute meistens zusammengefasst wird. Dieser sog. „Washington Consensus“ (WC) heißt so, weil die Weltbank und der IWF in Washington sitzen. Formuliert wurde das von einem Ökonom namens John Williamsen im Jahr 1989, also als der Ostblock zusammenbrach. Er hat zehn Empfehlungen formuliert, für alle unterentwickelten Länder, aber auch für alle andern Länder, die sie beachten müssten, um Wohlstand in ihren Wirtschaften durchzusetzen.

Ich bekam den Text dieses WC von einer holländischen Gruppe zugesandt und habe daraus einen Dialog gemacht, den wir bei diesem politischen Nachtgebet in Köln vorgetragen haben und den ich hier gleich wiedergeben will. Uns war klargeworden, dass das, was der Neoliberalismus verkündet, nicht auf wissenschaftlichen Grundlagen beruht, sondern ein Glaubensbekenntnis ist, und dass die Realität, die die Menschen erleben, das genaue Gegenteil von dem ist, was in diesen zehn Sätzen behauptet wird. Die Dogmen, die Glaubenssätze, die da verkündet werden, stehen im Widerspruch zu dem, was die meisten Menschen permanent erleben, und wie die Welt heute aussieht, haben wir ja bereits vorhin von Herrn Gremliza erfahren.

Dies ist ein ganz wichtiger Punkt, wie die Menschen die Realität erleben, und was die Zeitungen, die Politiker, die Wirtschaftswissenschaftler permanent sagen. Ich werde diesen Text jetzt mal vorlesen. Wir haben das in Form eines kirchlichen Rituals gemacht, weil diese Veranstaltung ja auch in einer Kirche stattfand. Da sitzt oben ein Kantor auf der Empore und sagt (Maria Mies singt):

„Ich bin der Herr, Dein Investor. Ohne mich gibt es kein Wachstum, keine Arbeitsplätze, kein Geld, kein Leben, keine Freiheit. Alles unter der Sonne muss zur Investition, zur Ware werden. Nur so hat es einen Wert. Dazu brauche ich, Dein Investor, schrankenlose Freiheit. Freiheit des Handels, Freiheit der Investitionen, Freiheit des Kapitalverkehrs, und zwar auf der ganzen Welt. Keine Regierung darf diese Freiheit einschränken. Sie allein garantiert Arbeit und Wohlstand für alle, und dies beruht auf folgenden Erkenntnissen:“

Und dann kommen die zehn Empfehlungen des „Washington Consensus“:

1) „Alles menschliche Handeln ist von Natur aus durch individuellen Egoismus bestimmt. Wenn dieser sich ungehindert entfalten kann, wird wie durch eine unsichtbare Hand die größte Wohlfahrt aller erreicht.“ (Adam Smith).

Dann redet aus dem Volk eine Mutter. Im Anschluss an diese Sätze kam nämlich immer ein Einspruch.

Einspruch einer Mutter:
„Wenn das stimmte, dann gehörten die Menschen längst zur Kategorie der untergegangenen Art. Denn dann würden Frauen keine Kinder bekommen, sich nicht um Kranke und Alte kümmern, keine unbezahlte Hausarbeit machen. Aber das zählt Ihr Herren ja nicht zur Wirtschaft, das nennt Ihr Instinkt!“
Dann sagt wieder der Kantor von oben:
„Aber Ihr müsst daran glauben! Es gibt keine Alternative! Was gut ist fürs Kapital, ist gut für Euch alle.“

2) „Es gibt keine Entwicklung ohne Wirtschaftswachstum“

Einspruch einer Ökologin:
„Wenn Ihr diesen Wachstumsfetischismus nicht aufgebt, dann brauchen wir noch mindestens zwei weitere Planeten. Einen für zusätzliche Rohstoffe, den zweiten, um unseren Müll loszuwerden. Das ist doch absurd!“.

Der Kantor sagt:
„Aber Ihr müsst daran glauben! Es gibt keine Alternative! Was gut ist fürs Kapital, ist gut für Euch alle.“

3) „Ein wachsendes Nationaleinkommen verteilt sich von oben nach unten zum Wohle aller“

Einspruch eines Arbeitslosen:
„Das glaubt ja selbst der Herr Maurer, Chef von Nestle und Chairman der internationalen Handelskammer nicht mehr. Er hat doch kürzlich gesagt, Zitat: Tatsächlich kann man keinem normalen Menschen mehr erklären, dass jeden Tag die Aktienkurse steigen, und gleichzeitig mehr Leute auf die Straße gesetzt werden… Aber man muss daran glauben, dass Wettbewerb allein und Wachstum allein Arbeitsplätze schafft.“

Und der Kantor sagt:
„Aber Ihr müsst daran glauben, …“

4) „Die Integration der lokalen und nationalen Ökonomie in die Weltwirtschaft ist ein Segen für alle!“

Einspruch eines Kleinbauern:
„Das habe ich gemerkt, jetzt kann ich meinen Betrieb aufgeben. Mit solchen Weltmarktpreisen kann ich nicht konkurrieren, und eine andere Arbeit finde ich auch nicht mehr bei dieser Arbeitslosigkeit. Das ist doch nur ein Segen für Agrar- und Chemiemulties.“

Kantor:
„Aber Ihr müsst daran glauben,…“

5) „Die Liberalisierung des internationalen Handels ermöglicht allen Nationen, ihre Kostenvorteile optimal zu nutzen, denn so entsteht ein ebenes Spielfeld.“ (Anmerkung Maria Mies: …für die Global Player)

Einspruch einer Inderin oder einer Bangladeshi:
„Ich verstehe. Unsere Armut gehört zu Euren komparativen Kostenvorteilen. Darum könnt Ihr uns einen Bruchteil der Löhne zahlen, die Ihr Euren eigenen männlichen Arbeitern zahlen müsst.
Und wir müssen Eure Schuhe, Eure Klamotten, Elektrogeräte, Computerchips unter Zwangsarbeitsverhältnissen herstellen. Dass dabei auch die Arbeitsplätze in Euren eigenen Ländern verschwinden, interessiert nicht, denn das Kapital hat kein Vaterland.“

Kantor:
„Aber Ihr müsst daran glauben,…“

6) „Die Liberalisierung der internationalen Kapitalströme führt zu einem optimalen Einsatz der Produktionsfaktoren“.

Einspruch einer Ökonomin:
„Wohin die Liberalisierung der internationalen Kapitalströme zur Ausnutzung der Produktionsfaktoren führt, sehen wir heute an Indonesien, Thailand, Korea, Russland, Brasilien. Durch Spekulantentum und kurzfristige Währungsmanipulationen gibt es plötzlich massenweise Finanzzusammenbrüche und Millionen von Menschen verlieren von heute auf morgen ihre Existenzgrundlage. Wer glaubt, dass sei nur eine asiatische oder russische oder brasilianische „Grippe“, der täuscht sich. Die wird auch Euch anstecken!“

Kantor:
„Aber Ihr müsst daran glauben,…“

7) „Technologische Innovationen werden die ökologischen Mängel des augenblicklichen Produktionssystem ausgleichen“

Einspruch eines Kindes:
„Alles Augenwischerei! Mit welcher Technologie soll das Ozonloch geflickt, die zerstörte Artenvielfalt ersetzt, das verseuchte Grundwasser gereinigt und die Atomabfälle entsorgt werden? Zerstörte Natur kann nicht technologisch widerhergestellt werden. Hier hilft nur eins: Aufhören der Zerstörung!“

Und der Kantor:
„Aber Ihr müsst daran glauben, …“

8) „Privateigentum ist nicht nur das beste System zum Umgang mit Knappheit, sondern passt auch besser zur menschlichen Natur als jedes andere System.“

Einspruch eines Obdachlosen:
„Genau umgekehrt! Privateigentum, Egoismus und Konkurrenz haben erst die Knappheit erzeugt. Die Privatisierung von öffentlichen und kommunalen Eigentum hat nirgendwo zum größeren Wohl der Allgemeinheit geführt, sondern nur zur größeren Bereicherung von einigen wenigen.“

Kantor:
„Aber Ihr müsst daran glauben, …“

9) „Der Eingriff des Staates in das Wirtschaftsleben hat immer Ineffizienz und Korruption zur Folge.“

Einspruch einer Frau:
„Zugegeben, Ineffizienz und Korruption gab und gibt es, wo staatliche Bürokratien die Wirtschaft regeln. Aber es gibt sie auch in der freien Marktwirtschaft, wie uns kürzlich von der EU-Kommission vorgeführt wurde.“

Kantor:
„Aber Ihr müsst daran glauben, …“

10) „Es gibt keine Alternative zum marktwirtschaftlichen System“

Einspruch aller:
„Seit dem Fall der Berliner Mauer soll die ganze Welt an dieses Dogma glauben. Doch der realexistierende Kapitalismus ist nicht die Alternative zum realexistierenden Sozialismus. Wir lehnen beide ab. Die Alternative beginnt damit, dass wir vom Glauben an diese Religionen abfallen, dass wir uns auf unsere eigene Erfahrung, auf menschliche Liebesfähigkeit, auf unsere Kooperation miteinander und mit unserer Mutter, der Natur verlassen. Die Alternative beginnt damit, dass wir vom Glauben abfallen, dass eine Wirtschaft immer wachsen muss, dass ein wachsendes Bruttosozialprodukt Arbeitsplätze und gutes Leben schafft. Die Alternative beginnt, wenn wir nicht mehr glauben, dass es keine Alternative gibt!“

Das war also dieser „Washington Consensus“. Man müsste jetzt natürlich mal darüber nachdenken, wie es kommt, dass dieser WC geglaubt wird, obwohl die Realität anders aussieht.

Ich will jetzt nicht noch mal wiederholen, was Herr Gremliza schon gesagt hat über die momentane Situation in der Weltwirtschaft, sondern nur ein paar Punkte zur Ergänzung. Es waren nicht nur die Länder der Dritten Welt und die krassen Einkommensunterschiede zwischen armen und reichen Ländern, sondern auch in den reichen Ländern selbst, einschließlich der USA, ist seit der Herrschaft des Neoliberalismus die Kluft zwischen Arm und Reich ungeheuer groß geworden. Das gleiche gilt für England, und auch für

Deutschland, wie eine Untersuchung der CARITAS herausgefunden hat. Innerhalb der USA ist z. B. der Mindestlohn zu einem Armutslohn geworden. Mit einem Stundenlohn von 5,15 $ kann man heute dort 19 % weniger kaufen als noch 1979 – also auch die Kaufkraft ist zurückgegangen. Außerdem muss die Durchschnittsarbeiterin heute im Jahr 148 Stunden länger arbeiten als 1973, um diesen Lohn zu bekommen. Demgegenüber ist das Einkommen der Topmanager um ein Vielfaches gestiegen. Während sie 1980 durchschnittlich 42-mal mehr verdienen als eine Durchschnittsarbeiterin, verdienten sie 1996 bereits 326-mal mehr als ein Fabrikarbeiter. (…)

In einer Zeitungsnotiz stand, dass in Darmstadt eine portugiesische Arbeiterin einen Stundenlohn von 3,80 DM bekommt, in einer Textilfabrik. Heute, in Deutschland.

Da kann man also sehen, was hat der Neoliberalismus selbst in unseren Ländern gebracht – von Arbeitslosigkeit will ich jetzt gar nicht reden. Und was die Einkommensunterschiede anbelangt, das ist wirklich ein Skandal. Und diese Tatsache wird von der Weltbank mittlerweile sogar zugegeben. Sogar auf dem Weltwirtschaftsforum diesen Winter in Davos, dem Club der Unternehmer, sagte Herr Clinton: „Ja, es sei ja schlimm, die Ungleichheit sei ja noch ein Problem, die müsse behoben werden…“, aber keiner von diesen Herren sagt, dass diese Ungleichheit etwas mit dem Weltwirtschaftssystem zu tun hat, mit dem neoliberalen globalisierten Kapitalismus. Es gibt dazu ja genügend Fakten und Belege, aber obwohl das bekannt ist, glauben die meisten Leute an dieses neoliberale Credo, und darüber muss man ja mal nachdenken.

Ich war im November für unsere Gruppe in Seattle und habe mitbekommen, was sich dort auf den Straßen und in den verschiedenen Versammlungsorten abgespielt hat. Und ich denke, das, was wir postuliert haben in diesem politischen Nachtgebet, dass es Zeit sei, vom Glauben abzufallen, das hat in Seattle angefangen. Das war wirklich sichtbar, ein großer Protest gegen dieses neoliberale Credo. Es war die größte Demonstration in den USA seit dem Vietnamkrieg. Es waren weit über 50.000 am 30. November in Seattle und marschierten auf den Straßen gegen die Politik der WTO, gegen den Neoliberalismus und gegen die Konzernherrschaft. Das Interessante war, dass diese Teilnehmer aus den unterschiedlichsten Gruppen kamen. Da waren z. B. mindestens 30.000 Gewerkschafter aus den USA und Kanada. Es waren auch ganz viele Kleinbauern da, aus allen Teilen der Welt, viele Leute aus Mexico, eine Menge Umweltschützer und Umweltorganisationen…Der interessanteste Slogan, den ich las und der das Zusammenspiel ausdrückt war: „Turtles and Teamsters, united at least“. „Turtles“, das sind die Seeschildkröten, und diese sind durch bestimmte Netze, die in der Fischerei verwendet werden, bedroht. Gegen Fischereiprodukte, bei denen diese Fangmethode angewendet wurde, hatten die USA ein Einfuhrverbot erhoben, um die Seeschildkröten und die Delphine zu schützen. Dieses Umweltgesetz, von Tierschützern eingebracht, durfte nach WTO-Richtlinien nicht sein, es wurde als „Handelshemmnis“ angeklagt und verlangt, dass die USA dieses Gesetz zurückziehen. Das ist geschehen, und darüber haben sich wahnsinnig viele Menschen aufgeregt und dagegen in Seattle demonstriert. Das Interessante war nun, dass Umweltschützer zum ersten Mal mit Gewerkschaftern nicht nur gemeinsam marschierten, sondern auch die selben Slogans hatten. Der Slogan „Turtles and Teamsters, united at last“ drückt das aus. Die „Teamsters“ ist die Gewerkschaft der Lastwagenfahrer, eine der rauhesten Gewerkschaften. Es hatte bisher immer Konflikte gegeben zwischen Gewerkschaftern und Umweltschützern, wenn z. B. Umweltschützer das Abholzen von Bäumen verhindern wollten und die Holzfäller dann Angst um ihre Arbeitsplätze hatten. Es hat also permanent einen starken Kampf zwischen Gewerkschaftern und Umweltschützern gegeben, und zum ersten Mal bestand ein Konsens, das Umweltschutz und der Schutz von Arbeiterrechten eigentlich die selbe Sache sei.

Es gab auch eine ganze Reihe von Menschen, die gegen den Konsumismus protestierten: „No Franken-Food“ – mit dem Begriff „Franken(stein)-Food“ wird die gentechnisch manipulierte Nahrung verstanden. Das ist heute der Begriff, mit dem in den USA und auch in England die ganze Gentechnik in der Nahrung bekämpft wird. In den USA hatte es das bisher nicht gegeben, aber in Seattle waren eine ganze Menge Leute, die sagten, wir wollen Euren Industriefraß nicht mehr. Das die ganze Nahrung plötzlich ein Politikum war für ganz viele Menschen, und der ganze Konsumismus – es gab z. B. Slogans wie „Trade, Trade über alles“ oder „Wir sind nicht nur Konsumenten“ oder „Die Welt ist keine Handelsware“ – da war ein Protest, der ging über das hinaus, was bisher mit „Verteilungskämpfen“ zu tun hatte. Dieser Protest war nicht zufrieden mit einer anderen Verteilung, sondern es ging im Grunde um ganz andere Produktions- und Konsumtionsverhältnisse, und um einen anderen Begriff vom „guten Leben“. Das halte ich für besonders wichtig, dass viele Menschen auf den Strassen Seattles sich nicht zufrieden gaben mit dem Supermarkt-Modell des „guten Lebens“- wir wollen das auch alles und es muss anderes verteilt werden. Sie wollten einfach Schluss machen mit einem System, das Frankenstein-Food produziert, und Medizin, die kränker macht usw… Das war eine ganz neue Erfahrung, die wir aus den alten Kämpfen nicht kennen, auch nicht aus den alten revolutionären Kämpfen. Bei den meisten – auch den Klassenkämpfen – ging es um Verteilung. Da wir hier noch über ein neues historisches Projekt reden, würde ich also auch hoffen, das wir auch darüber reden, dass die Verteilungsfrage nicht ausreicht, um eine Revolution zu machen.

Diese Demonstrationen und Proteste gingen ununterbrochen eine Woche weiter und wurden brutalst von der Polizei unterdrückt. Wir waren auch mittendrin, als die Polizei sofort mit Tränengas losschoß, ohne dass die Leute vorher gewarnt worden wären. Aber es ist verhindert worden, dass die Konferenz überhaupt anfangen konnte, mindestens sechs Stunden lang haben sie die Kreuzungen blockiert. Es war ein absolut gewaltfreier Protest, aber die Polizei hat sofort mit Tränengas und Gummigeschossen losgelegt. Viele Menschen sind auch verletzt worden und am Schluss wurden 500 ins Gefängnis gesteckt. Ich habe das wirklich miterlebt, dass die Gewalt in Seattle nicht von den Demonstranten, sondern von der Polizei ausging, und das hat dann auch die Menschen sehr radikalisiert. Bei der Demonstration am 30. November wurde noch gesagt, man müsse die WTO verändern, wir wollen einen Platz in der WTO, ohne Partizipation keine Demokratie usw. Bei der späteren Demonstration gegen die Polizeiübergriffe war die Stimmung schon viel stärker antikapitalistisch, dass die Leute sagten, wir sind nicht mehr in einer Demokratie, sondern leben in einem Polizeistaat. Für die Amerikaner war das eine ganz neue Erfahrung, denn sie hatten auch geglaubt, dass sie in der freiesten aller Welten leben, und nun mussten sie ihre eigene Polizei so erleben. Denn am Abend des 30. November wurde „Martial law“ erklärt. Das ist noch etwas anderes als der Ausnahmezustand, das heißt eigentlich Kriegsrecht. Ich konnte es nicht glauben, aber es war tatsächlich so – sie haben die Nationalgarde geholt, wir durften nicht mehr raus, man wurde permanent durchsucht…- die demokratischen Grundrechte waren völlig aufgehoben. Und die Menschen in Seattle hätten das niemals für möglich gehalten in ihrem „freien Amerika“. Deshalb war die Stimmung sehr viel radikaler als bei der letzten Demonstration.

Was sind denn jetzt eigentlich die Lehren aus Seattle? Das erste ist, dass der globale Freihandel nicht zu vereinbaren ist mit Demokratie. Das haben die Leute auf den Strassen von Seattle erlebt, und das haben die Delegierten im Kongresszentrum von Seattle erlebt. Mir sagte z. B. ein Freund aus Bangladesh, dass die Abgeordneten der „Dritten Welt“ und auch der NGO wie Tiere behandelt wurden. Denn die Verhandlungen wurden unter den sogenannten „Quarts“ geführt – den Amerikanern, den Europäern, den Japanern und den Kanadiern – und dann sollten die anderen Länder dem Ergebnis dieser Verhandlungen zustimmen. Irgendwann haben einige afrikanische Vertreter dann gesagt, da machen wir nicht mehr mit. Hier gibt es keinen Konsens, wir sind ja noch nicht mal zugelassen worden zu diesen Verhandlungen. Das heißt, auch in diesem Kongresszentrum, wo die Minister von 135 Ländern der Welt zusammengekommen waren, um über den Welthandel einen Konsens zu erarbeiten, haben die reichsten Länder erst mal ihre eigenen Verhandlungen geführt, und die Ergebnisse sollten die anderen Länder dann annehmen. Das hat nicht geklappt, und das war auch einer der Gründe, warum das ganze zusammengebrochen ist. Und man kann sagen, dass sich der Protest auf der Straße gegen den Mangel an Demokratie, gegen den Mangel an Transparenz verbunden hat mit dem Protest vor allem der Dirittweltländer im Konferenzraum. Also, erste Lehre: Demokratie und globaler Freihandel sind nicht zu vereinbaren. Und das ist auch so von John Gray, dem ehemaligen Berater von Margret Thatcher in folgendem Zitat sehr deutlich gesagt wurden: „Diejenigen, die einen weltweiten freien Markt schaffen wollen, haben immer betont, dass das legale Rahmenwerk, das ihn definiert und verankert, außerhalb der Reichweite jeglicher demokratischer Legislative platziert sein muss. Soveräne Staaten mögen ihre Mitgliedschaft bei der WTO anmelden, aber es ist diese Organisation, die bestimmt, was unter freiem Markt zu verstehen ist und was nicht, nicht aber die Legislative irgend eines Mitgliedsstaates“. Das heißt, demokratische Wahlen haben auf diese Prozesse keinen Einfluss, und das ist nicht etwa ein menschliches Versagen, sondern eine strukturelle Notwendigkeit. Wenn die Konzerne auf Dauer zuverlässig überall auf der Welt frei investieren wollen, dann geht es nicht, dass irgendwo eine Regierung ein Gesetz macht, das das verbietet. Dann muss sichergestellt werden, das das, was wir bisher unter Demokratie verstanden, nicht mehr funktioniert. Und das ist der Grund für die Geheimniskrämerei bei den MAI-Verhandlungen, aber auch hier bei der WTO und allen weiteren Verhandlungen. Noch ein Zitat von Gray: „Es ist die Rolle der WTO, Freihandelsprinzipien in das ökonomische Leben jeder Gesellschaft zu injizieren. Das bedeutet, alles was dem entgegensteht, muss deruguliert werden. Transnationale Organisationen wie die WTO können sich solche Eingriffe leisten. Denn sie sind immun gegen den Druck des demokratischen politischen Lebens. Parteien sind nicht immun“. Das heißt also, diese transnationalen Organisationen können nicht durch demokratische Entscheidungen auf der nationalen Ebene beeinflusst werden.

(die letzten Minuten des Vortrags konnten aus technischen Gründen leider nicht aufgezeichnet werden)

Der Übergang vom globalen Kapitalismus zum neuen historischen Projekt

Prof. Dr. Heinz Dieterich, Präsident des Forums für lateinamerikanische Identität und Emanzipation, Mexico-Stadt

Einleitend hebt Heinz Dieterich das Gelingen des puk-Kongresses lobend hervor, und er fährt fort: Diese Erfahrung, eine deutschsprachige Gruppe aufgebaut zu haben, zeigt das, was wir in Seattle gesehen haben, zeigt, dass mit geduldiger längerfristiger Informations- und Organisationsarbeit Erfolge erzielt werden können, dass Erfolge nicht aus spontanen Protestbekundungen, sondern aus systematischer Arbeit resultieren.

Das Problem, das ich diskutieren möchte unter dem Thema „Übergang vom globalen Kapitalismus zur postkapitalistischen Gesellschaft", ist im Grunde genommen das Problem, das Martin Luther vor 400 Jahren hatte. Das Problem Luthers bestand darin, einen Weg zu finden, wie eine weltweite totalitäre Organisation wie die katholische Kirche, charakterisiert durch eine reaktionäre mystifizierende Ideologie oder Metaphysik, charakterisiert durch die Negation wesentlicher menschlicher Grundrechte und durch eine zentralistische antidemokratische politische und soziale Organisation, wie eine derartige weltweite Organisation verändert werden könnte. Es ist das gleiche Problem, dass 300 Jahre später auftaucht für die europäische Bourgeoisie, die ein regionales europäisches Machtsystem, das System feudal-merkantilistischer Staaten verändern, demokratisieren will, ein System, das ähnliche Charakteristika aufweist wie die Kirche, die Luther verändern wollte. Rund 60 Jahre nach der französischen Revolution taucht das Problem erneut auf. Wie kann die weltweite totalitäre Organisation der bürgerlichen Zivilisation mit ähnlichen Charakteristika wie die der Kirche und des feudalen Systems, also Antidemokratie, Zentralismus, Konzentration aller Formen der Macht übergeführt werden in einen höheren Zustand gesellschaftlicher Ordnung. Marx und Engels geben die Antwort darauf.

Und heute, 200 Jahre später, 200 Jahre nach Marx und Engels stehen wir erneut vor dem Problem Luthers, der französischen Aufklärung und Marx/Engels. Wie überführen wir die globale kapitalistische Gesellschaft in eine globale Gesellschaft anderer Qualität?

Um eine Antwort auf diese Frage zu finden, ist es lehrreich, die Lösung, die die Vorgänger, die Protagonisten der historischen Lösung gefunden haben ins Gedächtnis zu rufen. Die Lösung bestand kurz gesagt darin, ein neues historisches Projekt zu konzeptualisieren, zu konstruieren, unter die Mehrheiten zu bringen und dann das entsprechende System zu verändern. Dieses neue historische Projekt Luthers waren natürlich die Thesen, die die Rückkehr zur wahren Lehre enthielten, zu den Gründungsritualen oder zur Praxis von Jesus. Der Rückgriff, 200 Jahre später, auf die Idee der „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" in der Französischen Revolution oder bei Marx und Engels ist es die „klassenlose Gesellschaft."

Neue historische Projekte

Die neuen historischen Projekte waren im wesentlichen gekennzeichnet durch drei Elemente:

1. Eine Diagnose des bestehenden Systems, eine Diagnose, die zeigte, dass der Zustand des Systems unerträglich und illegitim geworden war.
2. Die Vision einer besseren, einer möglichen Zukunft, in doppelter Hinsicht:
a) in Beziehung auf die allgemeinen Bedingungen des neuen Systems und b) auf bessere subjektive Bedingungen, das heißt, den entsprechenden gesellschaftlichen Subjekten, dem Studenten, den Wissenschaftlern, den Bauern, den Arbeitern, dem Kapital wurde der jeweilige Platz in der zukünftigen Gesellschaft beschrieben und plausibel gemacht.
3. Das 3. Element waren die Formen, die Subjekte und die Zeiten des Übergangs vom Status Quo zur neuen Gesellschaft.

Aus diesen drei Elementen folgen alle anderen Diskussionen, zum Beispiel die Beziehung zwischen Avantgarde und Mehrheit, zwischen notwendiger Ordnung und möglicher Freiheit, zwischen politischer Partei und sozialer Bewegung, zwischen Wissenschaft und Kunst usw.

Wenn die angeführten neuen historischen Projekte eine angemessene Darstellung der objektiven Entwicklungsmöglichkeiten und der subjektiven Veränderungsfaktoren erreichten, dann hatten sie eine hohe Wahrscheinlichkeit, eine neue gesellschaftliche, politische oder religiöse Ordnung im Schoß der bestehenden zu entwickeln und unter Umständen zu konsolidieren.

Tatsache ist, dass wir uns heute in der Strukturkrise der bürgerlichen Zivilisation, das heißt in einer Übergangsphase zu einem höherwertigen Gesellschaftssystem befinden und damit vor einer ähnlichen historischen Notwendigkeit stehen wie die des 16., des 18. und des 19. Jahrhunderts. Die historische Notwendigkeit, die politische Aufgabe des Moments besteht darin, ein neues historisches Projekt zu entwickeln, falls wir den Lauf der Dinge beeinflussen wollen.

Angesichts der Strukturkrise, in der sich die bürgerliche Zivilisation befindet, ist die Frage, welche politischen Projekte, Auswege oder Strategien bietet sie selbst an, um ihre Probleme zu überwinden.

Wir haben im wesentlichen drei Vorschläge des Systems:

1. Die institutionelle Rechte, verbunden mit den Namen Reagan, Berlusconi, Aznar in Spanien, Haider in Österreich. Es ist die Rechte, die ihr totalitäres Projekt in dem von Maria (Mies) soviel zitierten MAI (…), dem mehrseitigen internationalen Investmentabkommen, beschrieben hat. Das ist die totalitäre Utopie des Kapitals, das ist die Welt, die sie konstruieren möchten und die wir unter dem falschen Titel „Neoliberalismus" halbwegs angemessen bezeichnen.
Der Unterschied von der traditionellen Rechten ist, dass der totale Krieg Hitlers in dieser Utopie ersetzt wird durch den totalen Markt. Wir wissen, dass der Markt eine Propaganda-Chiffre ist, ein Terminus, der verschleiert, dass das, was sie Weltmarkt nennen, 5000 große Kapitalisten, professionelle Politiker sind, die die Dynamik bestimmen. Wenn wir also diese Propaganda-Chiffre entschleiern und verstehen, dass es sich hier nicht um den totalen Markt handelt, sondern um die totale Herrschaft einer kleinen plutokratischen Elite, dann wissen wir auch, dass die Aufgabe darin besteht, das System zu demokratisieren.
Das System ist kein ökonomisches Problem mehr, da alle Produktivkräfte für eine bessere Gesellschaft existieren, das Problem ist die Konzentration dieser Macht in den Händen einer illegitimen Elite, wie auch in der Feudalgesellschaft.Der erste Ausweg ist also die institutionelle oder parlamentarische Rechte.

2. Der 2. Ausweg ist die faschistische Rechte, die zur Zeit noch nicht gebraucht wird. Die faschistische Rechte, wie im allgemeinen üblich in der geschichtlichen Entwicklung, spiegelt sich zunächst in der Ideologie wieder. Es sind die Intellektuellen, die die möglichen politischen Lösungen vorwegnehmen, bevor gesellschaftliche Subjekte diese dann in der Realität ausüben.

Francis Fukuyama, der US-Geschichtsprofessor, und Sloterdiek, der deutsche Philosoph – obwohl es einem auf der Zunge wehtut, so jemanden als Philosophen zu bezeichnen – haben folgende Lösungen vorgeschlagen. So sagt Sloterdiek (der glaube ich in Karlsruhe lehrt): „Alle sozialen Utopien sind gescheitert, der Versuch der Kirche, der Versuch säkularer Ethiken, der Versuch von Marx und Engels, der Versuch der bürgerlichen Aufklärung, eine bessere Gesellschaft, eine solidarische Gesellschaft zu erzeugen, sind gescheitert. Das Menschenmaterial," wie sie sagen, „gibt sich dafür nicht her. Das heißt, die Urzelle der Gesellschaft, das Individuum, hat aufgrund seiner Konstitution nicht die Möglichkeit, sich in ein solidarisches und rationales und ethisches Wesen zu verwandeln. Und daher ist die Idee mit sozialen Utopien die bessere Gesellschaft zu schaffen eine Idee, die wir auf den Müllhaufen der Geschichte werfen müssen." Was kommt an deren Stelle? „Dort," sagt Fukuyama, „dort, wo der soziale Ingenieur gescheitert ist, könnte der genetische Ingenieur die Sache ins reine bringen." Und Sloterdiek wird deutlicher: „Wir müssen die Philosophen und die besten Molekularbiologen zusammenführen, um eine gezielte genetische Beeinflussung auszuüben, in der" – nach Maßgabe der „Brave New World" von Aldous Huxley – „das soziale Verhalten der Menschen genetisch konstruiert wird." Das heißt nach dem Zusammenbruch der sozialen Utopien des Kapitals und der Illusion von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" bleibt dem System nur noch die totalitäre Utopie.

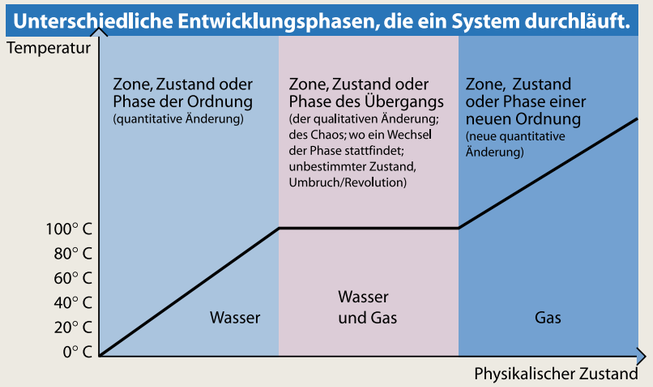
3. Natürlich sind die Übergänge zwischen der institutionellen und der faschistischen Rechten fließend– und die Frage, welche Version vom System benutzt wird, hängt ab von den objektiven Bedingungen: Der dritte Weg, den uns das System anbietet, hat verschiedene Namen: die Sozialdemokratie, die Liberalen und die Grünen, zwischen denen in struktureller Hinsicht kein Unterschied besteht, die selbst in taktischen oder allgemeinen politischen Fragen keinen wesentlichen Unterschied mehr aufweisen, wie Kosovo gezeigt hat. Ein weiteres Beispiel sind die neun Milliarden Dollar Investitionskosten zur Formierung einer europäischen Militärindustrie vor drei Tagen, ebenso die Entwicklung

der Rapid Deployment Force, der internationalen Eingreiftruppe der Europäer, die Indizien sind also sehr vielfältig. Keines dieser drei Projekte stellt eine reale Alternative zur gegenwärtigen miserablen Situation der Weltgesellschaft dar und selbst ihr oberflächlicher Pluralismus kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre Akteure eine einzige politische Partei repräsentieren, die Partei des Kapitals und deren historischen Projekt, das in Europa heute das Projekt des europäischen aggressiven Imperialismus ist, in dem sich 500 Jahre Erfahrung Kolonialterror niedergeschlagen haben. Das neue Monster, das in Europa entsteht wird dem Monster der neuen Welt nicht nachstehen in Exploitation und in Terror, hier haben wir die Erfahrung der englischen KZ, in den Kolonialstaaten der USA, Südafrika, die Erfahrung der deutschen KZ, die französische Foltererfahrung in Nordafrika, in Indochina, der italienische Einsatz von chemischen Waffen gegen die Bevölkerung in Abessinien, der Engländer gegen die Araber usw.

Und da muss sich der Nazizismus der Europäer etwas abschminken, der gerne verlauten läßt, dass die USA zwar Macht und Technik haben aber keine Kultur und dann die europäische „Alternative“ als die humanere darstellt.

Wir müssen, meine ich, diesem oberflächlichen Propagandagerede und diesem europäischen Nazizismus, dieser infantilen In-sich-selbst-Verliebtheit nicht auf den Leim gehen und wissen, dass das neue Monster genauso schrecklich wird oder noch schrecklicher als das schon bestehende. Keiner dieser Vorschläge des Systems hat Projekte, die die Situation der Mehrheiten auf der Welt verändern, die etwa 75 % der Weltbevölkerung ausmachen. Welche politischen Implikationen die Tatsache hat, dass in einer Strukturkrise des Weltsystems kein historisches Projekt für die Mehrheiten besteht, können wir anhand einer Analogie mit einem Beispiel aus der Physik analysieren.

Unterschiedliche Entwicklungsphasen, die ein System durchläuft.



Bestimmte Typen von Systemen, das heißt dynamische, komplexe oder anpassungsfähige Systeme, wie sie in der Physik genannt werden, durchlaufen drei wesentliche Phasen. Wir können hier am Beispiel des Wassers, ein System von Molekülen, diese Phasen verdeutlichen.

In einer ersten Phase ist das Verhalten der Mitglieder des Systems, der Moleküle, -in einer Gesellschaft wären das die Staatsbürger- bei Veränderung bestimmter Umweltbedingungen, zum Beispiel der Hitze, vorhersehbar, in diesem Falle linear. Wenn sich also die Umweltbedingungen verändern, kann man vorhersehen, wie die Mitglieder des Systems sich verhalten werden. Dies kann man am Verhalten des Wassers von 0° bis 99°C beobachten.

Im Bereich von 99° bis 100°C verändert sich das Verhalten der Mitglieder des Systems. Es tritt ein in das, was in der Physik als chaotische Phase bezeichnet wird und was früher in den Sozialwissenschaften als revolutionäre Krise eines Systems diskutiert wurde. „Revolutionäre Krise“ heißt nichts anderes, als das die Mitglieder eines sozialen Systems ihr vorhersehbares gewohntes Verhalten ablegen und in eine neue Phase eintreten, in der ihr Verhalten für neue Bewegungen offen ist. Diese Bifokationsphase, chaotische Phase, bietet die Möglichkeit eine höhere Ordnung zu entwickeln – im Falle des Wassers wird eine Flüssigkeit zu einem Gas. Oder es besteht die Möglichkeit, dass das System zu seinem vorhergehenden Stadium zurückkehrt, wieder zu Wasser wird. In diesem Übergangsphase können wir nicht entscheiden, welche Moleküle Wasser und welche Gas darstellen. Welche Faktoren entscheiden nun, ob aus dieser Übergangsphase, Krisensituation oder Chaossituation eine neue, höherwertige Ordnung hervorgeht oder ob das System zur alten Ordnung zurückkehrt? Wenn wir hier den Faktor Hitze erhöhen, geht das System in die neue Ordnung über. Wenn wir die Sache hier einfrieren, kehrt das System zu seiner alten Ordnung zurück. Das ist gesetzmäßiges Verhalten vieler komplexer Systeme und natürlich auch gesellschaftlicher Systeme.

Die Frage in dieser Analogie ist, was sind die Faktoren, die der Hitze entsprechen. Diese Faktoren sind die historischen Projekte. In der Übergangsphase, in der Krise des Systems „Feudalismus“ entscheiden die neuen historischen Projekte, ob die neue bürgerliche Ordnung sich etablieren kann oder ob das „ancient regime“ sich etabliert, weil die Staatsbürger sich nur in die Richtung bewegen werden, die ihnen als zukünftige Ordnung möglich erscheint. Die neue zukünftige Ordnung muss als Projekt bekannt werden, daher schreibt Luther die Thesen, daher schreiben die französischen Aufklärer ihre Werke, daher schreiben Marx und Engels das „Kommunistische Manifest“. Das heißt, jede strukturelle Krisensituation eines Systems hat zwei Entwicklungsmöglichkeiten, und der Mechanismus, in einem sozialen System einzuwirken auf die Möglichkeit der neuen Ordnung, des neuen Systems, hängt davon ab, dass ich den Mehrheiten eine plausible Lösung mit den genannten Elementen, objektive Möglichkeiten, subjektive Bedingungen vorstellen kann. Warum schreiben Marx und Engels das Kommunistische Manifest? Weil 1847 die Entwicklung der Sozialwissenschaften so weit vorangeschritten ist, dass die bewusstesten Arbeiter und Intellektuellen, von Anarchisten wie Bakunin bis zu den „Marxisten“, vorhersehen können, dass in diesem Jahr in Hannover eine regionale Revolution stattfinden wird, die zum Teil bürgerlicher und zum Teil nicht-bürgerlicher Natur sein wird. Und für die Arbeiter lautete die Frage: „Wenn wir Einfluss nehmen wollen auf diese Krisenphase, wenn wir wollen, dass eine höhere, eine sozialistische Ordnung aus dieser Krise des Systems entsteht, dann brauchen wir eine Orientierung für die Mehrheiten, ein neues historisches Projekt“, und dieses war das Kommunistische Manifest.

Wir haben also eine Gesetzmäßigkeit, erstens des Verhaltens von Systemen und zweitens der notwendigen Mechanismen, die Dynamik des Systems in seiner Krisenphase zu beinflussen. Und jeder, der unter dem Einfluss der Universitäten und der bürgerlichen Propaganda nicht seinen gesunden Menschenverstand verloren hat, wird erkennen, dass wir in einer ähnlichen Krisensituation sind wie 1847, dass wir aber kein neues historisches Projekt haben und dass die die Gruppe Krisis sagt: „wir müssen die Arbeit beenden“, anstatt sich Gedanken zu machen, wie wir hier Einfluss nehmen auf die Mehrheiten, um eine neue höhere Ordnung zu bekommen.

Welche Rolle spielen Marx und Engels bei der Schwierigkeit, in eine bessere Gesellschaftsordnung überzugehen? Es soll uns die Frage beschäftigen, warum die Nachfolger Marx' die Qualität der Realitätsinterpretation, die Marx und Engels erreichten, nicht erreichen konnten und die bis heute unübertroffen ist. Es gibt keine sozialwissenschaftliche Theorie, die die gleiche Erklärungskraft hätte, wie das, was Marx und Engels gemacht haben. Die Frage, warum deren Nachfolger sowohl in den sozialistischen Staaten als auch in der westlichen Intelligenz diese Qualität in der Realitätsinterpretation nicht beibehalten, nicht weiterentwickeln konnten, können wir heute systematisch beantworten. Wir können sie beantworten, indem wir untersuchen, wie die Entwicklung der wissenschaftlichen Paradigmen oder Grundmodelle der Erklärung der Wirklichkeit stattgefunden hat. Das erste wissenschaftliche Modell sei die Mechanik, die klassische physikalische Theorie im 18. Jahrhundert. Hiermit kann man den klassischen theoretischen Sozialismus von Marx und Engels vergleichen. Und wir können dem die klassische Evolutionstheorie von Charles Darwin hinzufügen. Im 19. Jahrhundert gibt es eine Differenz in der Entwicklung. Während das klassische theoretische Modell der Physik weiterentwickelt wird geschieht nicht das gleiche mit dem Sozialismus. Das klassische Paradigma wird in der theoretischen Physik erweitert durch Einstein mit der Relativitätstheorie, durch Planck mit der Quantenphysik, durch Heisenberg, die Theorie des Quarks usw. Wir haben im Sozialismus des 20. Jahrhunderts keinen Einstein, keinen Planck, keinen Heisenberg. Wir haben Lenin, ein Universalgenie mit der Kapazität von Marx. Aber warum hat Lenin nicht ein vergleichbares theoretisches Paradigma entwickelt wie Einstein, Planck und Heisenberg. Die Erklärung ist folgende: Wenn wir fragen, warum die Physik diese ungeheuren Fortschritte im Verständnis des Universums hat machen können, dann sehen wir eine Dialektik oder Interaktion zwischen vier Elementen. Die experimentelle oder empirische Physik auf der einen, die theoretische Physik, die großen Konstruktionen, die wir dort haben, auf der anderen Seite, die reine Mathematik und die Logik. Das heißt, es gibt eine ständige Interaktion zwischen den abstraktesten Formen des Denkens, wie Mathematik und Logik, der empirischen Untersuchung, wie in der experimentellen Physik und der großen Synthese in den theoretischen Modellen. Diese Dialektik zwischen dem Abstrakten und dem empirisch Konkreten hat den Fortschritt der Physik ermöglicht. Im klassischen Paradigma des theoretischen Sozialismus, den Marx und Engels entwickelten gibt es diese Dialektik nicht, denn Lenin, Rosa Luxemburg, Gramsci usw. sind das Äquivalent dessen, was die experimentelle Physik darstellt. Die Anwendung des klassischen theoretischen Paradigmas auf eine Realität und die Verteidigung dieser Realität nach 1917 gegen die Angriffe des Imperialismus. Das heißt von den vier Polen theoretische Physik, empirische Physik, Mathematik und Logik haben wir in der Entwicklung des Sozialismus als Wissenschaft und als Wissenschaft der Befreiung nur einen Pol, den empirischen. Und ohne die Dialektik zwischen dem Empirischen und dem Theoretischen, dem Abstrakten und dem Konkreten gibt es keine Entwicklung in der Wissenschaft und natürlich auch nicht in der Philosophie. Wir denken, dass heute dieses Problem im wesentlichen überwunden ist. Ich denke, dass die beiden theoretischen Prinzipien des neuen Sozialismus, des Sozialismus des dritten Jahrtausends, erkannt sind, das auf der ökonomischen Seite die Ökonomie der Äquivalenz und des objektiven Wertes ist, die wir gestern diskutiert haben, und auf der theoretischen Seite das Prinzip der partizipativen, der teilhabenden Demokratie. Ein letzter Aspekt in diesem Zusammenhang: Marx und Engels waren in der Lage diese Theorie zu entwickeln, weil sie

die fortgeschrittensten wissenschaftlichen Ergebnisse und Methoden beherrschten, gar nicht zu sprechen von der Universalliteratur und der Kunst. Und nur von einer Position der Avantgarde aus, der fortgeschrittensten Position des Denkens, kann man ein neues Projekt entwickeln. Aber viele derjenigen, die sich heute als Marxisten bezeichnen, haben das nicht verstanden. Viele von ihnen versuchen immer noch mit den Texten von Marx, mit Texten, die aus der Realität des 19.Jahrhunderts entwickelt wurden, die Realität des 21.Jahrhunderts zu charakterisieren, zu beschreiben. Ist das möglich? Müssen wir Marx und Engels vergessen? Nein. Müssen wir Newton vergessen? Nein. Es wäre absurd zu sagen, die klassische Physik von Newton hat keine Bedeutung mehr, weil Einstein, Heisenberg und Planck danach gekommen sind. Wenn ich eine Rakete zum Mond schießen will, dann brauche ich Newton. Aber wenn ich neue Aspekte der Welt, wie die atomare Physik analysieren will, dann brauche ich die Physik und die Mathematik der Quantenmechanik und Einstein. Für bestimmte Zusammenhänge des gesellschaftlichen Systems ist die Theorie von Marx und Engels nach wie vor hinreichend. Für neue Wirklichkeiten, die zu jener Zeit nicht existierten brauche ich eine neue Theorie und natürlich auch für die Analyse bestimmter veränderter Funktionszusammenhänge, die sich heute anders darstellen als vor 200 Jahren.

Der nächste Punkt, den ich ansprechen möchte, ist folgender: Wenn Einverständnis darüber besteht, dass das bürgerliche System in einer Krise ist, dass die Entwicklung dieser Krise davon abhängt, ob es gelingt ein neues gesellschaftliches Modell zu entwickeln und zu praktizieren, dann sind folgende Überlegungen hilfreich. Zunächst muss man sich über den Charakter der Krise verständigen. Die Krise, die wir gegenwärtig erleben, hat verschiedene Aspekte. Es ist zunächst eine klassische ökonomische Akkumulationskrise, wie sie schon von Marx analysiert wurde. Marx nannte das den „anarchischen Charakter der Produktion“, also jeder Großkapitalist entscheidet selbst, welche Investitionen zu treffen sind und natürlich existiert kein gesamtgesellschaftlicher, kein makroökonomischer Koordinationsmechanismus, so dass keine Übereinstimmung zwischen Investitionsdynamik und Aquisitionsdynamik, Kaufkraftdynamik existiert, der dann durch die zyklisch auftretenden Krisen hergestellt wird.

Zweitens ist es eine Hegemoniekrise. Das heißt, das Modell des Neoliberalismus in Lateinamerika zum Beispiel hat die Fähigkeit, die Leute zu umgarnen, verloren, und eine Ideologie, die die Massen nicht mehr betrügen kann, ist natürlich funktionslos geworden und braucht eine neue Ideologie wie die des dritten Weges in Europa.

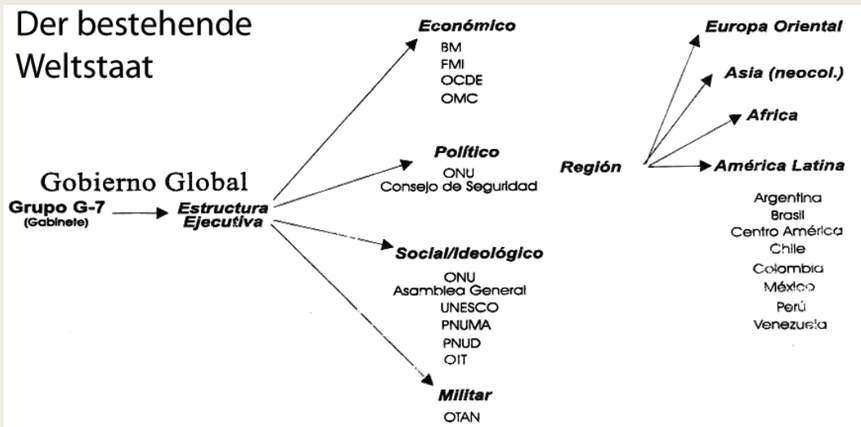
Es ist eine Krisis der Sozialwissenschaften und der Intellektuellen. Es gibt eine schamhafte moralische Kapitulation der Professoren in der ganzen Welt, aber vor allem auch bei Euch ähneln die Fakultäten der Sozialwissenschaften eher dem Funktionsmechanismus der Kirche als der einer Forschungsinstitution. Es gibt eine neue Scholastik in den Universitäten, wo die heiligen Texte interpretiert werden wie vor 600 Jahren, nicht aber die kausalen Beziehungen der gegenwärtigen Realität analysiert werden, um neue Wege zu finden. Es gibt einen politischen Opportunismus, Akademizismus, Trivialität und das geht durch alle Sozialwissenschaften, Soziologie, Geschichte, Philosophie, Ökonomie. Wie ich schon sagte, was an Ökonomie an den Universitäten gemacht wird, vor allem Makroökonomie, ist zu 95% für Idioten und zu 5% wissenschaftlich. Es ist eine allgemeine Krisis der Wissenschaft, der Sozialwissenschaften und derjenigen, die sie betreiben. Und schließlich ist sie eine Strukturkrise der bürgerlichen Zivilisation in dem Sinne, dass die beiden wesentlichen Institutionen des Systems, die nationale Marktwirtschaft und die liberale Demokratie, die Lebenserwartung der Mehrheit der Weltbevölkerung nicht mehr erfüllen.

Einige Worte zu dieser Strukturkrise der bürgerlichen Gesellschaft: Wenn wir wissen wollen, ob der Zeitpunkt gekommen ist, in dem diese Gesellschaft in eine neue verändert werden kann, das heißt, wenn wir wissen wollen, ob wir Don Quichote sind, der mit einer Bambuslanze durch die Gegend reitet, gegen die Windmühlen, oder ob wir die Avantgarde, das heißt, die sensibelsten, die fortgeschrittensten, die mit den längsten Antennen wahrnehmenden Subjekte objektiver Entwicklung sind, dann müssen wir erneut eine Überlegung aus der Physik einführen. Jedes System im Universum hat eine begrenzte, eine bestimmte Lebensdauer, die von zwei Faktoren bestimmt wird. In einem physikalischen System, beispielsweise einem Stein, von der internen Molekularstruktur und von der Interaktion mit der Umwelt. In einem biologischen System ist die absolute Grenze seine Lebensdauer, beim Menschen beispielsweise bestimmt durch die Genetik einerseits und seine relative oder spezifische Lebensdauer durch die Interaktion mit dem Umfeld. In einem sozialen System gilt das gleiche. Die absolute Grenze einer Gesellschaft wird durch die Parameter des Umfelds gesetzt, beispielsweise die ökologischen, und die relative Überlebensfähigkeit einer Gesellschaft wird gesetzt durch die Fähigkeit, die Interessen und Notwendigkeiten derjenigen gesellschaftlichen Subjekte zu erfüllen, die hinreichend genug entwickelt sind, um erstens ein eigenes, nicht systemisches Projekt zu entwickeln und zweitens – falls die Entwicklung ihrer Interessen im Status Quo nicht möglich ist – das Potenzial haben, ein Machtvolumen zu schaffen, welches das etablierte System beenden kann. Beide Bedingungen sind meiner Ansicht nach in einem frühen Entwicklungsstadium gegenwärtig erfüllt und entwickeln sich relativ schnell weiter durch die objektiven Widersprüche des Systems sowie durch die subjektive Kenntnisnahme und das Verarbeiten dieser Widersprüche in neuen politischen theoretischen Ansätzen, wie das, was Maria und ihre Gruppe machen, was wir machen mit dem neuen historischen Projekt und was sicher auch die Intention der Gruppe „Krisis“ und vieler anderer Leute ist.

Eine dieser objektiven Tendenzen, die die Widersprüche des Systems ständig größer machen, ist die folgende: der wachsenden Produktivität entspricht eine wachsende Arbeitslosigkeit und eine wachsende Verelendung, vor allem in der dritten Welt, aber nicht nur dort. Der wachsenden Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums und des Vernögens entspricht eine wachsende Verarmung. 84% des Weltreichtums wird von 20% der Weltbevölkerung konsumiert, das heißt von der Bevölkerung der ersten Welt, und natürlich kann ein System, in dem eine derartige ungleiche Eigentums- und Machtverteilung existiert, nicht stabil sein.

Dem zunehmenden gesellschaftlichen Charakter der Produktion entspricht eine zunehmende Vereinzelung der Individuen. Der zunehmenden möglichen Reduzierung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit widerspricht die Beibehaltung -oder wie in den USA der letzten 15 Jahre, die Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitszeit der Bevölkerung.

Der zunehmenden technologischen Basis für teilhabende Demokratie durch Computer und Internet entspricht eine Rückentwicklung der bürgerlichen Demokratie. Wir können heute von einem „Hightech-Feudalism“ sprechen, einem Feudalismus, der auf hoher Technologie basiert. Wir können das kurz illustrieren.



Wir können etwa die Situation der bürgerlichen Weltgesellschaft erkennen, in diesem Fall die politische Sphäre. Wir haben bereits einen Globalstaat mit einer globalen Regierung, die im wesentlichen aus den Exekutiven, das heißt aus den Präsidenten der G7-Gruppe besteht. Dieser Weltstaat hat ökonomische Exekutivorgane mit der Weltbank, dem Währungsfond, der Welthandelsorganisation, hat politische Exekutivorgane, vor allem im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, und hat ideologische soziale Exekutivorgane, wie zum Teil die Unesco, im Grunde alle Organisationen der Unesco, der internationalen Arbeitsorganisation, und hat militärische Exekutivorgane wie die NATO. Und diese Struktur wird dann in den Regionen und später in den nationalen Staaten praktiziert. Das heißt, es ist eine völlig undemokratische, präbürgerliche Struktur, denn die Entscheidungsinstitution über die globale Regierung müsste natürlich die Vollversammlung der Vereinten Nationen sein mit dem bürgerlichen Prinzip:“eine Nation, ein Votum“, wie in den Nationalstaaten, ein Bürger, ein Votum. Das existiert natürlich nicht. Alle dieser Exekutivorgane sind konstituiert nach dem Feudalprinzip, das ökonomische und militärische Macht der gesellschaftlichen Subjekte direkt in politischer Macht ausdrückt. Das heißt, wir haben eine vorbürgerliche politische Verfassung des Weltsystems, basierend auf hoher Technologie.

Ein weiterer Widerspruch ist, dass dem zunehmenden Bewusstsein über den juristischen Fortschritt von Menschenrechten und dem Rechtsstaat keine reale Ausweitung der Menschenrechte und des Rechtsstaates in der Mehrheit der Weltbevölkerung entsprechen. Die Kommunikationstechnologie, die heute existieren, um das Subjekt zu konstituieren, von dem Marx geträumt hat, von dem im Grunde die Geschichte seit 2000 Jahren redet -die Konstitution des Subjektes ist im Grunde genommen so etwas wie der Sprit im Tank des Autos. Die Geschichte bewegt sich deshalb, weil der Gedanke eines Rechtsstaates und der Entwicklung der individuellen Subjektivität die nach vorne weisende Dynamik darstellt. Die Kommunikationstechnologien, die wir heute haben, um das Subjekt zu konstituieren werden nicht dafür verwandt, sondern für die Manipulation. Die Entfremdung zwischen Stadt und Land, die traditionelle Grenze zwischen intellektueller und manueller Arbeit könnten heute überwunden werden durch diese neuen Technologien, aber

die Technologien werden verwandt um das Subjekt in einer Objektbedingung zu halten, um es kontrollieren zu können. Die zunehmende Organisationsfähigkeit sozialer Prozesse hat keine Entsprechung in den elitären Entscheidungsprozessen, beispielsweise des Weltstaates. Und schließlich: die gegenwärtige dominante Konsum- und Lebensform und Lebensprofile sind nicht generalisierbar, zunächst aus ökologischen Gründen, dann aus Gründen der sozialen Stabilität und es existiert kein Projekt für 75 % der Mehrheiten, die dieses System ausschließt. Das heißt, die Widersprüche des Systems zwischen dem zunehmenden gesellschaftlichen Reichtum und der objektiv möglichen teilhabenden Demokratie einerseits und der sozialen Ausgrenzung, der demokratischen Rückentwicklung der existierenden formalen Demokratie andererseits, ergibt sich aus drei Mechanismen der bürgerlichen Klassengesellschaft, die ihre Entwicklung strukturell begrenzen:

Ausbeutung	Herrschaft	Entfremdung	
ja	ja	ja	Kapitalismus
nein	ja	ja	Sozialismus
nein	nein	ja	Irreal
ja	ja	nein	Irreal
ja	nein	nein	Irreal
ja	nein	ja	Irreal
nein	ja	nein	Irreal
nein	nein	nein	Reale Demokratie

Die drei entwicklungshemmenden Mechanismen, die verhindern, dass die bürgerliche Zivilisation zu einer Gesellschaft für alle wird, sind *Ausbeutung, Herrschaft und Entfremdung*. Wenn wir die kapitalistische Gesellschaft untersuchen, müssen wir für jede Kategorie sagen: ja, es gibt Ausbeutung, ja, es gibt Herrschaft, ja, es gibt Entfremdung. Ist eine Gesellschaft möglich, in der keine Ausbeutung existiert, keine Herrschaft und Entfremdung? Es gibt nur diese beiden Möglichkeiten und als dritte die Gesellschaft, in der Herrschaft, Ausbeutung und Entfremdung abgeschafft wird und das ist die neue Gesellschaft mit teilhabender Demokratie und mit Äquivalenz- oder solidarischer Ökonomie.

Konkreter gesprochen handelt es sich um die strukturelle Erschöpfung der beiden prinzipiellen Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft, der nationalen Marktwirtschaft und der liberalen Demokratie. Es ist eine interessante Sache, wenn wir analysieren, welches die Forderungen der Demonstrationen in Seattle waren, in Davos und später in Ecuador während des Aufstandes der indigenen Bevölkerung und der populären Sektoren. Das interessante ist, dass im Grunde beide Sektoren in einer völlig anderen gesellschaftlichen Situation, privilegierte Arbeiter mit anderen Gruppen zusammen in Seattle, in der ersten Welt, in einer der reichsten Zonen der USA, wo Microsoft ist, Boeing usw., eine der größten Exportregionen der USA, wo in einer privilegierten Region der USA und einer völlig verarmten Situation in Ecuador die Leute aus den Gemeinschaften, aus den Bergen kamen, um die Sachen zu verändern und im Grunde genommen die gleichen Forderungen stellten. Was waren die Forderungen der Arbeiter in Seattle? „No Globalisation without participation“. Das heißt, sie gehen zurück auf eine Forderung der Boston Tea Party während des Unabhängigkeitskrieges in den USA 1779. Die Forderungen der Krone waren folgende: Die Arbeiter sollten für den Tee Steuern zahlen. Die Arbeiter sagten: „Nein, wir zahlen keine Steuern“, mit dem Argument „No taxation without representation“, also keine Steuern ohne politische Teilhabe. Und diese Idee taucht wieder in Seattle auf: „Keine Globalisierung ohne Teilhabe“, das heißt, ein alter demokratischer Gedanke steht entgegen der Globalisierung der Manager und der Weltbank. Und was ist die Losung in Ecuador aus dem Komunique derjenigen, die aus den Bergen kommen? „Wir haben den Aufstand nicht gemacht, damit in sechs Monaten durch neue Wahlen ein neues korruptes Parlament an die Macht kommt und eine neue korrupte Regierung, wir haben den Aufstand gemacht für eine reale teilhabende Demokratie.“ Wer die Analyse der Zapatistas sieht, die Forderungen sind gleich. Das heißt in den Flecken des Widerstandes, die weltweit gegen die Globalisierung der Weltbank, der Banqueros aufgebaut werden tauchen die gleichen Losungen auf. Das heißt die neue Gesellschaft manifestiert sich bereits in den Losungen des Kampfes, das sind zwei: Erstmal die Gesellschaft, in der alle leben können mit der Solidar- oder Äquivalenzökonomie und zweitens eine teilhabende Demokratie. Und jede politische Bewegung, die etwas ändern will in der gegenwärtigen Situation und die diese beiden Forderungen der Massen und der Avantgarde kennt und nicht aufnimmt, ist meiner Meinung nach isoliert von der realen gesellschaftlichen Entwicklung des Systems und wird keinen Erfolg in der Veränderung haben.

Ich habe gestern bereits über die beiden Elemente Äquivalenzökonomie und teilhabende Demokratie gesprochen und will deshalb nur noch kurz auf ein Element hinweisen. Wir können die Demokratie als Eigenschaft eines komplexen dynamischen Systems verstehen, das wir Gesellschaft nennen, und diese Eigenschaft des Systems kann in verschiedenen Dimensionen gemessen werden, wie jedes reale Phänomen. Wir können messen in Hinsicht auf formale Demokratie und auf teilhabende Demokratie.

Wenn wir die Weltgesellschaft untersuchen können wir feststellen: es gibt sehr wenige Staaten mit sozialer Demokratie, sehr wenige Staaten, die formale Demokratie haben und es gibt keinen einzigen Staat mit teilhabender Demokratie auf der Welt. In keiner einzigen Verfassung der Weltstaaten wird die Entscheidung über Krieg und Frieden von der Bevölkerung getroffen. Die existentiellste Entscheidung im Leben einer Nation und jedes Bürgers, die Entscheidung, ob er in den Krieg ziehen will oder nicht – es gibt keine existenziellere Entscheidung– darüber entscheidet immer eine Minderheit von Bankern oder politischen Eliten, nicht ein Plebiszit der Mehrheit. Das heißt, wir sind gegenwärtig weit entfernt von der teilhabenden Demokratie, aber wir haben auf der anderen Seite die technologische Basis, um diese Demokratie zu verwirklichen.

Wie ich bereits gestern sagte, ist das Argument der bürgerlichen Philosophen und Politiker, keine ideale Demokratie gewährleisten zu können, was im Grunde genommen die Quelle der Spaltung der demokratischen Projekte in der Geschichte ist: die elitären Demokratien von Alexis de Toqueville, von Montesquieu und allem was heute existiert und auf der anderen Seite die direkte oder radikale Demokratie der Jakobiner, von Marx/Engels und Lenin. Diese Konzeption der elitären Demokratie argumentiert immer folgendermaßen, wie Toqueville in seiner Arbeit über Demokratie in Amerika sagt: „Die USA sind die fortgeschrittenste Demokratie, aber man kann nicht darüber hinwegsehen, dass es diejenigen sind, die Produktionsmittel haben, die die Entscheidung in diesem System treffen und das ist auch richtig so, weil diejenigen, die den ganzen Tag in der Fabrik arbeiten müssen abends so erschöpft sind, dass sie nicht mehr die Bildung aufnehmen können, die notwendig ist, um öffentliche Angelegenheiten zu entscheiden. Daher brauchen wir eine elitäre Demokratie.“

Das heißt, die Mehrheiten können keine reale Demokratie haben, weil sie erstens keine Bildung besitzen und zweitens, weil die Technologie nicht mitspielt, da man nicht zu jeder Frage Wahlen auf nationaler Ebene durchführen könne, da dies zu kostspielig und zu zeitaufwändig ist.

Heute gelten diese Argumente nicht mehr. Das Problem der Mehrheiten zu wenig gebildet zu sein, kann man lösen, in dem man die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit reduziert, was heute in einem nationalen System möglich ist, damit wir weniger Zeit an Schreibtischen oder in der Fabrik verbringen, damit wir mehr Zeit haben zur politischen, zur wirtschaftlichen und zur kulturellen Bildung. Und somit hätten wir dann das Bildungsniveau erreicht, um die teilhabende Demokratie zu verwirklichen. Denn es gilt das, was Gremliza sagte: „Mir graut davor, das die Dorfgemeinschaft über Migrationspolitik entscheidet.“ Das ist ein reales Problem, aber ein überwindbares.

Und der zweite Aspekt ist, dass das Maß an Technologie über die reale Demokratie bestimmt. Nehmen wir zum Beispiel den Bundeshaushalt, der als makroökonomische Variable über die Qualität des Lebens der Menschen im nächsten Jahr entscheidet. Den entscheiden natürlich eine handvoll professioneller Politiker und Banker. Man kann es aber über zwei, drei Monate im Fernsehen diskutieren und dann drückt man einen Knopf. Hinterher weiß man, was die Mehrheit der Bevölkerung will und so wird der Bundeshaushalt dann innerhalb der Gesellschaft verteilt. Und wir sagen das ist eine gute Idee und absolut nicht utopisch. In Brasilien wurde vor zwei Jahren bei den Präsidentschaftswahlen das benutzt, was sie elektronische Urne nannten. In den Universitäten wurden Computer aufgestellt und die Studenten haben bestimmte Codes benutzt und gewählt. Das heißt, die technologische Basis für eine teilhabende Demokratie ist zum erstenmal in der Weltgeschichte präsent. Das Problem ist natürlich, dass diese technologische Basis nicht für die Mehrheit der Menschheit und für die Demokratie benutzt werden kann, weil das der hierarchischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft widerspricht. Dieses System flüchtet vor der realen Demokratie wie der Teufel vor dem Weihwasser und das muss so sein, weil keine Fabrik in der realen Demokratie bestünde. Eine Fabrik ist in den soziologischen Termini eine militärische Organisation, in der vertikale Kommandolinien existieren, wo anstelle des Generals der Generaldirektor sitzt und was der Generaldirektor sagt, das wird gemacht, sonst fliegt man raus, ebenso, wie das gemacht wird, was der General sagt. Es ist eine militärische Organisation, in der die Mehrheit der Menschen den wichtigsten Teil ihres Lebens verbringt. Diese Institution ist unvereinbar mit der realen Demokratie, so wie der ganze Militärflügel unvereinbar mit ihr ist, so wie die Fernsehprogramme mit ihr unvereinbar sind usw. Wir können jede gesellschaftliche Beziehung nehmen, dieses System mit seinen Elementen ist unvereinbar mit der realen Demokratie.

Ich möchte noch einmal kurz auf Gremliza eingehen und auf das, was gestern von einigen Leuten hier als trübsinnige Analyse bezeichnet wurde. Gremliza sagte, Eulers Auffassung, dass die Geschichte neu gemacht werden kann, dass der Kapitalismus neu gemacht werden kann, im Hegelschen Sinne aufgehoben werden kann in eine neue Gesellschaftsordnung, könne er aus zwei Gründen nicht zustimmen. Erstens, sagte er, die alte Formulierung von Marx, dass das Sein das Bewusstsein bestimme, gelte heute aufgrund der Massenmedien nicht mehr. Das ist meiner Meinung nach eine vollkommen undialektische Formulierung, die ich häufig höre, wenn ich Vorträge in Südamerika halte, dass die Leute sagen: „Ja, ja, wir sind

dafür, dass es eine neue Gesellschaft gibt, nur ist das heute nicht mehr möglich, weil die Elite die Massenmedien hat und sie uns nicht geben wird, also können wir keine Revolution machen oder eine Veränderung herbeiführen“.

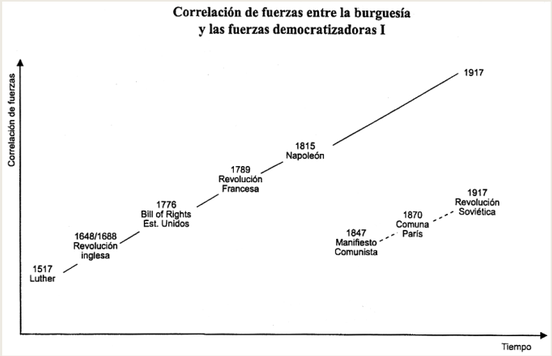
In keiner Epoche hat die Elite denjenigen, die sie abschaffen wollten die Massenmedien zur Verfügung gestellt, es wäre absurd das zu glauben. „Na ja, im Feudalismus gab es kein Fernsehen“. Natürlich gab es kein Fernsehen im Feudalismus, aber es gab die Kirche, die den gleichen Einfluss hatte. Aber trotzdem hat sich die bürgerliche Revolution durchgesetzt. Warum? Weil eine objektive Entwicklungstendenz in der Gesellschaft existiert, die sich früher oder später durchsetzt, die man vorantreiben kann oder auch nicht, die aber nicht durch schwache subjektive Verfahren der Eliten aufgehalten werden kann, wie Seattle ebenfalls zeigt. Warum gehen die Leute, die in der ersten Welt privilegiert leben, auf die Straße, um gegen diese totalitäre Organisation des Kapitals zu kämpfen, trotz der Manipulation der bürgerlichen Gesellschaft? Jene Einschätzung ist im Grunde Marcuse der sechziger Jahre, der „eindimensionale Mensch“, der meiner Ansicht nach eine völlige Überschätzung des Manipulationspotenzials der Eliten darstellt. Wenn die Eliten so an die Effizienz ihrer Manipulationsmechanismen glauben würden wie einige Intellektuelle, dann bräuchten sie die großen Militärausgaben nicht. Wenn sie die Leute durch Software kontrollieren könnten, durch das, was wir denken, dann könnten sie sich das Geld für Panzer und Nuklearwaffen sparen – sie wissen, dass sie beides brauchen. Die Eliten müssen die Hardware der Menschen, ihre Gehirne mit Software kontrollieren, und wenn das nicht funktioniert, dann brauchen sie Blei. Ich erinnere an den Reader, den die USA damals in Nicaragua verteilte, mit dem Titel: „Der Krieg ist ein politisches Phänomen“. Der CIA-Reader für die Contras sagte, man müsse versuchen, die Leute zu überzeugen, zu gewinnen gegen die Sandinistas und nur diejenigen, die sich nicht überzeugen ließen, denen verpasse man die Kugel. Das ist so, seit es Klassengesellschaften gibt, und das hat sich heute durch das Fernsehen nicht verändert, weil jede Gesellschaft, die neue Technologien der Destruktion und der Kontrolle entwickelt, zugleich die Möglichkeit der Benutzung dieser Technologien gegen das System ermöglicht.

Ein weiterer Aspekt, der Schwachpunkt jedes Herrschaftssystems, liegt in den Händen, die die Technik operieren. Der Zusammenbruch des Systems im Iran, obwohl es eine moderne Militärmaschinerie hatte, lag daran, dass etwa die Leute, die in den Panzern saßen nicht abgedrückt haben. Warum ist die Sowjetunion, die ehemals größte Militärmacht nach den USA war, praktisch ohne ein Blutvergießen zusammengebrochen? Weil die Menschen in Osteuropa, die Software nicht mehr funktionierte. Das heißt also, alle Hardware, alle Repressionstechnologien, funktionieren nur, wenn der Mensch funktioniert. Das ist der schwache Punkt und darum müssen wir kämpfen. Der Kampf der Ideen ist die Voraussetzung für jede reale Veränderung und in dieser Hinsicht sind wir nicht besser und nicht schlechter dran als im Feudalismus.

Das zweite Argument von Hermann [Gremliza] war, dass die große Mehrheit in der ersten Welt von der ungerechten Weltordnung profitiert, dass die Arbeiteraristokratie existiert und dass sie deshalb gegen die äquivalente Wirtschaft sei, weil diese eine Reduzierung des Wohlstandes in der ersten Welt bedeutete. Hegel hat das alles schon ganz richtig im Griff gehabt, wenn er es auch mit mystifizierenden Kategorien wie „Weltgeist“ ausgedrückt hat. Er hat die Dialektik schon richtig verstanden. Er hat verstanden, dass die Geschichte kein chaotisches System ist und hat daran die Geschichte des Rechtsstaates entwickelt. Die ganze Hegelsche Philosophie dreht sich um die Dialektik zwischen individueller Freiheit und Rechtsstaat; die erste großartige logische Analyse der Weltgeschichte, die Marx später aufgriff.

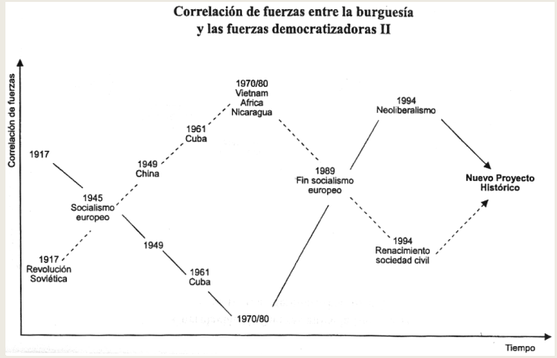
Und damit kommen wir auch auf die Frage, die gestern ein wenig chaotisch diskutiert wurde: Was ist die Rolle des Nationalstaates und hat er einen militärischen Arm oder nicht. Ich denke es war ein bisschen seltsam, was Gremliza dort gesagt hat, weil die NATO offensichtlich dieser militärische Arm ist. Aber wenn wir die politische Entwicklung der Spezies untersuchen, dann fängt das ganze an mit lokalen ethnischen Gruppen, mit Protostaaten wie im Hindustal, am Huang-ho in China etc. Dann erscheint der historische Nationalstaat im 15. Jhd. in Europa beginnend und heute haben wir den Nationalstaat. Der Gedanke, dass der Nationalstaat durch einen Weltstaat ersetzt wird ist absurd, ganz einfach weil jede dieser politischen Organisationen bestimmte Funktionen erfüllt. Wir werden im Gegensatz dazu in der Realität die Koexistenz, das Nebeneinander von drei Staatsformen haben: den modernen Nationalstaat, der bestimmte Funktionen erfüllen muss, wir werden regionale Staaten haben, zum Beispiel den Protostaat, den wir in der Europäischen Union haben, und wir werden den Globalstaat haben – alle drei werden koexistieren. Folgende Überlegung hat maßgebliche Bedeutung: In den letzten 500 Jahren gab es drei entscheidende Institutionen für die Entwicklung der Weltgesellschaft, den Nationalstaat, den internen Markt und den Weltmarkt, die in der Entwicklung intim miteinander verbunden waren. Heute ist der entscheidende Protagonist der weltpolitischen, der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr der National- sondern der Regionalstaat. Das heißt, das Minimum an Macht, was ich brauche, um heute in der internationalen Gesellschaft gehört zu werden, um meine Interessen repräsentiert zu sehen, ist die regionale Ökonomie und der regionale Staat. Wir werden die Koexistenz der drei Staatsformen haben.

Abschließend möchte ich noch einmal auf die Frage eingehen, in welcher Phase der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen demokratisierenden und nicht-demokratisierenden Kräften wir uns befinden und zwar in der Entwicklung zwischen bürgerlichen und nicht-bürgerlichen Kräften. Das, was man in den sechziger Jahren Klassenkampf nannte, also den politischen Konflikt zwischen dem bürgerlichen und dem nicht-bürgerlichen historischen Projekt beginnt im Grunde mit Luther und findet seine erste Konkretion in der englischen Revolution von 1648/88 und dann natürlich 1776 in der Menschenrechtserklärung in den Vereinigten Staaten, in der Unabhängigkeitserklärung und 1789 in der Französischen Revolution, wird dann mit Napoleon, dem Geschäftsführer der europäischen Bourgoisie in ganz Europa regional ausgebreitet und nimmt seine aufsteigende Linie an.



Und 1847 (wenn man nicht die Frühsozialisten nennen möchte) beginnt mit dem Kommunistischen Manifest ein neues historisches Projekt, das sich parallel zum bürgerlichen Projekt anfängt zu entwickeln. 1870 ist die Pariser Kommune die erste Konkretisierung des neuen Staates, der neuen Gesellschaft und 1917 wird das theoretische Modell, das Paradigma das neue historische Projekt der Arbeiter- und Bauerngesellschaft in der sowjetischen Revolution zum ersten Mal verwirklicht. Seit 1917 verfolgen wir eine aufsteigende Linie dieser sozialistischen Staaten, die ihren neuen Kulminationspunkt mit Mao in China erreicht, mit dem Sieg der Revolution in Kuba und vor allem mit der Niederlage des westlichen Systems in Vietnam, die sozusagen den Protektionsschirm für die Befreiung Angolas, Guinea-Bisseau in Afrika und der Sandinistas in Nicaragua liefert. Ohne die Niederlage der USA in Vietnam wären die Sandinistas nicht an die Macht gekommen, und wahrscheinlich hätte die Befreiung in Südafrika andere Formen angenommen. Dann ist natürlich der Aufstieg des neuen historischen Projektes verbunden mit einem relativen Niedergang des bürgerlichen Projektes.

Mit dem Zusammenbruch der osteuropäischen Staaten verändern sich die beiden Kurven. Das nichtbürgerliche Projekt tritt in eine Phase der Depression ein, bis neue Ansätze wie durch die Zapatisten entwickelt werden. Heute, denke ich, sind wir in einer aufsteigenden Phase der Entwicklung eines neuen historischen Projektes einer nichtbürgerlichen Demokratie und einer äquvalenten Ökonomie, was eine relative Schwächung des bürgerlichen Projektes bedeutet.



Das Neue Historische Projekt hat natürlich verschiedene „Schichten.“ Wir haben hier nur den rationalen Kern des Projektes beleuchtet, das heißt, was aus der Wissenschaft für die Entwicklung eines neuen gesellschaftlichen Systems abgeleitet werden kann. Wir haben nicht darüber gesprochen, dass jedes historische Projekt die Dimension der Mystik enthält, die Dimension der Ästhetik, die unabdingbar ist, dass Leute beispielsweise ihr Leben für die rote Fahne gegeben haben oder für die Marseillaise, für die Internationale, für das Symbol von Hammer und Sichel. Das sind Dimensionen menschlicher Existenz, die der Mensch natürlich nicht rational erkennt, aber die in jedem neuen historischen Projekt enthalten sein müssen. Das heißt, im Neuen Historischen Projekt sind wir erst am Anfang dahingehend, dass wir versuchen, die theoretischen Prinzipien des Systems zu vertreten, so wie Newton anfängt, die Beziehung der Bewegung der Himmelskörper durch die Gravitation zu erklären. Ich denke, das haben wir im wesentlichen erreicht. Das ist die Basis, und nun muss in der kollektiven Anstrengung in der ersten und der dritten Welt, zwischen allen, die gesamte Dimension des Systems, des Neuen Historischen Projektes entwickelt werden – bis zur realen Alternative.

Vielen Dank

Das Äquivalenzprinzip als ökonomische Grundlage einer neuen demokratischen Weltgemeinschaft

Prof. Dr. Arno Peters,
Leiter des Instituts
für Universalgeschichte, Bremen,

im Gespräch mit
Prof. Dr. Heinz Dieterich.

Prof. Peters,
Sie fordern eine neue Weltwirtschaftsordnung.
Warum sind Sie mit der gegenwärtigen unzufrieden?

Auf der Erde leben jetzt 6 Milliarden Menschen. 1 Milliarde in Wohlstand und 5 Milliarden in Armut. 1 Milliarde hungert, und Tag für Tag verhungern über 100.000 Menschen auf der Erde. Clinton hat es uns gerade in der UN-Vollversammlung gesagt, das sind im Jahre 40 Millionen. Das heißt also, seit dem Ende des zweiten Weltkrieges sind 600 Millionen Menschen an Hunger gestorben in dieser „herrlichen Marktwirtschaft". Das sind 10 x soviel Menschen als in beiden Weltkriegen gefallen sind. Ich glaube, dass eine solche Ordnung undiskutabel ist und dass man sie einfach auf den Müll der Geschichte werfen muss und durch eine neue ersetzen. Hinzu kommt, dass zunehmend Kriege in großen Teilen der Welt herrschen, Bürgerkriege, die Kriminalität wächst. Also – es geht also alles nur noch ums Geld, und auch das Geld ist nicht mehr der Motor der Produktion oder der Verteilung. Nur noch 1 Prozent der in der Welt umlaufenden Gelder dienen dem Warenaustausch oder dem Handel, über 99 Prozent der reinen Spekulation, die überhaupt wertlos ist für die Bedarfsdeckung, die nach meiner Meinung der Inhalt der Wirtschaft sein muss.

Nun gibt es Leute, die diese Missstände ebenso sehen wie Sie, jedoch sagen, man könne sie ändern, wenn man die richtige Regierung wählt. Wenn man zum Beispiel eine sozialistische oder eine sozialdemokratische Regierung wählt.

Mitterand hat es uns gezeigt, wie vor ihm Willy Brandt und Olof Palme und nach ihm Jospin und Schröder und Blair. Das im Grunde unabhängig von einem solchen Regierungswechsel sich an der kapitalistischen Marktwirtschaft nichts ändert. Außerdem geht es überhaupt nicht um eine neue Regierung, sondern vielmehr um ein neues Ordnungsprinzip, also um einen neuen Urgrund menschlichen Zusammenlebens.

Könnten Sie uns bitte kurz erläutern, was unter einer kapitalistischen Marktwirtschaft zu verstehen ist und wodurch sie sich von Ihrem neuen Ordnungsprinzip unterscheiden wird.

Die ganze bisherige Wirtschaftsgeschichte hatte zwei Grundformen. Erst mal haben über 800.000 Jahre lang die Menschen das was sie produziert haben selbst verbraucht oder einiges davon untereinander ausgetauscht. Dann entstand vor 5000–6000 Jahren die Marktwirtschaft dadurch, dass an die Stelle des Austauschs der Handel trat. Und von diesem Augenblick an sprechen wir von Marktwirtschaft. Kapitalistische Marktwirtschaft sind eigentlich nur die letzten 500–600 Jahre, in denen das Profitstreben immer stärker als einziger Antrieb der Wirtschaft hervorgetreten ist.

Warum kann die Marktwirtschaft die großen Probleme der Menschheit nicht lösen, und was sind Ihrer Meinung nach die großen Probleme der Menschheit heute.

Ich glaube, alle Menschen müssen erst mal satt werden. Dann müssen sie Arbeit haben, Kleidung, Wohnung, sie müssen Zugang zu Bildung und Gesundheit haben und sie müssen ihre eigenen Angelegenheiten selbst entscheiden können, volle persönliche Sicherheit haben in einer Welt ohne Krieg und Kriminalität. Das würde ich sagen, ist die Aufgabe. Und die Problematik besteht eben darin, dass keines dieser Ziele heute weltweit für alle Menschen verwirklicht ist.

Warum hat die Marktwirtschaft diese Aufgaben nicht gelöst, und warum glauben sie, dass sie grundsätzlich unfähig ist, sie zu lösen?

Produktion und Verteilung beruhen in der Marktwirtschaft auf Angebot und Nachfrage, die überhaupt nichts zu tun hat, sondern eigentlich das Gegenteil ist von der Bedarfsdeckung. Das heißt also, Nachfrage entsteht aus dem Bedarf erst durch die Kaufkraft. Während andererseits für die Produktion, das heißt für das Angebot, lediglich die Nachfrage von Bedeutung ist, nicht aber der Bedarf. Das heißt also, unsere gesamte Werbewirtschaft ist größtenteils darauf gerichtet, bei den Leuten Nachfrage zu erwecken für Dinge, die sie gar nicht brauchen. Also während auf der anderen Seite der letzte überflüssigste Luxus produziert und mit allen Mitteln in die Kanäle gepumpt wird, in denen Kaufkraft ist, mangelt es auf der anderen Seite bei neun Zehnteln der Menschheit am Notwendigsten. Und deshalb ist die Marktwirtschaft, die lediglich auf Angebot und Nachfrage gerichtet ist, völlig ungeeignet – sie hat sich auch niemals das Ziel gesetzt, die allgemeinen Bedürfnisse zu befriedigen – sondern es geht lediglich um die Erzielung von Gewinn. Deshalb ist die Marktwirtschaft ungeeignet, die Probleme, von denen wir eben gesprochen haben, zu lösen.

Sie möchten die heutige nichtäquivalente Wirtschaft ersetzen, erneuern durch eine äquivalente Wirtschaft, die die bestehende überwinden soll, so dass wieder Wert und Preis übereinstimmen. Aber bedeutet das nicht einen Rückschritt?

Nur wenn man zum direkten Tauschhandel zurückkehrte und zur Befriedigung des eigenen Bedarfs, aber davon ist hier gar keine Rede. Es soll ja die neue äquivalente Ökonomie aufgrund der sich immer weiter entwickelnden Technik die Bedürfnisse ermitteln und sie befriedigen. Das heißt also, es ist im Grunde eine Planwirtschaft, die die Arbeit und die benötigten Güter und Dienstleistungen in ein ausgewogenes Verhältnis bringt.

Das heißt, wir brauchen weder Unternehmer, noch Händler, auch keinen Profit. Sie wollen die Marktwirtschaft durch eine Planwirtschaft ersetzen. Aber ist denn die Planwirtschaft nicht durch die Erfahrungen in den osteuropäischen Ländern als Wirtschaftsmodell diskreditiert? Kann die Planwirtschaft überhaupt und grundsätzlich so produktiv sein wie die Marktwirtschaft?

Historisch ist sie überhaupt nicht diskreditiert. Wenn man als Historiker die letzten hundert Jahre anschaut, so muss man zunächst einmal erkennen, dass der Versuch der Planwirtschaft unternommen worden ist in den rückständigsten Ländern der Erde. Während die technisch fortschrittlichsten, die für eine Planwirtschaft natürlich die geeignetsten waren, am marktwirtschaftlichen System festgehalten haben. Insoweit kann man es nicht direkt vergleichen. Wenn man bedenkt, dass in Russland 1917 nur 2 Prozent der Bevölkerung in der Industrie tätig waren – und es war ein reines Agrarland – wenn man dann bedenkt, was in diesen achtzig Jahren, wo die Sowjetunion bestanden hat, was dort geleistet worden ist! Die Sowjetunion ist in den letzten Jahrzehnten der einzige Staat der Erde gewesen, der den USA Paroli bieten konnte. Die Sowjetunion hat uns in der Weltraumfahrt den Sputnik vor die Nase gesetzt. Sie ist uns in den Weltraum vorausgegangen. Sie hat als einziger Staat der Erde in ihrer Verfassung das Recht auf Arbeit festgeschrieben, und sie hat es auch verwirklicht. Sie hat also sehr viele Dinge geschafft, die andere nicht geschafft – nicht einmal in Angriff genommen haben – und die man gegeneinander abwägen muss. Dass sie durch den Hitlerkrieg und durch den anschließenden Kalten Krieg der USA so geschwächt worden ist, dass am Ende es so gekommen ist, wie wir alle wissen, hat mit einer Währung oder Nichtbewährung des Gedankens und der Realität der Planwirtschaft überhaupt nichts zu tun.

Was heißt Planwirtschaft?
Heißt Planwirtschaft sozialistische Planwirtschaft?
Geht es wieder zum Sozialismus?

Planen ist so alt wie die Höherentwicklung der zivilisierten Menschheit. Ich würde sagen, spätestens in den Flusstälern des Indus und des Huang-ho oder des Nil musste man ja planen, um nun den Wasserlauf zu einer bestimmten Jahreszeit aufzuhalten zu regulieren usw. Und wenn man sich den Bau der Pyramiden oder der Chinesischen Mauer anschaut, sind das technische Leistungen, die ohne Planung undenkbar sind. Insoweit also ist es falsch, nun Planung mit dem Beginn des Sozialismus gleichzusetzen. Wenn wir außerdem bedenken, dass in der Bundesrepublik über 50 Prozent des Bruttosozialproduktes durch den Staat gelenkt werden, über Steuern und andere Wege, ist es ja klar, dass diese fünfzig Prozent mindestens vom Staat geplant werden. Das heißt also, eine halbe Planwirtschaft haben wir schon…

Ich darf Sie vielleicht darauf hinweisen, ich habe hier im Jahre 1964 ein Buch bekommen: „Planung ohne Planwirtschaft". Das hat mir Edgar Salin geschickt. Der hat diese Tagung geleitet, wo also nach dem zweiten Weltkriege sich in Deutschland die führenden Ökonomen, Wirtschaftsminister hingesetzt haben und überlegt haben: Planung – wie können wir planen, ohne dass wir eine sozialistische Planwirtschaft haben?

Mit dem Gedanken sozialistische Planwirtschaft ist immer verbunden die Vorstellung von der Enteignung aller Wohlhabenden, des gesamten Bodens und der Produktionsstätten. Schon Rathenau, der im ersten Weltkrieg die Kriegswirtschaft in Deutschland geleitet hat, Gründer und Direktor der AEG, hat eine Planwirtschaft verlangt. Er hat vorausgesehen, dass die Marktwirtschaft zugrunde geht und hat nun versucht, eine Planwirtschaft unter Beibehaltung des Privat-

eigentums zu entwickeln. Sie wissen, er ist ermordet worden, und er hat das nicht auch nur annähernd verwirklichen können, aber als Gedanke ist eben die Planwirtschaft keineswegs verbunden mit dem Sozialismus. Es wird nur in der öffentlichen Auseinandersetzung benutzt. Wenn man die Planwirtschaft diskreditieren will, wird das eben zusammengebracht. Also für uns ist das in gar keiner Weise bindend. Wir wollen eine Planwirtschaft, die ausgeht vom Menschen und wieder zum Menschen zurückführt. Und wir wollen möglichst wenig störende Elemente, das heißt, der Mensch soll selbst planen. Diese Selbstplanung ist möglich geworden durch den Computer. Und hier möchte ich noch ein Wort dazu sagen, wie wesentlich für eine schnelle Herbeiführung dieser neuen nichtmarktwirtschaftlichen wie der äquivalenten Wirtschaft der Computer ist. Der Computer ist in der Lage, die Bedürfnisse der Menschen zu erfassen. In kürzester Zeit, weltweit. Er ist außerdem heute schon in der Lage, diese Bedürfnisse umzusetzen in Produktionsanweisungen, und in Kürze wird er auch in der Lage sein, bis zur Errichtung von Produktionsstätten die Lenkung zu übernehmen, was wirtschaftlich notwendig ist, um bestmöglichst die Bedürfnisse aller Menschen zu erfüllen, und darum geht es.

Damit die Wirtschaftsordnung gerecht sei, müsse – sagen Sie – das Äquivalenzprinzip und die objektive Wertlehre enthalten sein. Können Sie uns bitte erklären, was Sie unter Äquivalenzprinzip verstehen und was unter objektiver Wertlehre zu verstehen ist?

Sicher sind das die beiden Grundzüge der neuen Ordnung, die wir wohl in diesem Jahrtausend verwirklichen, ja wir stehen sogar schon mittendrin in ihrer Verwirklichung. Das Äquivalenzprinzip ist eine seit Jahrtausenden grundsätzlich anerkannte Zusammenfassung. Besagt nichts anderes, als dass zwei verschiedene Dinge einander wertgleich sind.

Das heißt also, der Robert Meier hat dies Äquivalenzprinzip in der Physik begründet, indem er nachgewiesen hat, das immer eine bestimmte Energie notwendig ist, um einen Liter Wasser von 15 auf 16 Grad zu erhöhen. Und das man immer mit der gleichen Energiemenge ein Stück Eisen von einem bestimmten Gewicht 400 Meter hoch heben kann. Das heißt also, zwei ganz verschiedene Dinge sind wertgleich. Diese Wertgleichheit gibt es eigentlich auf allen Gebieten, und sie ist auch in der Wirtschaft grundsätzlich nie bestritten worden. Selbst bei Adam Smith und Ricardo geht man von einer Äquivalenz aus. Sie wird aber unterschiedlich ausgelegt. Die Wertgleichheit wird in der klassischen Ökonomie verwechselt mit der Preisgleichheit. Und das ist das, was ich einmal aufgedeckt und korrigiert habe.

Äquivalenz heisst nicht, dass eine Sache, die fünf Mark kostet gegen eine andere Sache getauscht wird, die auch fünf Mark kostet. Hier müssen wir nun den großen Sprung zur Arbeitswertlehre machen, nach dem sie gefragt haben – die die zweite Basis der neuen Ordnung ist. Sie wissen, die Arbeitswertlehre ist von unseren klassischen Ökonomen von Smith und Ricardo geschaffen worden und besagt nichts anderes, als dass jedes Gut so viel wert ist, wie Arbeit in ihm steckt. Diese klassische Ökonomie geht davon aus, dass die Natur an sich vorhanden ist, und dass die Ökonomie dort beginnt, wo der Mensch sie verwandelt, und dass Arbeit notwendig ist, diese Veränderung der Natur zu bewirken. Man muss das Metall aus der Erde ausgraben, muss es reinigen, muss es schmelzen, muss es formen, bis man dann ein Werkzeug oder ein Auto hat. Alle Arbeiten, die in dieses eine Endprodukt eingehen, machen seinen Wert aus. Das ist die wirkliche Äquivalenz, die von unseren Ökonomen, leider muss ich sagen auch von Marx, der hat in dieser Hinsicht eben den Äquivalenzbegriff so gefasst wie ihn die bürgerlichen Ökonomen des vorvorherigen Jahrhunderts gefasst haben. Das heißt also, er hat ihn gleichgesetzt mit Preisgleichheit. Aber dieser Unterschied ist entscheidend, denn es geht ja weiter: wir wollen ja nicht nur den Wert der Güter, sondern wir wollen ja auch den Wert der Dienstleistungen, die ein immer größeres Gewicht haben. Heute ist ja weit über fünfzig Prozent unserer Volkswirtschaft im Sektor der Dienstleistungen angesiedelt. Also alle Tätigkeiten, wenn Sie zu einem Arzt gehen, zu einem Schornsteinfeger, zu einem Friseur. Alles das sind Tätigkeiten, die völlig willkürlich berechnet werden, das ist die Seite des Lohnes, und der Lohn muss eben auch äquivalent sein. Das heißt also, wenn Sie sich hier die Gesamtheit der Güter dieser Welt vorstellen, dann muss jeder Mensch, man geht ja in der Ökonomie vom Menschen aus und kommen wieder zum einzelnen Menschen zurück, das was der Mensch an Arbeit in das Gesamte der Weltwirtschaft einbringt, soviel Arbeit ist er berechtigt auch wieder herauszunehmen. Wenn dieses Prinzip verwirklicht ist, dann könnte man davon sprechen, dass auch eine Gerechtigkeit in der Welt verwirklicht ist. Solange ist alles Gerede von Gerechtigkeit eigentlich nur ein verbales Bekenntnis. Gerechtigkeit herrscht erst, wenn der Mensch soviel Arbeit von jedem anderen zurückbekommt, wie er selbst für das Ganze eingebracht hat.

Die in Form von Produkten und Dienstleistungen sind?

Wovon immer. Der Mensch, der zwölf Stunden oder acht Stunden oder sechs arbeitet, um Automobile herzustellen, hat eben sechs oder acht Stunden Anrecht darauf, einen Eisenbahnschaffner oder einen Müllkutscher oder einen Arzt oder einen Friseur zu beschäftigen. Also, es muss Stunde um Stunde gerechnet werden. Und das ist der schwierigste Sprung eigentlich, dass wir sagen: Stunde ist gleich Stunde. Darüber wird seit Jahrhunderten diskutiert. Marx stand auf dem Standpunkt, dass eine einfache Arbeitsstunde nicht gleichgesetzt werden kann einer komplizierten Arbeitsstunde. Das heißt also, dass jemand der zehn Jahre studiert hat, dass dessen Arbeit anders bewertet werden muss, als desjenigen Mannes, der nur ein Stück Blech über den Hof trägt. Das war, glaube ich, bei meiner Auseinandersetzung mit diesem Problem das schwierigste. Ich kann mich dieser Auffassung nicht anschließen. Sie ist auch nicht in der Praxis anwendbar. Es läuft dann letzten Endes doch auf eine subjektive Bewertung hinaus. Ich glaube, dass dafür überhaupt gar keine Veranlassung besteht. Im übersteigerten Sinne ist es eben so, dass derjenige, der in einem geheizten Büro sitzt und sich drei Mal am Tag von seiner Sekretärin den Kaffee bringen lässt, im übrigen sich mit Leuten unterhält und 20 Unterschriften leistet, dass der 100 mal, 1000 mal soviel bekommt, wie derjenige, der das Blech über den Hof karrt. Aber es gibt überhaupt keinen nachprüfbaren, objektiven Anhalt für diese verschiedene Bewertung. Außerdem würde auch der Mann in Nadelstreifen fürs gleiche Geld nicht einmal bereit sein, acht Stunden stattdessen das Blech über den Hof zu karren. Also ich glaube, das ist der schwierigste Sprung, der gemacht werden muss, dass man Stunde gleich Stunde setzt. Das ist ein Prozess, der kann über Jahrhunderte dauern, das muss nicht morgen sein. Aber wenn wir das Prinzip erkennen, wenn wir sagen, eine Stunde Arbeit ist gleich eine Arbeitsstunde und jedes Gut ist soviel wert, wie Arbeitsstunden in ihm stecken, und jeder Arbeiter hat soviel Anrecht wie er Stunden arbeitet, dann haben wir ein in sich geschlossenes System objektiver Bewertung, wie wir es brauchen. Wenn wir sagen, dass sei ebenso äquivalent, wie es 800.000 Jahre früher Wirtschaftsgeschichte gewesen ist, ist das sicher auch richtig, aber das war eine subjektive Bewertung, die für uns heute nicht mehr zureichend ist. Wir brauchen in unserer hochentwickelten, arbeitsteiligen Gesellschaft eine objektive absolute Wertsetzung, um diesen Wertvergleich zu ermöglichen. Das ist vor allen Dingen deshalb notwendig, weil heute ja die Armut auf drei Viertel der Erde konzentriert ist, auf dem Wege über den Weltmarktpreis. Der Weltmarktpreis ist nach dem Ende des politischen Kolonialismus der eigentliche Hebel zur Ausbeutung der früher kolonialen Staaten durch die Industrieländer. Das Verhältnis zwischen diesen Naturproduktherstellern und den industrieproduktherstellenden Völkern hat sich in den letzten dreißig, vierzig Jahren so verschlechtert, dass die naturproduktherstellenden Völker, das sind also alle Entwicklungsländer, nur noch weniger als die Hälfte des Anspruchs auf einen Tauschwert an die Industrieländer haben, als sie noch vor zwanzig Jahren hatten. Und diese Entwicklung geht immer weiter. Schon deshalb ist an eine Verbesserung der Marktwirtschaft, wie sie von allen theoretischen Ökonomen versucht wird, die heute Jahr für Jahr ihren Nobelpreis dafür kriegen, nicht zu denken. Diese Arbeit ist überflüssig. Man kann die Marktwirtschaft nicht so reformieren, dass sie fähig wäre, diese Tendenz, diese Schere, bei der die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden, zu beenden. Diese Schere ist nicht umkehrbar.

Wer würde denn in Ihrer Wirtschaftsordnung planen? Würde etwa eine weltweite Bürokratie über uns bestimmen?

Mit Sicherheit würde nicht eine Bürokratie im heutigen Sinne bestimmen. Die Wirtschaftsplanung wäre der Hauptinhalt der Politik. Im Augenblick beschäftigt sich kein Mensch mit Politik. Die Politik ist auch darauf gerichtet, dass jeder sich darauf beschränkt, die personellen Veränderungen im Auge zu behalten, aber die Sachprobleme eigentlich nicht. Das sind doch nur Schlagworte, über die da diskutiert und nachher abgestimmt wird. In einer neuen Weltordnung würde das ja alles entfallen. Es würde keinen Parlamentarismus mehr geben. Parlamente sind überflüssig, wenn die Menschen selbst per Computer jede Frage entscheiden. Natürlich kann man nicht alles dem Computer überlassen, er muss programmiert werden, aber alle Fragen von allgemeiner Bedeutung werden eben dem Menschen per Computer vorgelegt und von ihnen entschieden durch Knopfdruck. Der Bürokrat ist nur noch Vollstrecker, er ist ja heute nur deshalb mit Recht unbeliebt und gar verachtet, weil er sich eine Souveränität anmaßt, die er gar nicht hat. Selbst wenn wir die Gesetze der formalen Demokratie zu Grunde legen, ist er ja nicht gewählt. Er ist ja nur ernannt von den Gewählten. Und deshalb ist der Bürokrat heute natürlich das Ärgernis.

Wenn wir aber davon ausgehen, dass man unter dem Kampf gegen die Bürokratie auch meint, dass immer mehr Leute aus der Produktion in die Verwaltung gehen, dann ist das wiederum eine völlige Verkehrung. In Wirklichkeit ist die Höherentwicklung der Technik damit verbunden, dass die Verwaltung schneller wächst als die Produktionsbasis, die ja immer stärker mechanisiert und automatisiert wird. Also wenn vor hundert Jahren in einem Betrieb in normaler mittlerer Größe von hundert Menschen zehn im Büro saßen, dann war das schon viel. Heute sind es mindestens sechzig. Und ganz sicher wird diese

Entwicklung nicht umkehrbar sein, wenn man Bürokratisierung in diesem Sinne meint, dass mehr Menschen an Schreibtischen arbeiten als in den Produktionsstätten. Diese Entwicklung wird anhalten. Aber das eigentliche Übel an der Bürokratie, das sich die Menschen, die im amtlichen Auftrage, also im staatlichen Auftrag, etwas vollziehen, eine Macht vortäuschen, die ihnen auch nur geliehen ist und dadurch die Menschen in innerer Sicherheit halten, das wird mit Sicherheit aufhören.

Wenn Sie gestatten, komme ich noch einmal auf den objektiven Wert zu sprechen. Ist es denn überhaupt praktisch möglich, den Wert zu berechnen? Und wenn das möglich ist, ist das etwa so leicht, also relativ leicht, wie heute die Preisberechnung durchgeführt wird?

Leider nicht! Es ist viel schwieriger und das ist auch der Grund dafür, dass im gesamten sozialistischen Lager, wo man ja diesen Gedanken der wertgerechten Entlohnung doch sehr nahe gewesen ist, dass dort noch niemals ausgerechnet worden ist, wieviel Arbeit ist notwendig, um dieses Glas herzustellen oder diesen Bleistift oder dieses Hemd. Bei der hochgradig arbeitsteiligen Welt, in der wir leben, ist das ein ungeheuer schwieriger Prozess. Das wird Ihnen klar, wenn Sie daran denken, dass zu diesem Glas ein bestimmter Sand gehört, der irgendwo gefunden, herausgeholt, gereinigt, transportiert werden muss. Alle diese Kosten müssen ja in dieses Glas eingehen. Auch die Kosten des Raumes, in dem das hergestellt wird. Die Kosten der Maschinen, mit denen das gemacht wird. Die müssen aufgeteilt werden. Das ist die sogenannte aufgehäufte Arbeit, wie sie Ricardo gut erkannt und beschrieben hat, aber natürlich nicht ausrechnen konnte. Ricardo hat sein Leben lang davon geträumt, ein Wertmaß zu finden oder zu schaffen, das wie das Urmeter in Paris die Längen messen kann, eben geeignet ist, den Wert einer Ware zu messen. Und da hat er all das schon mit einbezogen. Aber es ist bis heute praktisch überhaupt nicht möglich gewesen. Wir haben nun durch den Computer die Möglichkeit, diese Rechnungen durchzuführen, denn der Computer kann in einer Sekunde Milliarden von Rechnungen durchführen. Insoweit kann man sagen, dass die Planwirtschaft und der Sozialismus eigentlich durch den Computer erst eine reale Möglichkeit erhalten haben.

Wäre Marx also so etwas wie ein utopischer Sozialist gewesen, von heute aus betrachtet?

Würde ich sagen. Er steht für mich neben den frühen Sozialisten, den utopischen Sozialisten. Aber es hat ja auch noch viele andere Formen des Sozialismus gegeben, die sozialdemokratische Form, den Nationalsozialismus. Also das Wort Sozialismus ist in manchen Zusammenhängen gebraucht, missbraucht worden. Aber ich glaube, indem wir den Sozialismus beschreiben als die Zusammenführung von Arbeitswertlehre und Äquivalenzprinzip brauchen wir nichts weiter. Wenn diese beiden Prämissen gegeben sind, haben wir auch den Sozialismus, normalerweise würde man heute sagen den idealen Sozialismus, von dem die Leute geträumt haben. Aber in Wirklichkeit ist er exakt beschrieben und also auch zu verwirklichen. Und natürlich bin ich mir darüber klar, dass die Verwirklichung dieser neuen Ordnung ein langwieriger Prozess ist. Wenn wir daran denken, dass die Marktwirtschaft zur vollkommenen Überwindung der vorher bestehenden äquivalenten Urwirtschaft 6000 Jahre gebraucht hat, und erst in den letzten fünfzig Jahren ist auch das letzte Dorf in der Welt eigentlich marktwirtschaftlich organisiert worden. Dann ist es durchaus auszudenken, wenn auch heute alles ein bisschen schneller geht, dass das Jahrhunderte oder auch Jahrtausende geht. Aber wichtiger als die Frage, wie schnell das kommt, ist, dass wir jetzt die Möglichkeit haben, ein objektives Wertmaß zu setzen, an dem wir messen können, ob wir uns dieser Zukunftsvision, diesem Ideal, manche werden es dann auch wieder Utopie nennen, nähern oder wie weit wir uns im Gegenteil von ihm entfernen. Und dieses objektive Maß, von dem auch Ricardo geträumt hat, dieses objektive Maß haben wir in der Vereinigung von Äquivalenzprinzip und Arbeitswertlehre. Und ich glaube, dass wir daran gehen sollten, das nun praktisch anzuwenden auf die Errechnung des Wertes der einzelnen Gegenstände. Denn wenn wir dadurch auch nur erreichen, dass im Augenblick die zunehmende Ungerechtigkeit im Austausch zwischen den entwickelten und den weniger entwickelten Ländern anhält – wobei ich einfügen muss, dass diese Länder natürlich nur in bestimmter Weise weniger entwickelt sind, in anderer Weise sind die sogenannten unentwickelten Länder uns weit voraus – wenn wir auch nur genötigt sind, den Weltmarktpreis soweit wieder zu verändern, wie er in den letzten dreißig Jahren zu Ungunsten der dritten Welt verändert worden ist, wenn wir das auch nur wieder herumdrehen müssen, dann wäre es unter Berücksichtigung der inzwischen sprunghaft gestiegenen Produktivität möglich, dass man den schlimmsten Hunger in der dritten Welt beseitigt. Und das wäre schon etwas, wofür es wirklich lohnte einzutreten. Wenn irgendwo ein Flugzeug mit zehn Leuten abgestürzt ist, dann kriegen wir das als erste Nachricht gebracht. Aber dass an dem gleichen Tage hunderttausend Menschen an Hunger gestorben sind auf der Welt, das ist gar keine Nachricht wert. Aber es ist eine Wirklichkeit, die sich ein Mensch mit Gewissen eigentlich jeden Tag vor Augen halten muss. Und wenn er das tut, dann wird er auch in der Lage sein, die Welt so zu verändern, dass sich das ändert.

Wenn also Ihr Wirtschaftsmodell gerechter ist als das gegenwärtige, und wenn es außerdem produktiv ist und effizient, und wenn es sich auch noch praktizieren lässt, dann bleibt noch ein großes Problem: Wie wollen Sie die Menschen dafür begeistern, für dieses neue Wirtschaftsmodell zu kämpfen und sich der gegenwärtigen Marktwirtschaft und ihrem Staat entgegenzustellen?

Erstens glaube ich nicht, dass das meine Aufgabe ist. Es kann ein Mensch nicht alles auf dieser Welt tun und soll es auch nicht alles versuchen. Ich glaube, wenn ich jetzt die letzten Jahrzehnte, vielleicht sechzig, siebzig Jahre zunächst daran gearbeitet habe, unser Weltbild auf geografischem und historischem Gebiete zu verändern, indem es ein weltweites geworden ist und nun seit fünfzehn Jahren erkannt habe, dass die Welt verändert werden muss, und der Hebel dafür in der Ökonomie liegt, dann bedeutet das nicht, dass ich fähig wäre, auch gut die daraus sich ergebenden Notwendigkeiten historisch zu verwirklichen. Ich glaube nicht nur, dass ich damit überfordert bin, sondern ich glaube auch, dass es verkehrt wäre. Es gibt Hunderte von Millionen Menschen in der Welt, die nur darauf warten, ein in sich geschlossenes, überzeugendes Weltbild zu bekommen, das praktikabel ist, und das auch von innen durchgesetzt werden kann. Ob dafür gekämpft werden muss, wie Sie meinen, nicht einmal das kann ich beurteilen. Ich habe über Revolution und Evolution nachgedacht, ich glaube, dass die Evolution das Prinzip ist, dass die Geschichte macht und beherrscht, und dass die Revolution nur ein Korrektiv ist, wenn restaurative Kräfte diesen grundsätzlich sich fortentwickelnden Prozess aufhält. Aber ob man mit einer Revolution eine neue Ordnung in unserem Sinne verwirklichen kann, nicht einmal das kann ich beurteilen. Sicher, wenn man auf das vorige Jahrhundert guckt, muss man sagen, dass nur in den Ländern, wo Revolutionen stattgefunden haben, der Versuch gemacht worden ist, die Welt in Richtung auf die von mir hier postulierten Prämissen zu verändern. Aber wir müssen auf der anderen Seite auch erkennen, dass es im Grunde in keinem dieser Länder gelungen ist, diese Veränderungen in einer Weise durchzuführen, dass das Äquivalenzprinzip und die Arbeitswertlehre verwirklicht waren. Das waren sie nicht! Obwohl das Eigentum an den Produktionsmitteln in den Besitz der Allgemeinheit übergegangen sind, ist es nicht dazu gekommen. Es hat auch noch Unterschiede gegeben in der Bewertung. Es hat Menschen gegeben, die ein mehrfaches von dem verdient haben, was andere verdient haben für die gleiche Arbeitsstunde, also auch die Entsprechung von Wert und Preis war nicht da.

Also ich glaube, dass wir einfach darauf vertrauen müssen, dass die Menschen erkennen, dass es notwendig ist, diese unserem jetzigen Ordnungssystem zu Grunde liegende Wirtschaft erst mal zu verändern. Dass es auch möglich ist, von dem demokratischen Prinzip, das in den hochentwickelten Ländern formal besteht, Gebrauch zu machen und das man gar nicht mehr so sehr genötigt ist, organisatorische Zusammenschlüsse zu schaffen, denn die Menschen können sich durch Internet und durch den Computer untereinander verbinden.

Es gibt also hier ganz neue Möglichkeiten menschlicher Gemeinsamkeit, menschlichen Zusammenschlusses und menschlichen Handelns. Es ist sogar schon durch das Internet gelungen, einen schon weit gediehenen Versuch aufzuhalten, nämlich den Entwicklungsländern aufzuerlegen, dass sie die staatliche Souveränität einschränken zugunsten der großen Kartelle und Trusts, die in ihren Ländern produzieren. Dieser Versuch [das MAI, Multilaterales Investionsabkommen] ist durch das Internet zu Fall gekommen.

Aber ich verstehe viel zu wenig von diesen Dingen, um auch nur zu ahnen, was sich da alles ereignen kann. Mit Sicherheit sind hier Möglichkeiten, auch von den neuen Techniken her, die die Menschen einfach ergreifen müssen, die sich dazu entschließen, das was hier theoretisch schlüssig zusammengestellt ist, praktisch umzusetzen. Dabei müssen wir versuchen, in diesen Ländern, in denen wir leben, auf dem Wege über demokratische Entscheidungen die wirklichen Schlüssel nämlich auch unter Einbeziehung der Wirtschaft in die Hand zu bekommen. Außerdem müssen wir auch versuchen, dass die Abhängigkeit der außereuropäischen und außeramerikanischen Länder sich vermindert, so dass dann auch dort für diese Ziele eingetreten werden kann. Diese Menschen brauchen das noch viel mehr, weil sie ja diejenigen sind, die unterm Strich die Ausgebeuteten sind. Wenn diese Völker, die ja drei Viertel der Menschheit ausmachen, wenn die endlich – noch unabhängig davon, ob wir schon einen Weltstaat haben oder nicht – das Recht der Bewegungsfreiheit bekommen, was man ihnen bis heute vorenthält, dann wird die Welt von einem Tag zum anderen ganz anders aussehen. Dann werden nicht mehr die heute hochentwickelten Völker die Welt von morgen machen, die eben äquivalent sein wird, sondern das werden dann die Völker sein, die heute von uns unterdrückt und ausgebeutet werden.

Wenn jemand dieses Gespräch zwischen uns gesehen und gehört hat, wie geht es für ihn dann weiter? Was ist sein nächster Schritt? Was kann er praktisch tun?

Wenn man zurückblickt in die Weltgeschichte, haben sich Veränderungen unter den verschiedensten Aspekten vollzogen. Es ist also sehr schwer zu sagen, oder gar ein Rezept zu entwerfen, was geschehen muss, und was der Einzelne tun kann. Was der Einzelne tun kann: Er kann seine Bildung mit Hilfe des Internet so vervollständigen, dass er die Verfälschungen und die Schiefheiten in der Unterrichtung der Medien erkennt und für sich korrigieren kann. Und damit ist schon etwas gewonnen. Er kann außerdem im Internet sich mit jedem anderen Menschen direkt verbinden. Das hat es früher noch nicht gegeben, und das ist eine große Möglichkeit, die er auch nutzen müsste. Außerdem sind auch die Zusammenschlüsse von einzelnen Menschen, die gemeinsame Interessen haben noch nicht ganz ausgestorben, so sehr auch in unserer Welt die Vereinzelung und Isolierung gediehen ist. Also auch dort müsste man vielleicht weiter machen, denn dem ganzen neuen Äquivalenzprinzip liegt ja doch eine solidarische Gesinnung zu Grunde. Diese solidarische Gesinnung in kleinem Kreise wirklich zu leben, ist schon eine gewisse Vorbereitung dessen, dass dieses Bewusstsein sich verallgemeinert.

Und im Grunde bleibt die Frage, ob wir hier von den hochentwickelten Ländern aus die Welt verändern, wie es Marx als selbstverständlich voraussetzte, oder ob es die noch in ihrer Ganzheit verharrenden Naturvölker oder industriell halbentwickelten, unentwickelten Menschen und Völker sind, die die Geschicke der Welt in die Hand nehmen. Das vorauszusehen, ist sehr schwer. Ich glaube, dass man alle Wege, die sich überhaupt eröffnen, gehen muss, um dieses Gedankengut bekannt zu machen und damit jeder Mensch entscheiden kann, ob es für ihn die Vision einer Zukunft ist, die er erstrebt und der er sich verschreiben will.

Ich danke Ihnen für dieses Gespräch,
Herr Prof. Peters.

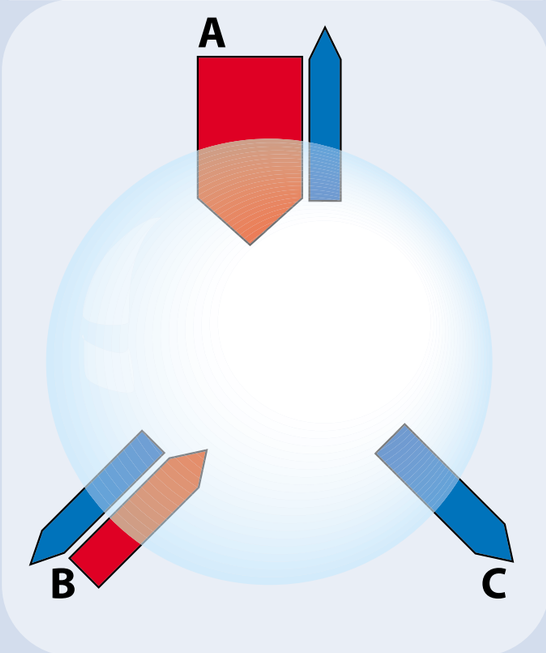
Gesamtheit der erzeugten Güter und erbrachten Leistungen

Eingebrachte Güter und/oder Leistungen (Input)

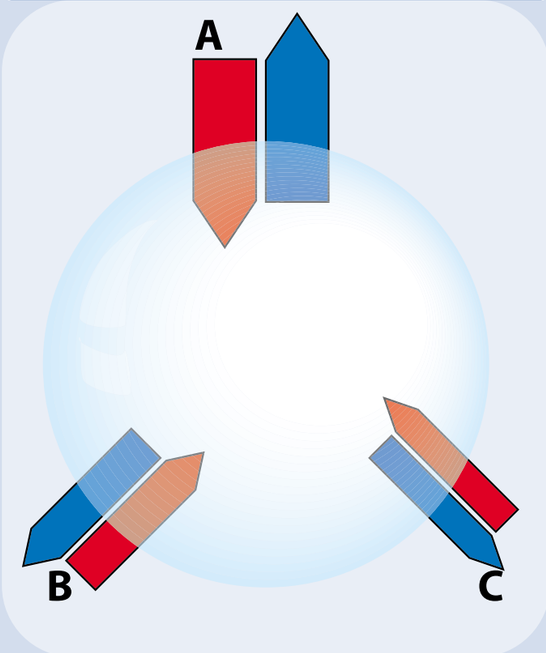
Entnommene Güter und/oder Leistungen (Output)

ABC Diese Buchstaben bezeichnen jeweils das Einzelne, dessen wirtschaftliches Verhältnis zum Ganzen auf dieser Tafel dargestellt ist.

nicht-äquivalente ökonomie

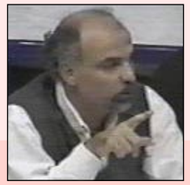


äquivalente ökonomie



Das Einzelne ist der Mensch ist seinem Verhältnis zum Ganzen der Weltwirtschaft, aber auch in seinem Verhältnis zu jedem kleineren Ganzen (seinem Betrieb, seiner Volkswirtschaft). Ebenso ist das Einzelne das Volk, der Staat in seinemVerhältnis zum Ganzen der Weltwirtschaft.

Die Angst der Marxisten vor dem neuen historischen Projekt



Prof. Dr. Nildo Domingos Ouriques, Führungsmitglied der brasilianischen Arbeiterpartei (PT)

Wie José Marti sagte: „Wenn man zusammen kämpfen will, muss man sich kennenlernen“, und es wäre daher sinnvoll gewesen, die Diskussion über die marxistische Tradition und die gegenwärtige Weltsituation mit der Gruppe Krisis auf diesem Kongress zu führen. [Anmerkung der Veranstalter: die Gruppe Krisis hatte eine Teilnahme abgelehnt]

Ich lernte die Standpunkte der Gruppe Krisis über die einmal im Monat erschienenen Veröffentlichungen von Robert Kurz in einer der wesentlichen brasilianischen Zeitungen (Folha de São Paulo) kennen. Zwar habe ich das letzte Buch von Robert Kurz, das „Schwarzbuch des Kapitalismus“, nicht gelesen, kenne aber drei Bücher, auf denen es basiert, und deren portugiesische Übersetzungen ich gelesen habe. Kurz ist deshalb von so großer Bedeutung, da er die Kritik nach der Tradition von Marx begründet, während die Mehrzahl der Intellektuellen Marx für tot erklärt hat. Ein weiterer Grund ist, dass seine Beiträge in die Zeit einer Diskussion über das Ende der Beschäftigung fällt, orientiert an [Ökonom Jeremy] Rifkin. Darüber hinaus erleben wir augenblicklich das Scheitern von Projekten zur Modernisierung der Peripherie, wie beispielsweise in Mexiko, Chile, Brasilien etc. Die wesentliche These der Gruppe Krisis kann folgendermaßen resümiert werden, dass das Konzept des Klassenkampfes bei Marx den Zweck hatte, die Gesellschaft von den Überresten des Feudalismus zu befreien, die Werttheorie und die Theorie des Fetischismus erst heute ihre volle Gültigkeit erfährt. In seinem Buch „Der Kollaps der Modernisierung“ geht Robert Kurz davon aus, dass die Theorie, die sich auf die kapitalistische Warenproduktion bezieht, verlorengegangen beziehungsweise vergessen worden ist. Eine Begründung ist die Existenz des sogenannten „Kasernensozialismus“ osteuropäischer Prägung als rechtfertigende Ideologie, ein anderer Teil hat mit der Zweideutigkeit von Marx zu tun, einem unüberwindlichen Dilemma in seiner Ideologie, wie wir bereits im Vorfeld angesprochen haben. Kern dieses Diskurses ist, das Marx angeblich eine Revolutionstheorie für die Massen entwickelt hat, um sie für die Lohnarbeit zu befreien, aber nicht von der Lohnarbeit.

Die Bedeutung von Kurz in Brasilien, die in anderen lateinamerikanischen Ländern nicht existiert, hat mit einer Sicht der Dinge zu tun, die aus Europa herrührt. In Brasilien hat sich eine Partei namens PT (Partido dos Trabalhadores, Partei der Arbeiter) konstituiert, eine Partei, die nichts mit den Parteien im Osten Europas zu tun hatte. Die Partei wurde im Kampf gegen die Diktatur 1964–1985 aufgebaut und wurde genau deshalb groß und stark, weil sie für bessere Löhne und Lebensmittelpreise gekämpft hat. Daher muss man die Kritik von Kurz auch als Kritik an dieser Partei wahrnehmen. Auf der anderen Seite besteht die Bewegung der landlosen Bauern und Arbeiter, Movimento dos Trabalhadores Sem Terra (MST), die in vielen Ländern Lateinamerikas als Bezugspunkt und als Modell angesehen wird. Die Partei kämpft für den Erwerb von Land, und die Strategie ist die Besetzung von Ländereien. Anselm Jappe, einer der Mitglieder der Gruppe Krisis hat - während eines kürzlichen Besuches in Brasilien die MST folgendermaßen definiert: „Allgemein wurde die Erwartung enttäuscht, eine vereinte soziale Kraft in Aktion zu sehen, die an eine tiefgehende soziale Veränderung gekoppelt ist. Es ist offensichtlich, dass es gut ist, dass nichtproduktive Ländereien besetzt werden, es ist mehr als zu rechtfertigen, die Gesetze nicht zu respektieren und auch sehr positiv, dass an diesen Aktionen Leute aus der Stadt teilnehmen.“ Und nun folgt die wesentliche Schlussfolgerung: „Gleichwohl ist der globale Eindruck, dass in diesen Bewegungen nichts anderes versucht wird, als in die Marktökonomie durch die Hintertür einzutreten.“ Was also in Brasilien das fortschrittlichste an Parteien und sozialen Bewegungen ist, ist für die Gruppe Krisis nichts anderes als ein Ausdruck des Reizes der Waren. Aus diesem Grund ist es so wichtig, diese Position kritisch zu diskutieren.

Beginnen wir mit Marx. Meiner Meinung nach gibt es bei Kurz eine Idee über Marx einer reinen, nicht antastbaren Natur, die völlig vergewaltigt wurde durch die Politik der Institutionalisierung der Lohnarbeit. Die Analyse von Robert kritisiert den historisch positiven Charakter, den Marx in der Lohnarbeit gegenüber anderen Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sieht. Daher schreibt Kurz in seinem „Manifest gegen die Arbeit“, das die Lohnarbeit als eine historische Bedingung geadelt wurde, die überhistorisch positiv sei. Diese Debatte ist

nicht neu. Sie ist bereits unter anderen linken marxistischen Autoren wie z. B. Marcuse geführt worden. Ich möchte kurz Marcuse über diese Debatte zitieren: „Die Abschaffung des Proletariats bedeutet eben gleichfalls die Abschaffung der Arbeit als solche.“ Marx drückt das explizit aus, wenn er über die Durchführung der Revolution spricht. „Die Klassen müssen abgeschafft werden durch die Abschaffung des Privateigentums und der Arbeit selbst.“ An anderer Stelle bestätigt Marx: „Die kommunistische Revolution richtet sich gegen frühere Aktivitätsformen und beendet die Arbeit.“ Das Problem bei Marcuse ist nicht die Befreiung der Arbeit, denn die Arbeit ist bereits befreit – die freie Arbeit ist ein Fortschritt der kapitalistischen GesellIschaft. Der Kommunismus kann lediglich die Übel der Bourgeoisie überwinden und die Angst des Proletariats überwinden und den Terror, indem er die Ursache überwindet, und die Ursache ist die Arbeit. Die wesentlichen Kategorie dieser Analyse ist offensichtlich die der produktiven Arbeit, einer Arbeit also, die historisch bestimmt und auf die Verwertung des Geldes gerichtet ist. Das ist die Position von Marx aus den philosophisch-ökonomischen Manuskripten von 1844 und in der deutschen Ideologie. Aber ebenso ist es Marx' Position aus dem dritten Band des Kapitals – ich zitiere: „In der Tat beginnt das Reich der Freiheit lediglich dort, wo das Reich der notwendigen Arbeit und die Anpassung an äußere Zwänge aufhört. So wie der Wilde mit der Natur kämpfen muss, um sein Leben zu garantieren, so muss es auch der Zivilisierte tun, und er muss es tun in allen gesellschaftlichen Formen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Durch seine Entwicklung wird dieses Reich der natürlichen Notwendigkeiten größer, da seine Bedürfnisse sich ausweiten. Zur gleichen Zeit aber entwickeln sich die Produktivkräfte den wachsenden Bedürfnissen entgegen. Die Freiheit auf diesem Gebiet kann lediglich darin bestehen, dass der gesellschaftliche Mensch, die assoziierten Produzenten, rational diesen Metabolismus, ihren Stoffwechsel mit der Natur regulieren und unter ihre produktive Kontrolle stellen anstatt von ihm dominiert zu werden wie durch eine unsichtbare Macht, und dass sie diesen Stoffwechsel durchführen, mit einem Minimum an Anstrengungen und unter den würdigsten Bedingungen, die der menschlichen Natur angemessen sind. Gleichwohl wird dies immer ein Reich der Notwendigkeit sein. Die wirkliche Entwicklung des menschlichen Potenzials als Wert an sich beginnt erst im wirklichen Reich der Freiheit, und dieses Reich der Freiheit kann nur blühen über dem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis. Die Reduzierung der Arbeitszeit ist die grundsätzliche Bedingung dafür.“ Mit dieser Herausstellung glaube ich nicht an die Existenz eines doppelten Marx wie bei Kurz.

Ich glaube, dass die Position, Marx in einen Apologeten, einen Verteidiger der Arbeit zu verwandeln, unhaltbar ist. Marcuse selbst erinnert in dieser Hinsicht an die erstaunlichen, überraschenden Affirmationen, die in den ersten Schriften von Marx enthalten sind, die alle den Hegelianischen Terminus „Aufhebung“ enthalten, dergestalt, dass der Begriff „Abschaffung“ die Bedeutung enthält, dass man einem Inhalt seine wahrhafte Form zurück gibt. Arbeit bedeutet daher, dass dem Individuum verweigert wird, die Arbeit in einer freien universalen Entwicklung durchzuführen und offensichtlich gemäß der Situation die Befreiung des Individuums zur gleichen Zeit die Negation der Arbeit ist. Daher kann der Kampf für die Erhöhung der Produktivität nicht als ein Kampf innerhalb des kapitalistischen Systems verstanden werden.

Die zweite entscheidende Frage bezieht sich auf die Bedeutung, die das Konzept „Nation“ in der Gruppe Krisis hat. Nach ihrer Auffassung sind Arbeit und Nation Kategorien, die zur politischen Ökonomie gehören und von daher überwunden werden müssen. Meine Auffassung nach ist der Nationenbegriff der Gruppe Krisis eurozentristisch. Der Nationalismus hat sich in Lateinamerika in vielen Formen präsentiert. Es gab den antiimperialistischen Nationalismus in Peru, während der Zeit der APRA, einer politischen Bewegung, der bürgerliche Nationalismus unter [Getúlio] Vargas in Brasilien oder der sogenannte revolutionäre Nationalismus wie in Nicaragua und ebenfalls in Uruguay, und als letztes seien der Nationalismus der Zapatistas in Mexiko genannt oder der Bolivarismus in Venezuela. Es ist korrekt zu sagen, dass der Nationalismus in Lateinamerika nie eine klare Position über das Problem der Nationen und des Nationalismus hatte. Auf der anderen Seite verteidigte er einen abstrakten Internationalismus, der sich nie in den Massen verankern konnte, brachte es jedoch zu Allianzen mit der Bourgeoisie, welche die Modernisierungsprozesse in Lateinamerika trugen. Auch unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen des Kampfes in Lateinamerika kann der Nationalismus eine revolutionäre Kraft sein. Er muss nicht eine defensive Kraft der Bourgeoisie sein, die im internationalen Wettbewerb nicht mithalten kann. Im Gegenteil könnte er eine kontinentale, lateinamerikanische Front der Nationalstaaten befördern. Kurz bezeichnet den aktuellen Nationalismus als einen tertiären Nationalismus, der immer dann in der Peripherie auftauchte, wenn Modernisierungsprozesse anstanden. Doch der aktuelle Nationalismus hat eine andere Qualität.

Für Kurz ist der aktuelle Nationalismus ein tertiärer, ein ethnischer Pseudo-Nationalismus, der gegen die Strömung seiner Vorgänger anschwimmt, ein Produkt der Verzweiflung, die sich in der Bevölkerung breit gemacht hat, die unter der Globalisierung kolonisiert wird. Es genügt jedoch eine Reflektion über den Zapatismus, um dies zu widerlegen. Was will der Zapatismus? Der Zapatismus will Brot, Land, Würde und Freiheit. Sein Name ist Nationale Zapatistische Befreiungsarmee. Sie kämpft für die Nation, aber für die Nation, die von unten gebildet wird und nicht für einen ethnischen Separatismus, sondern eine nationale Integration unter dem Konzept der Autonomie. Die Zapatisten benutzen die Hypothese Mariateguis, dass die Form, in der sich die indigene Bevölkerung organisiert, selbstbestimmt sein soll. Es geht also um einen Nationalismus, der seine Ursprünge in der Zeit Bolivars hat, ohne die Begrenzung, die der Nationalismus jener Zeit in sich trug, der auf der einen Seite die Balkanisierung Lateinamerikas über die Märkte ablehnt und den entsprechenden Nationalstaat und sich ebenfalls weigert, in der überlieferten Form in den Weltmarkt eingegliedert zu werden. Der Konflikt in Lateinamerika hat nicht die Form eines ethnischen Konfliktes.

Der dritte Kritikpunkt bezieht sich auf den Alternativentwurf der Gruppe Krisis. Die „Feinde der Arbeit“, so ihre Selbstdefinition, lassen eine wichtige Frage offen: führt die abnehmende Bedeutung der Arbeit zum Ende der Zivilisation oder bedeutet sie lediglich eine Reduzierung der Bedeutung der Arbeit? Können wir also in Richtung eines Reiches der Freiheit vorankommen oder nicht? Erinnern wir uns daran, dass der Wert für Kurz nicht weiter in seiner traditionellen Form verwendet werden kann. Damit geht der Zusammenbruch der Modernität einher. Marx sagt, der Kommunismus könne nur dann funktionieren, wenn der gesellschaftliche Reichtum in vollem Umfang produziert werden könnte. Und heute, aufgrund des Niveaus der Entwicklung der Produktivkräfte, ist es möglich, den Weg ins Reich der Freiheit anzutreten. Das Problem ist, dass die Gruppe Krisis dominiert ist durch das Konzept der Verwertung des Wertes. Ein weiterer Grund hat zu tun mit der Praxis der gesellschaftlichen Gruppen, die das Manifest gegen die Arbeit verteidigen. Die Kombination, die von den Autoren des Manifestes vorgeschlagen wird, verheimlicht die Formen einer antisozialen Praxis mit der offensiven Negation der Arbeit und identifiziert nicht die Kräfte, die für diese Aktion verantwortlich sein sollen. Was ist das Subjekt der revolutionären Veränderung? Welcher Block wird die revolutionäre Veränderung durchführen? Die einzige Antwort ist der Vorschlag einer weltweiten Union freier assoziierter Individuen, zur Kontrolle der Maschinerie der Arbeit und der Verwertung, die fehlläuft, um die Produktionsmittel und ihre Existenzmittel in die eigenen Hände zu nehmen. An einer anderen Stelle wird bestätigt, dass die „entfremdeten Institutionen“, die durch den Markt entfremdet wurden, ersetzt werden durch ein System, ein Netzwerk von Räten, in dem die freien Zusammenschlüsse – auch von der Skala der staatsführenden bis hin zu weltweiten Organisationen – den Fluss der Ressourcen bestimmen, gemäß einer verantwortlichen ökologischen und sensiblen sozialen Vernunft. Damit stehen sie in der Tradition der Frankfurter Schule, dass die Kräfte der Veränderung nicht von dieser Welt kommen. Ebenfalls wird nichts darüber ausgesagt, worin das materielle Ziel besteht, das den späteren Fortschritt der sensiblen Vernunft garantieren wird, die notwendig ist, 75 Prozent dieses Planeten zu befreien. Diese 75 Prozent Unterprivilegierten wollen nicht in die Quilombos [Behausungen geflohener brasilianischer Sklaven in den Bergen]. Diese Leute wollen an dem gesellschaftlichen Reichtum beteiligt werden, den die Welt besitzt, auch wenn es sich dabei um Formen der Zusammenarbeit des Kapitals handelt. Das heißt, der bis jetzt geschaffene Reichtum der Welt muss auf egalitäre Weise verteilt werden. Natürlich wird die erste Welt etwas verlieren, die Frage ist aber, ob sie nicht auch etwas gewinnt. Meiner Meinung nach geht es um eine weitaus bessere Welt als jene, die wir heute vorfinden.

Vielen Dank.

en miedo de los marxistas ante el NPH

Prof. Dr. Nildo Domingos Ouriques

1. Introducción

Si algo caracterizó el pensamiento marxista en estos casi dos siglos de existencia fue su pretensión de cambio. Es conocida la crítica de Marx a los filósofos de su tiempo que se limitaban a interpretar el mundo de maneras diferentes mientras la tarea ya era su transformación. Aunque por vías distintas y no siempre exitosas – hay buenas razones para dudar de todos los momentos considerados exitosos – esta determinación ha marcado el pensamiento moderno y es lo que justifica, en última instancia, la actividad política. Por ende, el debate entre todas las fuerzas interesadas en la superación del capitalismo global se impone de imediato.

En la actualidad todo esta bajo revisión. En el seno de las corrientes marxistas podemos afirmar que el cadáver de Marx no estaba todavia frio y las revisiones

iniciaranse de manera interminable. Cuando leí por primera vez un ensayo de Robert Kurz en el cuaderno dominical del influyente periódico Folha de São Paulo sentí una imensa satisfacción al ver que, finalmente, empezava a reconocerse el fracaso de la recolonización (neoliberalismo) y, además, reaparecían problemas centrales del mundo contemporáneo tratados con rigor analítico desde la tradicción marxiana. Estoy convencido que esta sensación fue compartida con miles de militantes, estudiantes y profesores en todo el país. En seguida, Brasil empezaba a descobrir a Robert Kurz y la reflexión del Grupo Krisis que luego conquistarían algunos espacios en medios académicos y también repercutirían en el seno de la izquierda.

No esta demás recordar que la perspectiva teórica de Kurz difundiase en medio al intenso debate acerca del „fin del trabajo" o aún del „empleo" (Rifkin) pero sin hacer concesiones al pensamiento conservador, pues reapresentaba, aunque parcialmente, la crítica de Marx a la sociedad capitalista y el inevitable colapso de las sociedades sometidas al proceso de modernización. El enfoque de Kurz seduzía porque no cargava las culpas de un parcela de la izquierda que había jugado su suerte con la del „socialismo de caserna" y tampoco aceptaba el engano del los ejemplos de éxitos capitalistas del sur del mundo (Corea, Chile, México, Brasil, etc).

En la práctica el Grupo Krisis realiaba una no modesta revisión de Marx: segundo Alsem Jappé, miembro del grupo, „el concepto de lucha de clases era, en el fondo, una teoría de la liberación del capitalismo de sus resíduos pré-capitalistas, al paso que es en la teoría del valor y del fetichismo que Marx antecipó una crítica que solamente hoy gana plena actualidad."

En un libro que ya referencial, el próprio Kurz indicaba „que la crítica fundamental de Marx al sistema productor de mercancías fue reprimida o olvidada." Parte de este olvido devese al socialismo de caserna y su necesaria ideologia justificadora, pero mucho de ello también al „dilema hasta hoy insuperable existente en el centro de la teoría de Marx. La afirmación del movimiento obrero, por parte de Marx, que en las expresiones de movimiento de los „trabajadores", „posición del trabajador", „posición de clase", etc presente en toda su obra, es en verdad inconciliable con su propria crítica de la economía política, que desmascara precisamente aquella clase trabajadora no como categoria ontológica, sino como categoria social constituída, por su vez, por el capital. Del mismo modo que se excluyen la ontología del trabajo abstracto, excluyense también la „posición del trabajador" y de la crítica de la vida del trabajador"

Esta limitación de la obra marxiana – y la descobierta de un „doble Marx" – condujo Kurz a una importante conclusión en el terreno de la política, así resumida por él próprio: „el elemento racional, pero historicamente agotado, de esta constelación en verdad no era más que la emancipación de las masas para – y no del trabajo asalariado moderno".

En efecto, aun las expresiones más frescas de la lucha política en América Latina parecian, según la crítica de Kurz tan viejas cuanto los huerfanos del „socialismo de caserna". Un ejemplo notable, aunque no único, podría ser el Partido dos Trabalhadores (PT) en Brasil que aunque nasciendo de la lucha en contra la dictadura (1964-1985) y sin ninguna articulación con los „partidos hermanos" del este europeo, orienta su lucha en el limite del „sistema productor de mercancías", aunque en la definición enganosa de uno de sus representantes, el PT era „pós social-democrata y pós comunista". Esta última auto definición tan simple y a la vey superficial no escaparia de la aguda crítica de Kurz, porque el programa y la práctica de la organiyación no incluiría una rehusa radical al trabajo. Al contrário, el PT se hizo grande y visible por la lucha en defensa de los salários y, más tarde, también por el empleo. Por lo tanto, el protesto obrero que nasció en aquellos no tan distantes anos de plomo de los generales, reproducia la lógica que pretensamente suponía superar.

De otro lado, el próprio Movimento dos Trabalhadores Sem Terra (MST) quedaba completamente desprotegido teóricamente en la medida que su lucha por la reforma agraria pretendía, en gran medida, „incluir millones de brasilenos" al consumo diario de alimentos que para tal organizaban cooperativas, núcleos de producción, etc, que alimentaban estomagos como al proprio movimiento. Aun su radicalismo que mobilizó centenares de militantes desilusionados con los partidos políticos que aderian a la „administración democrática de la crisis", estaría también dentro de la lógica sistémica de reproducción del valor y, por ende, reproduciendo la sociedad actual. Alsem Jappé caracteriyó así su visión del MST: „De manera general, fue frustrada la expectativa de ver en acción una fuerza unida a una profunda transformación social. Es evidente que es bueno que se ocupen tierras no productivas, que es más que justificable no respectar las leyes, que es muy positivo participaren de elo también las gentes de la ciudad. No obstante, la impresión global es de que allí no se busca otra cosa sino entrar en la economia de mercado por la puerta de trás".

Con lo anterior, y de manera resumida, podremos entender parte del impacto que Kurz y el Grupo Krisis causaran en Brasil, aunque en su Manifesto ellos mismo afirmen que gran parte de lo que proponen no es precisamente nuevo.

2. El doble Marx (El mito de la naturaleza intocable)

Para acercarnos a la argumentación de Kurz es imprescindible una precisión sobre el concepto de naturaleza en la obra marxiana, que nos permitirá elucidar cuestiones relativas a la existencia del „doble Marx", punto central en la argumentación de Kurz.

Segun nuestro punto de vista, existe en na argumentación de Kurz un „mito de la naturaleza intocable" que fue completamente violado por la institucionalización sangrenta en la consciencia „limpia" de los hombres. Su análisis alejase del carácter historicamente positivo que Marx confiere al trabajo asalariado en relación a todas las demás formas de explotación del hombre por el hombre. Por ello, en el Manifesto en contra del trabajo, este tería sido „enobrecido encuanto condición existencial suprahistórica e positiva" . La controversia no es nueva y nasce del carácter civilizatorio que Marx otorga historicamente al capital. Algunos autores reconocen esta ambiguidad haciendo una división también conocida entre el „joven Marx" y el „otro", más maduro y sometido al encanto del desarrollo de las fuerzas productivas. Marcuse recuerda àquel primer Marx (de los Manuscritos del 44 y de La ideologia Alemana) en estos términos: „La abolición del proletariado significa también la abolición del trabajo como tal. Marx expresa esto explícitamente al hablar de la realización de la revolución. Las clases han de ser abolidas „por la abolición de la propriedad privada y del trabajo mismo". En otra parte Marx afirma lo mismo: 'La revolución comunista está dirigida contra el modo de actividad anterior y acaba con el trabajo'. El problma – sigue Marcuse – no es la liberación del trabajo porque el trabajo ya ha sido „liberado"; el trabajo libre es un logro de la sociedad capitalista. El comunismo sólo puede llegar a remediar los „males" de la burguesía y la nagustia del proletariado „eliminando su causa, a saber, el trabajo". La categoria fundamental en este terreno es obviamente la de trabajo productivo, es decir, un trabajo historicamente determinado y con respecto a fines: la valorización del valor. Otras actividades que el senso comun llamaria de trabajo no se incluyen en esta perspectiva.

En el Marx „maduro" esta misma perspectiva esta celebremente aclarada: „De hecho el reino de la libertad sólo empieza allí donde cesa el trabajo determinado por la necesidad y la adecuación a finalidades exteriores; con arreglo a la naturaleza de las cosas, por conseguiente, está más allá de la esfera de la producción material propriamente dicha. Así como al salvaje debe bregar con la naturaleza para satisfacer sus necesidades, para conservar su vida, también debe hacerlo el civilizado, y lo debe hacer en odas las formas de sociedad y bajo todos los modos de producción posibles. Con su desarrollo se amplía este reino de la necesidad natural, porque se amplían sus necesidades; pero el proprio tiempo se amplían las fuerzas productivas que las satisfacen. La libertad en este terreno sólo puede consistir en que el hombre socializado, los productores asociados, regulen racionalmente este mtabolismo suyo con la naturaleza poniéndolo bajo su control colectivo, en vez de ser dominados por él como por un poder ciego; que lo lleven a cabo con el mínimo empleo de fuerzas y bajo condiciones más dignas y adecuadas a sua naturaleza humana. Pero éste siempre sigue siendo un reino de la necesidad. Allendeel mismo empieza el desarrollo de las fuerzas humanas, considerado como un fin en si mismo, el verdadero reino de la libertad, que sin embargo sólo puede florecer sobre aquel reino de la necesidad como su base. La reducción de la jornada laboral es la condición básica".

Existe, obviamente, en esta formulación un doble Marx. Por supuesto ello no implica en que este se transforma en un apologeta del trabajo. El mismo Marcuse recuerda a respecto que las afirmaciones „asombrosas" de los primeros escritos de Marx contienen todas el término hegeliano Aufhebung, de modo que el término abolición encierra también el significado de que a un contenido se le restituye su verdadera forma… El trabajo significa, por consiguiente, que se le niega al indivíduo que trabaja un desarrollo libre y universal, y es evidente que dada esta situación la liberación del individuo es, al mismo tiempo, la negación del trabajo."

Por lo tanto es muy difícil imputar a Marx las opciones que el movimento obrero hizo durante este siglo que se acaba y para lo cual la crítica de Kurz es oportuna. La reconciliación del hombre con su própria naturaleza – ahora difinitiva y qualitativamente alterada por la obra del proprio capital y de las luchas obreras – no podrá ocurrir en el terreno vacío, sino que en un reino en que no esté organizado por la lógica del trabajo productivo aunque a partir de las condiciones creadas por este. La reducción de la jornada laboral a que hace mención Marx en El Capital, es óbvio que no puede ser considerada en los estrechos límites del sistema capitalista – o „del sistema productor de mercancías" para decirlo con la expresión de Kurz. No se trata de una lucha por la productividad del trabajo en el interior del sistema, sino la forma histórica de la superación del reino de la necesidad a que el capital nos somete anacronicamente. Para concluir, es importante observar que el movimento obrero brasileno, para dar apenas un ejemplo, siquiera agarró con seriedad la bandera de la reducción de la jornada de trabajo en el interior mismo del sistema capitalista, razón por la cual es incapaz de proponer una alternativa histórica para sus dramas y la miseria cresciente de las mayorias. Por ende, es un movimiento que todavia juega su desesperación y su decreciente rebeldia en las manos del capital en una época en que este no repres-

enta más que un camino seguro para la barbarie.

3. La cuestión de la nación y las posibilidades del nacionalismo como fuerza revolucionária

El nacionalismo tiene un camino por lo menos tortuoso en América Latina y por supuesto muy distinto al del mundo europeo. Asumió muchas formas políticas, algunas surpreendentes. Apareció como nacionalismo anti-imperialista con el APRA en el Perú, como nacionalismo burgués con Vargas en Brasil o como nacionalismo revolucionário en Nicarágua y Kuba. En tiempos recientes, reaparece como nacionalismo zapatista en México o como nacionalismo bolivariano en Venezuela.

En América Latina, una determinada tradición marxista nunca resolvió a contento la cuestión nacional, oscilando siempre entre un internacionalismo abstracto que nunca sentó raíces en las clases populares o el apoyo a las clases dominantes en nombre de la „defensa de la nación". Fue con la onda recolonizante que una vez más la cuestión nacional vuelve a tener importancia para las mayorias, pues las clases dominantes criollas no poseen otra mercancia para negociar en los mercados mundializados sino la própria nación. Es evidente ahora como lo fue también en el pasado, que la tradicción marxista que emprestó su apoyo a los procesos de modernización burgués en la región se enfrentó muy pronto con los límites de esta estratégia. Los „logros" del tiempo en que tenían empleos y sindicatos fuertes solamente fue importante encuanto reproduzian los intereses expansionistas del capital en las regiones periféricas. Una vez libertos de los límites nacionales de los „anos dorados del capitalismo del pós guerra" aquel mundo se derrumbó restando fuerza política a sus organizaciones y líderes políticos que hoy se prensentan como nostálgicos de los tiempos „de crescimiento de la economia" y realizan la apología del „buen" capital productivo en contra del „sanguinário" capital fictício, olidándose que todo se realizaba basado en la superexplotación de la fuerza de trabajo y en la internacionalización del ciclo del capital productivo, ante sala de la mundialización actual (el One World de Kurz). Para esta tradicción, las baterias de Kurz son acertadas: pensaban y actuaban en el marco del capitalismo aunque siempre indicando que el futuro „pertenecía al socialismo."

Pero en las condiciones actuales los pueblos del Tercer Mundo necesitan como nunca del dabate acerca de la nación, no apenas como estrategia reactiva de perdedores ante el mercado global, sino como espacio necesario de lucha para superación de las relaciones mercantiles. Ahora, más que en el pasado, la lucha en defensa de la nación solamente tiene sentido si existir una respuesta a los problemas globales que afectan nuestro vecinos, cercanos o distantes. Los mecanismos de defensa no son malos en si mismos si hacen parte de una estrategia internacional o regional de cambio. Su horizonte no necesita estar limitado a la conpetencia intercapitalista que no posée las bases materiales del pasado y que por lo tanto „gira en falso". La onda nacionalista que empieza a confirmarse en toda América Latina no puede y no necesita ser un intento de reproducción del pasado. Para Kurz, „el nacionalismo terciário es, por lo tanto, un pseudonacionalismo étnico que nada na contracorriente de sus predecesores; él es un producto de la desesperación que asola la población de las economias en desagregación del mercado mundial totalizado" Esta apreciación es parcialmente correcta, pero apenas reactualiza la disputa entre dos concepciones de nacionalismo que sempre se presentaran en la historia latinoamericana y no capta la posibilidad transformadora – más allá de la mercancía – existente en la actualidad. El MERCOSUR, para dar apenas un ejemplo, no pasa de una caricatura en la competencia por mercados globales y no logra ni siquiera soldar un acuerdo entre las élites locales acostumbradas a la balcanización expontánea de la región en la esperanza de conquistar mejores resultados en las negociatas globales en separado. Estados Unidos ya estabeleció el límite objetivo de la iniciativa: el ALCA. Por ende, esta versión pseudonacionalista no tiene futuro y las crisis del 97 y 99 lo demostraran de manera clara. Resta la posibilidad de otro nacionalismo, vinculado al pasado comun e imaginado originariamente por Simón Bolívar con las óbvias limitaciones de su tiempo, que rehusaba la balcanización organizada por el reino de la mercancía y su correspondiente estado nacional por un lado y la incorporación forzada a la histórica de formación del mercado mundial por otro. Afinal, el conflicto nacional en América Latina no esta desfrazado de „conflicto étnico" como insiste el discurso dominante; es ante todo, una nueva erupción de las maiorias en la lucha de clases que ya experimentó los procesos de modernización tardios y no se enganan con las promesas del mercado global. Por lo tanto, podrá ser una fuerza en el proceso de ruptura con la „lógica mercantil a nivel mundial" o, desde la marginalidad impuesta por la circulación sin fronteras del dinero mundializado, una fuerte y decisiva resistencia al intento de recibir passivamente los costos de la crisis siempre trasnferido por el sistema mundial para los estados periféricos. No es poco, definitivamente, y lo puede demonstrar el miedo que causa a las elites en Washington la idea de una Internacional Bolivariana que apenas se ensaya entre Colombia, Equador y Venezuela.

4. El programa alternativo

El Manifesto contra el trabajo constituye una iniciativa audaz, pero son siempre muy difíciles los caminos que llevan a la construcción de una „razón sensible", mas allá de los límites impuestos por el „sistema productor de mercancías". Aqui sólo podremos indicar algunos puntos discutibles de la propuesta para ulterior desarrollo. Los autores del Manifesto, los inimigos del trabajo, reconocen que „queda en abierto la cuestión si el declínio del trabajo lleva a la superación de la mania del trabajo o al fin de la civilización" (p. 83) Si aceptamos que la sociedad burguesa llegó a altos niveles de desarrollo de las fuerzas productivas, aunque bajo la forma del trabajo abstracto, tenemos que reconocer que esta madura para un cambio de calidad. Para Kurz, el colapso de la modernización consiste en que el valor no puede más ser valorizado en su forma clásica – capital productivo – y que todo el metabolismo capitalista se mantiene artificialmente entre otras razones por la expansión del sistema de deudas estatales. Es una contradicción interna de la cual el sistema no puede salir. Marx pensaba el comunismo a partir del momento en que „corran a chorro lleno los manantiales de la riqueza colectiva" y cualquiera hoy admitiria que el potencial de las fuerzas productivas no está agotado, sino que limitados enormemente por las condiciones capitalistas de producción. Liberadas de esta forma histórica concreta, la capacidad productiva se ampliará sin duda abriendo el terreno histórico por los cuales los hombres superan la sociedad del trabajo. Afinal, la ideia de la ciencia como principal fuerza productiva ya es una de las originales contribuciones del próprio Marx que sostiene la possibilidad de la sociedad comunista .

El segundo punto es aquel que se refiere a la praxis social de las fuerzas que impulsan el proyecto de la nueva sociedad. La combinación propuesta por los autores del Manifesto que junta „las formas de una practica anti-social con la rehusa ofensiva del trabajo" no identifica las fuerzas responsables por esta acción. El „sujeto o los sujetos revolucionários" o el bloque de fuerzas interesados en el cambio cualitativo desaparece, o por lo menos se reduce a la condición de „individuos": por esta razón aducen que „los inimigos del trabajo pretienden la formación de uniones mundiales de indivíduos libremente asociados, para que arranquen de la máquina de trabajo y valorización que gira-en-falso los medios de producción y existencia, tomandoos em sus propias manos." (p.78). Mas adelante afirman que „las instituciones enajenadas por el mercado y el Estado serán substituídas por el sistema en red de consejos en las cuales las libres asociaciones, de las escala de los barrios hasta mundial, determinan el flujo de los recursos conforme puntos de vista de la rayón sensible social y ecológica." (p.80). En suma, afirmase aqui a existencia de una racionalidad que nace de la superación de la sociedad organizada bajo la lógica del trabajo abstracto, pero no el camino por el cual podremos lograr tal situación.

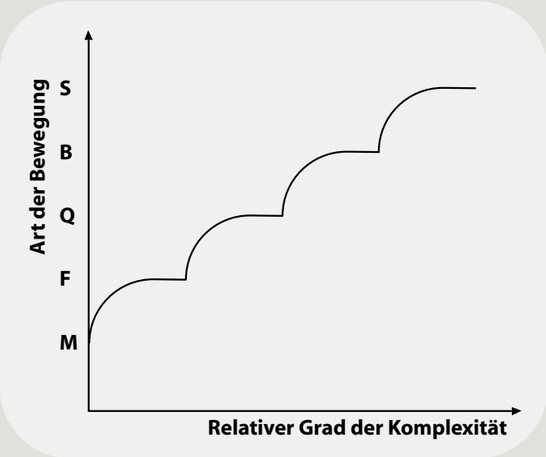
En este esquema analítico, es lógico que no se puede considerar la clase obrera o los campesinos como una fuerza de cambio, puesto que ambos no son más que un subproducto de la mercancía. A la ontologia del trabajo corresponde una clase „ontologicamente reformista", cuyo horizonte teórico-político no puede ser otro que la própria reproducción del sistema productor de mercancías de doble manera: en la administracción democrática de la crisis en su versión occidental o en las formas despóticas del socialismo al estilo soviético o coreano. Aunque implicitamente criticando la Escuela de Frankfurt, para los autores del Manifesto las fuerzas del cambio no pertenecen a este mundo. Tampoco esta establecido en el texto el principio material que ordenaria el avance ulterior de la razón sensible que tendría como función primera rescatar _ partes del planeta de la barbarie en que se encuentran. Como allí también existen pueblos que no poseen la intención de regresar al mundo de los Quilombos por que además de no deseable es también imposible, hay que encontrar esta salida para sostener tal propuesta. Las conquistas materiales del trabajo subsumido a la lógica del capital, aun que arrastren tras de si millones de cadáveres, también tendrán que ser observados como conquistas históricas y su herencia distribuída a todos, especialmente a las victimas sistémicas que se encuentran en el Tercer Mundo.

Die Rolle Kubas in der Entwicklung des neuen historischen Projekts

Dr. Raimundo Franco Parellada, Direktor des Instituts für Kybernetik, Mathematik und Physik in La Habana, Kuba

Zunächst möchte ich mich für die solidarische Geste der Organisatoren bedanken, die diesen Beitrag ermöglichen.

Wie ihr wisst, hat unser Land sich vierzig Jahre lang erfolgreich verteidigt. Es ist daher natürlich, dass dieser Widerstand unsere Art zu Denken und unser Verhalten geformt hat, und so ist auch möglicherweise die Form unserer Annäherung an ein neues historisches Projekt nicht unabhängig davon zu betrachten. Da in gewisser Weise die Diskussion nun stärker auf erkenntnistheoretische und methodische Probleme eingegangen ist, möchte ich einen kurzen Teil des Vortrages darauf verwenden, diese erkenntnistheoretischen und methodischen Grundlagen des neuen historischen Projektes zu erläutern.



Wir haben die Gesellschaften mit komplexen dynamischen Systemen verglichen. Ich werde jetzt erläutern, warum wir das getan haben. Allgemein wird heute in den Wissenschaften der Begriff „Komplexität“ sehr stark diskutiert und es wird fast alles „komplex“ genannt: das Gehirn ist komplex, die Kommunikationsstrukturen sind komplex, die Gesellschaft ist komplex. Es gibt sehr wenige angemessene Definitionen dieses Begriffes. Wir haben eine benutzt, die von Engels in der Dialektik der Natur benutzt wurde. Er klassifizierte die Bewegung in der Dynamik der Natur auf einer Skala der Komplexität, auf der die mechanische Bewegung die einfachste war. Der zweite Grad der Komplexität der Bewegung wurde von ihm die physikalische genannt, die dritte Komplexität bilden die chemischen Systeme, darauf folgen mit höherer Komplexität die biologischen Systeme und mit der höchsten Komplexität die sozialen Systeme. Was ist das wichtigste an dieser Betrachtung? Wichtig ist, das die soziale Bewegung als komplexeste die anderen einschließt, aber nicht auf diese reduziert werden kann.

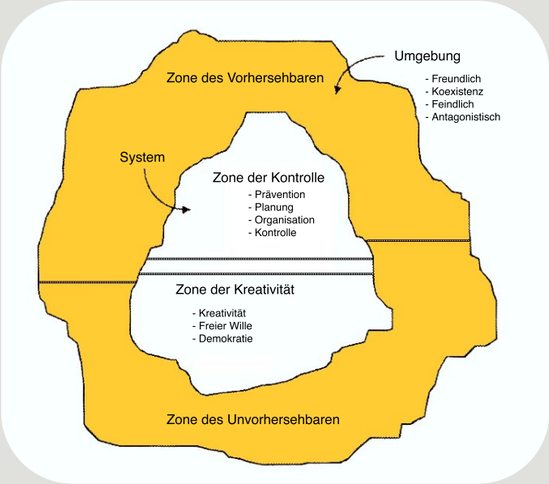
Wenn wir z. B. die mechanische Bewegung mit der thermodynamischen vergleichen, können wir einen Unterschied ausmachen. Die mechanische Bewegung z. B. ist die Bewegung des Ganzen, der Totalität. Dadurch wird die interne Struktur nicht verändert. Beispielsweise wird eine Tasse an einen anderen Ort gebracht, eine Bewegung, die wieder rückgängig gemacht werden kann. Die Essenz dieser Bewegung ist in den drei Gleichungen Newtons aufgeführt worden. Die Gesetze drücken aus, was die Bewegung eines Körpers im Massenzentrum der Gravitation bestimmt. Wenn man das weiß, kann man mit ziemlich genauer Annäherung die Bewegung der Planeten beschreiben. Wenn wir die Thermodynamik studieren werden wir feststellen, dass es viele verschiedene Teile gibt, die miteinander interagieren, wie beispielsweise die Moleküle des Wassers. Dort erscheint, was in der Physik das zweite Gesetz der Thermodynamik genannt wird, oder das Gesetz der Entropie. Die Bewegung in diesem Komplexitätsniveau, die thermodynamische, kann nicht rückgängig gemacht werden. Wir können also qualitative Unterschiede zwischen einer Art der Bewegung, der mechanischen und einer anderen Art, der thermodynamischen, in der Komplexität der Bewegung feststellen. Es findet ein qualitativer Sprung statt.

Wenn man die dynamisch-komplexen Systeme analysiert, kann man eine Serie von Eigenschaften feststellen. Sind es offene Systeme, Systeme, die ein bestimmtes Ziel verfolgen, haben Sie hinsichtlich ihrer Umwelt einen zerstörerischen, einen Raubcharakter . Das bedeutet, das die Existenz des Systems davon abhängt, dass es Mittel aus seinem Umfeld nimmt und damit unausweichlich dieses Umfeld verändert. Wir haben eine dynamische Struktur, die existiert, weil ein Austausch mit dem Umfeld existiert, aus dem Informationen, Energie, Objekte usw. vom System erworben werden. Diese Systeme haben ein Feedback, eine Rückmeldung aus ihrem Umfeld und sind dadurch in der Lage, adaptiv – sich an ihr Umfeld anpassend – zu agieren.

Das entscheidende Element der sozialen Systeme ist der Mensch. Man muss dazu sagen, dass der Mensch bestimmte Eigenschaften hat, die kein anderes Grundelement anderer dynamischer komplexer Systeme aufweist. Er hat zum Beispiel die Möglichkeit, sich zu entscheiden, was er machen will, hat eigene, individuelle Ziele, die von den Zielen des Systems abweichen oder mit ihnen übereinstimmen können. Da Systeme wie die Gesellschaft in ihrer Entwicklung offen sind, möchte ich etwas zum Umfeld dieser Gesellschaft sagen. In diesem Umfeld gibt es zwei Eigenschaften, die miteinander verbunden sind. Das Geschehen im Umfeld eines Systems ist zum einen vorhersehbar und zum anderen nicht vorhersehbar.

Als Beispiel diene uns ein Jaguar im Dschungel. Der Jaguar kennt sein Umfeld er weiß, wo das Wasser ist, wo die Beutetiere sind und wo er lagern kann. Nach der Jagd geht er an einen Ruheort zurück. Denken wir einmal daran was passiert, wenn die Bedingungen wie Ort der Jagd, Ruhezone etc. im Umfeld des Jaguars sich verändern und unvorhersehbar, chaotisch würden. Das System „Jaguar“ würde nicht lange überleben. Das heißt, es erfordert eine gewisse Stabilität im Umfeld, damit das System „Jaguar“ überleben kann. Es gibt auch Bedingungen im Umfeld die nicht für den Jaguar vorhersehbar sind. Das fängt damit an, dass er selbst zur Jagdbeute werden könnte. Er weiß nicht, ob er auf der Jagd fressen kann oder nicht. Welche Rolle spielt nun diese chaotische, nicht vorhersehbare Zone des Umfelds für das Überleben des Systems? Diese nicht vorhersehbare Szenographie erfordert, das der Jaguar Anstrengungen unternimmt, um zu überleben. Wenn das Geschehen im Umfeld des Jaguars in zunehmendem Maße stabil oder regulär wäre, wäre der Jaguar sehr anfällig für Veränderungen in seinem Umfeld. Das würde auf lange Sicht seine Existenz gefährden. Wie wir sehen sind also beide Aspekte für das Überleben des Systems „Jaguar“ notwendig.

Die Frage ist, was das mit der Gesellschaft zu tun hat? Wir denken, dass die Gesellschaft sich in einem Umfeld bewegt, dass ähnliche Parameter bedient in Fragen gesellschaftlicher Art und dass diese Bedingungen des Umfelds sich auf lange Sicht im Typ der gesellschaftlichen Organisation widerspiegeln. Und wenn diese Organisation der Gesellschaft erfolgreich sein will, dann muss sie sich den beiden vorher genannten Aspekten anpassen. Sie muss eine Zone haben, die die Kontrolle über die vorhersehbaren Prozesse ausübt. Es gibt eine zweite Zone, die wir als Kreativitätszone bezeichne. Diese Zone muss Antworten finden auf zukünftige Szenarien, die auftreten können. Wenn wir die kubanische Gesellschaft mit diesem analytischen System betrachten und ins Jahr 1995 zurückgehen, als ein ökonomisches Umfeld drastisch und unvorhersehbar zusammenbricht, lag die einzige Lösung darin, sich diesem Problem anzupassen in der Kreativität, dass heißt in Maßnahmen, die das System vorher als nicht akzeptabel oder nicht systemkonform betrachtete. Das ist in kurzen Worten die methodische Quintessenz meiner Analyse.



Jetzt gehe ich auf die konkrete Dimension des Falles Kuba ein, die Bedeutung des neuen historischen Projektes. Was sind die Erfahrungen nach 40 Jahren der Konstruktion des Sozialismus in Kuba? Ich mochte kurz auf die Erfahrungen eingehen, die für die Fortentwicklung des neuen historischen Projektes von Bedeutung sein könnten. Ich beziehe mich auf die zentral geplante Wirtschaft, das ist eines der meist diskutierten und widersprüchlichsten Themen. Im Falle Kubas können wir sagen, dass die zentral geplante Wirtschaft Erfolge erzielt, aber zugleich Differenzen aufgewiesen hat. Unter den Erfolgen kommen wir zu der Erkenntnis, dass die Anpassung an die neue Weltsituation nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten ohne neoliberale Schocktherapie und ohne den Verkauf, die Privatisierung des nationalen Reichtums, erfolgt ist. Es hat sich gezeigt, dass es gelungen ist, die sehr knappen Ressourcen in die strategischen Sektoren zu kanalisieren, die nach der Krise eine Aufwärtsentwicklung ermöglichten, z. B. den Tourismus. Ohne eine zentrale Planung wäre das nicht möglich gewesen, die Konsequenzen wären katastrophal. Das weist uns daraufhin, das der Grad der Zentralisierung der Wirtschaft zum Teil abhängig ist von äußeren Faktoren, die in Rechnung gestellt werden müssen, wie zum Beispiel der ökonomische Boykott gegen Kuba.

Es ist nicht überflüssig darauf hinzuweisen, dass durch die zentrale Planung für alle Leute die Grundbedürfnisse im Wesentlichen erfüllt sein müssen. Ich

schließe daraus, dass eine zentralisierte Wirtschaft besser auf solche Krisen reagieren kann, als eine nicht zentralisierte. Gleichwohl ist diese zentral gesteuerte Wirtschaft begrenzt in normalen Entwicklungsbegriffen. Eine Manifestation dessen ist eine existierende Bürokratie in dieser Wirtschaft, die eine Entwicklung abschwächt bzw. verhindert. Eines der wichtigsten und schwierigsten Fragen des neuen historischen Projektes wird sein, welche Sektoren der Wirtschaft zentral gesteuert sein müssen und welche nicht. Ich möchte Euch sagen, dass die politische Führung in unserem Land dieses Problem kennt und versucht, es zu lösen, in einem Prozess der Vervollkommnung der Unternehmenstätigkeit. Ich glaube jedoch, dass uns tiefergehende theoretische Kenntnisse fehlen, denn heute verlaufen diese Versuche nach der Methode „trial and error“ (Versuch und Irrtum). Ich glaube, dass eine Lösung dieser Probleme vor der Perspektive komplexer dynamischer Systeme analysiert werden muss. Vor allem das, was die Beziehungen zwischen der Kontrollzone und der kreativen oder flexiblen, der demokratischen Zone in den sozialen Organisationen anbelangt.

Es stellt sich z. B. das Problem, ob in einer Übergangsphase des neuen historischen Projektes viele Parteien existieren sollen oder nicht, eines der wichtigsten Probleme. Wenn ich ehrlich sein soIl kann ich ein tiefgehendes Misstrauen gegenüber dem System der verschiedenen Parteien nicht verleugnen. Wir gehen davon aus, dass dort eine stabile Diktatur einer sozialen Klasse existiert, die ihre Herrschaft mit HGrilfe verschiedener politischer Parteien ausübt und dass die Ablösung einer politischen Partei durch eine andere die ausbeuterische Essenz des kapitalistischen Systems nicht verändert. Wenn in Lateinamerika von einer politischen Partei versucht wurde, reale Reformen durchzusetzen, so wurde das meistens schnell beendet und zwar mit militärischen Mitteln. Wir brauchen nur an Allende in Chile zu denken. Heute beobachten wir in Venezuela ein sehr interessantes und wichtiges politisches Projekt, von dem wir hoffen, dass es erfolgreich sein wird. Um wieder auf Kuba zu kommen müssen wir sagen, dass die Einheitspartei in Kuba ein historisches Produkt ist, dass auf den Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien am Ende des 19. Jahrhunderts zurückgeht. Dieser Prozess kulminierte in der Gründung der kommunistischen Partei in Kuba im Jahre 1966. Die Gruppierung der absoluten Mehrheit der kubanischen Bevölkerung um diese kommunistische Partei, die von Fidel Castro geleitet wird, war die Bedingung, die den vierzigjährigen Erfolg im Aufbau und im Widerstand erklärt. Das heißt, in Kuba ist die Einheitspartei eine Bedingung des Überlebens und der Entwicklung des sozialen Prozesses. Das kann allerdings keinesfalls heißen, dass die Existenz einer Einheitspartei keine Probleme schafft. Meiner Ansicht nach existieren Probleme, die sich in einer übermäßigen Zentralisierung manifestieren. Was zu Verhalten führt, das koordiniert ist, wenig kreativ und wenig effektiv. Dadurch werden Trägheit und fehlende Initiative erzeugt, die sich in einer Erwartungshaltung vorgegebener Lösungen von oben ausdrücken. Es entwickeln sich Verhaltensweisen, die weder die demokratische Entwicklung im Inneren der Partei noch außerhalb fördern. Ein weiterer Aspekt, den ich als negativ empfinde, ist der Umstand, dass sich Parteizugehörigkeit zur Kommunistischen Partei häufig im Erlangen sozialer Vorteile ausdrückt. Das führt dazu, dass bestimmte Personen nicht in die Partei eintreten, um deren Ideale zu verwirklichen, sondern nur wegen ihres eigenen Vorteils. Das führt langfristig gesehen zur Konstituierung einer Partei von Opportunisten, nicht zu einer Partei von Kämpfern für soziale Veränderungen. Ich denke, dass die Prinzipien des demokratischen Zentralismus von Lenin analysiert werden müssen, um das Wertvolle dieser Erfahrung beizubehalten und sich von dem zu trennen, was nicht funktioniert.

Es gibt sicher noch andere Aspekte, die an Kuba analysiert werden müssen, da sie wertvolle Beitrage für die Entwicklung des neuen historischen Projektes liefern können. Ich beziehe mich da auf zwei Aspekte, zum Beispiel die Beziehungen zwischen Nationalismus und Internationalismus und zwischen Avantgarde und Mehrheit. In Kuba ist die Beziehung zwischen Nationalismus und Internationalismus immer organisch gewesen. Seit den ersten Tagen der Revolution hat Kuba immer versucht, den afrikanischen Ländern im Entkolonialisierungsprozess zu helfen. So war Che Guevara im Kongo und vielleicht ist Euch bekannt, dass über dreihunderttausend kubanische Freiwillige in Angola gekämpft haben. Wir denken, dass Kuba ebenfalls einen entscheidenden Beitrag für die Beendigung der Apartheid in Südafrika geleistet hat. Wie drückt sich nun heutzutage unser Internationalismus unter den gegenwärtigen Bedingungen aus? Natürlich hat Kuba nur sehr wenige materielle Ressourcen, gleichwohl hat unser Land Beziehungen zu Ländern, denen es im sozialen oder medizinischen Bereich hilft. Vor zwei Jahren ist die nationale Marineakademie in eine lateinamerikanische Schule der Medizin umgewandelt worden. Vor kurzem haben mehr als dreitausend latein- und zentralamerikanische Studenten dort zu studieren begonnen. Gleichzeitig gibt es mehr als fünfhundert kubanische Ärzte, die in den verschiedensten Gebieten Lateinamerikas Forschungsarbeit betreiben. Für uns ist die Beziehung zwischen Nationalismus und Internationalismus stark an die Begriffe Patria im Sinne von Vaterland und Patri, Mutterland, das ist die Menschheit, gebunden.

Was kann Kuba nun zur Entwicklung des Neuen Historischen Projektes beitragen? Angesichts der enormen Vision, der Fähigkeit, Dinge strategisch zu sehen und des Prestiges, das Kuba in der Welt genießt, wäre es sehr wichtig, wenn die kubanische Führung das neue historische Projekt akzeptiert und mit hilft, es zu verwirklichen.

Hier möchte ich gleich vorausschicken, dass es sicher nicht leicht sein wird zu erreichen, dass die kubanische Führung eine angemessene und ausgewogene Analyse des neuen historische Projektes anfertigt. Wir müssen in Rechnung stellen, dass diese Führung auf vierzig Jahre Erfolge in der Politik zurück blicken kann, was es schwer macht, andere Lösungen zu akzeptieren. Dennoch sind innerhalb der letzten Jahre hinsichtlich des neuen historischen Projektes wesentliche Fortschritte in Kuba erzielt worden. So ist es der Initiative von Heinz Dieterich und anderen zu verdanken, dass in naher Zukunft ein Seminar des zentralen kubanischen Gewerkschaftsverbandes stattfinden wird, in dem es darum gehen soll, das neue historische Projekt weiter zu vertiefen und zu beleuchten, welchen Beitrag Kuba leisten kann, es zu unterstützen.

In Kuba beschäftigen wir uns ebenfalls mit einigen politischen Aspekten des Projektes. Wir haben eine interdisziplinäre Forschungsgruppe aus Physikern, Mathematikern, Geologen usw. gebildet, die sich momentan auf eine Analyse der materiellen Produktionskräfte konzentriert, die notwendig sind, um eine äquivalente Ökonomie und eine teilhabende Demokratie zu verwirklichen. Wir wollen dabei versuchen, dass die gefundenen Prinzipien schrittweise in die gegenwärtige kubanische Gesellschaft Eingang finden. Wir denken, dass eine Verbindung zwischen dem besten dialektisch materialistischen Denken in Kuba und dem neuen historischen Projekt möglich ist. Wie kann man nun eine Brücke zwischen denen schlagen, die mit der klassischen Lehre von Marx und Engels aufgewachsen sind, und dem neuen historischen Projekt? Wir untersuchen in der Gruppe ebenfalls Technologien, die dazu beitragen, dass die Menschen auch effektiv an politischen Diskussionen und Entscheidungen teilhaben können, das heißt die materielle, technologische Basis, die eine realdemokratische Gesellschaft erfordert. Es geht etwa um Netzwerke wie das Internet und die sozialen Bedingungen, die erforderlich sind, damit diese Technologien angemessen für die Demokratisierung verwendet werden können. Wir untersuchen weiterhin, wie die wissenschaftlichen Erkenntnisse benutzt werden können, um die Verhältnisse in Kuba als dynamisch komplexes System zu analysieren. Wir denken, dass Kuba ebenfalls als Experimentierfeld für bestimmte Theoreme dienen kann. In gewisser Weise kann das gesamte kubanische Projekt als ein großes Experiment verstanden werden. Es wäre also nicht erstaunlich, wenn innerhalb dieses Experimentes die Prüfung in der Realität erfolgen sollte. Das setzt natürlich voraus, dass mit der Führung des Landes ein Konsens über die Nützlichkeit des neuen historischen Projektes erzielt wird.

Worüber kein Zweifel besteht, ist die Nützlichkeit dieser Experimente für Kuba. Die praktische Prüfung des neuen historischen Projektes in Kuba wäre wichtig für die Teilnahme von Menschen aus aller Welt, da die Ergebnisse aus verschiedenen Blickwinkeln beurteilt werden könnten. Ich habe keinen Zweifel, dass die Entwicklung neuer Konzeptionen in Kuba die Begrenzungen des alten sozialistischen Modells überwinden können. Die Lektion über das Scheitern der sozialistischen Staaten in Osteuropa und in der Sowjetunion ist eine Lektion, die bis auf den Grund verstanden werden muss. Dieser bittere Rückschlag zwingt uns, bestimmte Theoreme, theoretische Formulierungen und Anweisungen zu überdenken, die in der Realität in den osteuropäischen Staaten zum Scheitern geführt haben. Es scheint so, als funktioniere das Modell der Einheitspartei, wie sie im demokratischen Zentralismus geführt wird nur, wenn sich die Partei in der lllegalität befindet, aber für eine Partei, die an der Macht ist, ist sie zum Teil nicht funktional. Es herrscht dann die Tendenz vor, den Zentralismus auf Kosten der notwendigen Entwicklung der Demokratie zu maximieren. Es wird dadurch eine vertikale Kultur geschaffen, in der bestimmt und gehorcht wird.

Die Konzeption der bürgerlichen Demokratie muss zu Gunsten einer realen, teilhabenden Demokratie überwunden werden. Heute existieren die technologischen Bedingungen, die im Schoß der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt worden sind, um das zu verwirklichen, z. B. die Möglichkeiten der Elektronik. Die zentral geplante Wirtschaft darf nicht weiter in einem absoluten Sinn interpretiert werden. Es besteht die Notwendigkeit, aus Motiven theoretischen Wissens zu entscheiden, welche Teile der Wirtschaft zentral geplant werden müssen und welche nicht. Das erleichtert die Anpassungsfähigkeit des Systems auf veränderte Bedingungen in seiner Umwelt, die ständig und unabdingbar stattfinden werden. Wir denken, die Überlegungen, die im neuen historischen Projekt angestellt werden, könnten Kuba helfen, Fehler, die zum Untergang der sozialistischen Staaten in Osteuropa geführt haben, zu verhindern und das sie uns als Kompass dienen, zur Entwicklung einer Gesellschaft, die wir konstruieren müssen, für alle und von allen.

Vielen Dank.

In der nachfolgenden Diskussion betont Raimundo Franco Parellada, auf einen Redebeitrag antwortend, der den Bestand bzw. die Festigkeit der sozialen Basis in Kuba bezweifelt, dass seiner Meinung nach etwa 80% der Bevölkerung in Kuba den Sozialismus nach wie vor befürworten. Man könne das Modell nur einer einzigen Partei nicht als Pauschalrezept für andere Länder empfehlen, da es Folge eines bestimmten historischen Prozesses sei. Dabei gelte es zu bedenken, dass sich Kuba nicht zuletzt seit vierzig Jahren in einem Wirtschaftskrieg mit den USA befinde. Jedes Land müsse die adäquate Form seiner Demokratisierung selbst entwickeln. Die Länder haben in einem Gesamtzusammenhang gemeinsame und auch individuelle Aufgaben. Wie die gesellschaftlichen Bedingungen sich in Kuba entwickelt haben, sind eine individuelle Angelegenheit. Es gibt in Kuba eine Menge historisch überlieferter Widersprüche und Schwierigkeiten, also ist das erste, was man gemacht hat, die Grundbedürfnisse für die Bevölkerung zu sichern. Das ist nicht viel, aber im Vergleich zum restlichen Lateinamerika ist eine große Sache erreicht worden. Obwohl zwischenzeitlich 85% der kubanischen Exporte von heute auf morgen gestoppt waren, hat Kuba es überlebt und dabei ist niemand verhungert und jeder hat eine Ausbildung bekommen und war medizinisch versorgt.

eL aporte de kuba aL desarroLLo deL nuevo proyecto histórico (nph).

Dr. Raimundo Franco Parellada

Estimados amigos:

Permítanme, en primer lugar, agradecer el gesto solidario de los organizadores de este Congreso, que hicieron posible mi asistencia al mismo. Como Ustedes conocen soy un kubano comprometido con la lucha de mi pueblo por un desarrollo pleno y una vida digna. No creo que sea un secreto para ustedes en qué circunstancias se ha tenido que desarrollar esa lucha. A pesar de ello permítanme recordar algunas circunstancias, que creo, pueden resultar relevantes para comprender el aporte que Kuba, como país y sociedad socialista, pueda hacer al desarrollo de una concepción de sociedad justa y humana para el milenio que recién comienza.

Kuba es un país pequeño con una extensión aproximada de 110 000 km. cuadrados y una población de alrededor de 11 millones de habitantes, situado a la entrada del Golfo de México, a unas 90 millas náuticas del punto más cercano de los Estados Unidos. Kuba es unas 70 veces menor en extensión que ese país y nuestra población es aproximadamente 25 veces menos que la de Estados Unidos. El producto interno bruto de Kuba es sencillamente ridículo comparado con el de esa nación norteña.

La historia de Kuba ha estado influenciada de manera decisiva, por la política de nuestro vecino desde el siglo XIX; pero por favor, no se vayan a asustar porque sólo me referiré brevemente, al último período de existencia de la revolución kubana.

- Circunstancias Históricas en que surge y se desarrolla la Revolución Kubana.

La Revolución Kubana triunfa el 1ero. De Enero de 1959, es decir, en plena guerra fría y al comienzo de los procesos de descolonización auspiciados por las Naciones Unidas y el entonces existente campo socialista. El gobierno revolucionario kubano pretendía llevar a cabo reformas económicas de corte nacionalista, imprescindibles para el desarrollo económico y social del país, como la Reforma Agraria, proclamada en Mayo de 1959. Esta medida tuvo como respuesta inmediata, por parte del Gobierno de los Estados Unidos de esa época, una agresividad creciente que culminaría 2 años después con la fracasada invasión por Bahía de Cochinos y con la primera gran derrota militar de los Estados Unidos en América Latina. ¿Por qué fue posible una derrota tan rápida y aplastante?. Existen naturalmente muchos factores para explicar un hecho como ese, pero entre otros, hay que destacar:

1ro. Una dirección política y militar inteligente, valiente y enérgica.
2do. El apoyo mayoritario del pueblo kubano.
3ro. La ayuda recibida hasta ese momento de la URSS en armamentos y otros suministros imprescindibles.

No es ocioso recordar aquí que Kuba se sintió a partir de Playa Girón miembro pleno del campo socialista. Era natural, puesto que habíamos recibido la ayuda solidaria que había permitido vencer la agresión armada dirigida, financiada y organizada por los Estados Unidos. El Presidente Kennedy reconocería públicamente la responsabilidad de su gobierno en la organización de la invasión y en su ulterior fracaso.

Después de Playa Girón vino, un año más tarde, la crisis de los misiles y junto a todo ello un bloqueo económico que ha durado40 años. Hay que enfatizar en el hecho de que el bloqueo económico es un acto de guerra que pretende rendir por el hambre y la miseria al pueblo kubano, y no como creen algunos, el simple „embargo“ de algunas mercancías. Imagínense Ustedes que situación; la potencia mundial más poderosa económica y militarmente hablando, que jamás haya existido, usando todo su poder para destruir un país pequeño del tercer mundo.

A principios de los 90 se desintegra el campo socialista y comienza para Kuba el período más difícil de su historia contemporánea, que los kubanos llamamos „período especial“, caracterizado, en lo económico, por la pérdida del 85% del comercio exterior, que se realizaba con los países socialistas, la inseguridad en el suministro de combustible y la paralización de innumerables industrias como consecuencia de todo ello; en lo político por el recrudecimiento del bloqueo, con la aprobación de nuevas leyes por el Congreso Norteamericano y por el aumento de las presiones para que se cambiara el rumbo socialista, por parte, tanto de amigos bien intencionados que pensaron que no seríamos capaces de encontrar una salida, como de enemigos que creyeron que, sin el apoyo del campo socialista Kuba no sería capaz de sostenerse más que unos días o quizás meses. Hay que añadir a todo esto las inmorales maniobras para desacreditar a Kuba en la Comisión de Derechos Humanos de la Organización de Naciones Unidas. Piensen Ustedes que paradoja, en Africa, pierden la vida hoy por hambre, millones de personas ante nuestros propios ojos, es decir, pierden su principal derecho humano, sin que este mundo se sonroje siquiera, sin embargo, a Kuba que a pesar de toda la hostilidad de los Estados Unidos y de ese bloqueo feroz, no ha dejado de alimentarse, ni de educarse a nadie, debe ser condenada. Lamentablemente Europa se ha unido, como ya ha ocurrido otras veces, a los Estados Unidos en esa bochornosa e hipócrita campaña.

Amigos, los hechos han demostrado lo contrario, Kuba Socialista, con muchos sacrificios y no pocas pérdidas, ha ido construyendo su propio camino, ya quedaron atrás los peores momentos, nuestra economía vuelve a tomar ritmo. Quiero además trasmitirles, no sin cierto orgullo, que a pesar de la hecatombe económica sufrida, ningún kubano dejó de alimentarse, ni recibir educación, ni asistencia médica. Salimos de la crisis sin terapias de choque, ni neoliberalismo. Naturalmente, nuestra sociedad muestra las huellas de tan ruda batalla. Aparecieron fenómenos que anteriormente no se conocían, como cierto grado de prostitución y manifestaciones de corrupción y egoísmo. Sin embargo, pese a ello, nuestra sociedad es mucho más solidaria, equitativa y justa que el resto de los países hermanos de América Latina.

En resumen, Kuba ha sabido mantener viva la esperanza en la posibilidad práctica y real de una sociedad mucho más justa, resistiendo al mismo tiempo, durante más de 40 años, la hostilidad de la potencia mundial más grande y poderosa de la historia.

Es natural que la resistencia a una hostilidad tal, haya influenciado en nuestra manera de pensar y actuar y ello junto a los logros y el prestigio e influencia de los que goza Kuba en el mundo, determinará en buena medida el aporte que pueda hacer Kuba al desarrollo del NPH.

Aspectos en los que Kuba puede aportar al desarrollo del NPH.

Existen algunos aspectos en los que el aporte de Kuba al desarrollo del NPH puede resultar importante. Entre ellos podemos destacar los siguientes:

1. Dada la gran capacidad y visión política demostrada por la dirección de la Revolución Kubana y el enorme prestigio que conserva entre los países del 3er Mundo y los movimientos progresistas, recuérdese aquí la reciente reunión de los Jefes de Estado y Gobierno de los países No Alineados celebrada en Abril pasado en La Habana, nos parece que resultaría un impulso tremendo para el desarrollo y ulterior difusión del NPH, una valoración positiva del mismo, por parte de la dirección del proceso revolucionario kubano.

Debemos expresar de inmediato, que lograr un examen equilibrado del NPH por parte de la dirección kubana, no es un proceso fácil. Hay que tener en cuenta el éxito de esa dirección en la conducción del proceso social kubano, durante más de 40 años, lo que les da una confianza merecida en lo que han hecho y dificulta el análisis de posibles cambios hacia el futuro. No obstante ello, se ha avanzado sustancialmente en la aptitud hacia el NPH en Kuba, en los últimos dos años. Ello se ha debido a la labor sostenida del Dr. H. Dieterich durante todo ese tiempo y que culminará con un seminario que celebrará en La Habana el próximo mes de Julio. Este seminario cuenta con el auspicio de varias organizaciones e instituciones kubanas, entre las que se destaca, la influyente Central de Trabajadores de Kuba. Nos parece que este seminario propiciará una discusión y un análisis profundo del NPH y de su significado para Kuba, además de valorar los aportes que nuestro país pueda hacer al desarrollo del mismo.

2. Estamos trabajando algunos aspectos teóricos relacionados con el NPH. Hemos creado para ello un grupo de trabajo, formado por físicos, economistas, sociólogos, filósofos y psicólogos que se interesa fundamentalmente, por los aspectos relacionados con el desarrollo de las fuerzas productivas y la base material necesarias para darle vida a una sociedad basada en el Intercambio Equivalente y la Democracia Real Participativa, pilares ambos del NPH. Queremos, asimismo, analizar propuestas que puedan facilitar la implementación paulatina de estos principios en la Sociedad Socialista Kubana actual. Nos parece que estos estudios podrían establecer el vínculo natural entre los mejores resultados del análisis Dialéctico-Materialista con los planteamientos del NPH y de esa forma facilitar su comprensión por parte de aquellos familiarizados con la terminología del Materialismo-Histórico de Marx y Engels.

   Entre otros temas nos interesamos además por aquellos aspectos del desarrollo tecnológico, que posibilitan la participación efectiva de todos los miembros de la sociedad en la toma de las decisiones que afectan su vida, es decir, la base material para el desarrollo de una democracia realmente participativa, como las redes de intercambio de información y la automatización, entre otros y las condiciones sociales que faciliten el uso más efectivo de estas tecnologías.

   Nos interesan, así mismo, las posibilidades que puedan brindar los resultados más recientes de las Ciencias Naturales, nos referimos en este caso a los estudios de los Sistemas Dinámicos Complejos, para la comprensión de la dinámica de algunos procesos sociales.

3. Creemos que Kuba pudiera convertirse en un excelente campo para la comprobación experimental de los resultados de los estudios teóricos relacionados con el NPH. En un cierto sentido, todo el proceso social kubano puede ser interpretado como un experimento social de gran envergadura. No sería pues extraño, ni ajeno a ese contexto, la prueba de los resultados de una teoría social de avanzada. Naturalmente, para ello habría que lograr primero, un amplio consenso, entre la dirección política del país, acerca de lo acertado de los planteamientos teóricos del NPH. De lo que no parece haber dudas, es de lo extraordinariamente enriquecedor e importantes que resultarían los resultados de tales experimentos sociales, realizados en las condiciones de Kuba, para el desarrollo ulterior de las concepciones teóricas propuestas por el NPH. Nos parece que en la realización de tales experimentos será de extraordinaria utilidad la participación más amplia posible de compañeros de otros países, lo que a nuestro juicio enriquecería esas experiencias con las vivencias de otras tierras y facilitaría la interpretación de los resultados vistos desde otras condiciones económicas y sociales.

   Nosotros pensamos que en la comprensión de este problema también influirá positivamente el seminario sobre el NPH del que ya hemos hablado y que se celebrará en Kuba próximamente.

   No quiero perder la oportunidad de expresarles a Ustedes algo de lo cual estoy profundamente convencido, se trata de que el ulterior desarrollo de la Sociedad Kubana también necesita de nuevas concepciones teóricas que superen las limitaciones que padecieron los modelos socialistas tradicionales. La experiencia del fracaso del socialismo en la URSS y Europa del Este es una lección que debe ser bien aprendida. Ese amargo revés muestra la imperiosa necesidad de reevaluar algunos postulados teóricos que mostraron su falta de concordancia con los hechos de la práctica social y que impidieron la superación de vicios y errores que darían finalmente al traste con el socialismo europeo.

   Pensamos que el desarrollo de los postulados teóricos contenidos en el NPH pueden ayudar de manera especial a que en Kuba se prevean y eviten los errores y los vicios que condujeron al fracaso del socialismo europeo y que sirvan de brújula, en ese largo y complejo proceso de construir una sociedad de todos y para todos.

   Muchas gracias.

Das Internet als Medium einer weltweiten Basis-demokratischen Organisierung

Martin Groß,
Perspektive unabhängige Kommunikation e.V., Göttingen

Ich spreche für die interaktive Online-Community „Politik und Kultur“, als einer der Veranstalter dieses Kongresses und zugleich in meiner Eigenschaft als „Hostmaster“ unseres Internet-Projekts.

Was wir mit unserem Projekt „Politik und Kultur“ (puk) – www.puk.de – versuchen, ist Kommunikationsschnittstellen zwischen politisch, kulturell und sozial engagierten Initiativen herzustellen. Das heißt also, Möglichkeit zu schaffen, dass sich Leute über unser Projekt kennenlernen und austauschen können. Das mag idealistisch klingen, aber wir haben schon die Erfahrung gemacht, dass das in Ansätzen funktioniert. puk mag kein großes Projekt sein, aber es ist für uns ein interessanter Ansatz, das über das Internet eine Kommunikation und ein Kennenlernen möglich ist. Wir sehen eine Chance darin, das diese Kommunikationschnittstelle Internet, mit dem Computer als Hilfsmittel, eine Möglichkeit bietet, Initiativen zusammenzuführen – und zwar über ideologische, über parteipolitische, über ideelle und sonstwelche Unterschiede hinaus. Für uns ist es ein Ansatz, „Gegenöffentlichkeit“ herzustellen – also Öffentlichkeit von „unten“ zu schaffen, die sich nicht an kommerziellen Vorgaben meinungsbildender Massenmedien orientiert.

Was ich unter Gegenöffentlichkeit verstehe ist folgendes: Wenn beispielsweise in Chile, in Lateinamerika oder in irgendeinem anderen Land etwas passiert, wenn Menschen durch repressive Regierungspolitik ums Leben kommen, dann bekommen wir hier in der Regel nichts davon mit, und wenn, dann unvollständig oder durch eine bestimmte Brille betrachtet. Man muss aber auch gar nicht so weit ins Ausland schauen. Auch hier bei uns gibt es sehr viele Ereignisse, die von den großen Medien nicht für berichtenswert gehalten werden, weil der „Marktwert“ der Nachricht als zu gering eingeschätzt wird, oder diese Nachricht bewusst zurückgehalten wird, möglicherweise, weil es politische Vorbehalte durch die Redaktion gibt.

Um diese mediale Nachrichten-„Sperre“ zu durchbrechen ist es notwendig, dass wir direkt an Informationen herankommen, dass wir direkt etwas aus erster Hand über Ereignisse erfahren. Wie können wir das erreichen?

Das Internet ist eine naheliegende Möglichkeit zur Recherche, aber wer schon einmal das Internet benutzt und irgendeine Information gesucht hat wird festgestellt haben, dass das oft gar nicht so einfach ist. Suche ich z. B. Informationen zu dem Stichwort „Neoliberalismus“, dann bekomme ich etliche tausend Links (Verweise) angezeigt, und ob ich nun zum gewünschten Ergebnis gelange oder nicht, das bleibt dem Zufall überlassen. Wir wollen mit „puk“ diesen Zufall etwas eingrenzen, indem wir versuchen, ein Medium zu schaffen, in dem gezielt bestimmte Informationen abgerufen oder ausgetauscht werden können. Hierbei soll es aber keine zentrale Organisation wie eine Nachrichtenredaktion geben, die den inhaltlichen Kurs bestimmt. Vielmehr ist eine Form der Organisierung unser Ziel, die eine dezentralisierte Informationsgewinnung schafft, an der sich alle politisch, kulturell und sozial engagierten Gruppen beteiligen können und ihre Informationen, also beispielsweise Nachrichten aus ihrer Region, zu einem Thema ihrer Wahl, zur Verfügung stellen können.

Ich möchte folgendes zum Ausdruck bringen: jede Gruppe, die sich politisch, kulturell oder sozial engagiert, also gesellschaftlich engagiert ist, und sich für andere Menschen einsetzt, ist willkommen, bei puk mitzuarbeiten. Wer sich puk ansieht, kann feststellen, dass bei uns etwa 300 Gruppen vertreten sind, von kirchlichen Initiativen über politischen Parteien bis hin zu linksradikalen Basisorganisationen, Kinderinitiativen, Kulturinitiativen, Theatern usw.

Daraus resultiert ein häufig genannter Kritikpunkt an uns, nämlich der, dass durch die Vielzahl unterschiedlichster Gruppen kein eindeutiges inhaltliches politisches Profil zu erkennen ist. Aber unser Ansatz – und das wird häufig nicht verstanden – ist der, ein virtuelles Abbild der real engagierten Basis zu schaffen. Eine Basis, die sich miteinander austauscht und die versucht, ihre inhaltlichen Erkenntnisse miteinander zu verbinden, eine Diskussion zu führen, die auch konträr sein kann, und in der wir uns selbst als puk-Redaktion mit unserer Meinung nicht zum Maß aller Dinge machen wollen, sondern wir uns nur als eine Gruppe unter den vielen betrachten.

Wenn wir z. B. über „Neoliberalismus“ sprechen, dann ist diese kapitalistische Globalisierung in ihren Auswirkungen so vielfältig, hat so viele Facetten der Unterdrückung, dass es einer Gruppe oder politischen Strömung gar nicht gelingen kann, alle aufkommenden Fragen zu beantworten. Wir haben alleine gar nicht das Wissen, alles beantworten zu können. Deswegen wollen wir auch die verschiedenen Leute in den unterschiedlichsten Bewegungen, ob es Feministinnen sind, ob es Theatergruppen sind, ob es kirchliche Initiativen sind, Kommunisten, Anarchisten oder auch Sozial- und Christdemokraten, mit in die Diskussion einbeziehen, denn jeder kann mit seinen eigenen Erfahrungen aus unterschiedlichen Lebensbereichen zu dieser Diskussion beitragen. Wir als puk-Redaktion und Administratoren des Projekts sehen unsere Aufgabe darin, so eine Diskussion zu strukturieren, bestimmte Aspekte herauszuheben und einen organisatorischen Rahmen für die Vertiefung von Diskussionen anzubieten. Das kann z. B auch im Rahmen einer Veranstaltung wie dieses Kongresses geschehen, so dass die im virtuellen Raum geführte Diskussion durchaus praktisch werden kann.

Alle Menschen sind mehr oder weniger von den Auswirkungen neoliberaler Ökonomie und ihrer Politik betroffen, und wir denken, wenn wir ernsthaft Initiativen entwickeln wollen, und wenn wir Antworten geben wollen, dann ist es auch nötig, die Leute da abzuholen, wo sie stehen. Und dazu ist es notwendig – auch wenn das schwerfällt – ideologische Scheuklappen und die falsche Überzeugung, nur die eigene Position sei die einzig Wahre, abzulegen und vielleicht auch den häufig belächelten „Normalbürger“ als jemanden wahrzunehmen, der bestimmte Erfahrungen gemacht hat, daraus Schlüsse gezogen hat, und von dem man deshalb auch lernen kann. Das heißt ja nicht, dass man dazu die eigenen Positionen verleugnen sollte, im Gegenteil! Aber es setzt eben auch die Bereitschaft voraus, trotz unterschiedlicher Meinungen, Lebensumstände etc. den anderen als Diskussionspartner gleichberechtigt zu akzeptieren und ernst zu nehmen. Nur so kann ein Austausch über die Beschränktheit der politischen Kleingruppe hinaus ermöglicht werden.

Durch solche Diskussionen ist es dann auch für Menschen, die sich bisher nicht besonders um die „große Politik“ gekümmert haben, möglich zu erkennen, dass sie auch in ihrem Lebensbereich von dem betroffen sind, was „Neoliberalismus“ genannt wird. Und wenn sie erkennen, das sie selbst betroffen sind, dann ist es vielleicht auch möglich, gemeinsam interessante Vorschläge zu diskutieren, ob über das Internet oder in anderen Rahmen. All das trägt dazu bei, dass der Wunsch nach Alternativen zum Kapitalismus ausgelöst werden kann. Auch wenn wir uns das wünschen, wir können leider nicht sagen, wir haben „die Lösung“ gefunden und können alle Antworten geben, die erforderlich sind, aber wir versuchen, unseren Teil im Ganzen beizutragen – unter anderem mit diesem Kongress. Ein Beitrag für das von uns angestrebte „Neue Historische Projekt“.

Ann Stafford vom „Projekt Interconti“ hat vorhin betont, dass die Bewegung nicht im Internet stattfindet, sondern auf der Straße, im Realen. Das stimmt natürlich, aber eine Bewegung kann und sollte auch Diskussionen übers Internet führen und nach diesem Kongress auch fortsetzen, selbst wenn wir morgen schon wieder weit entfernt voneinander in unterschiedlichen Orten wohnen.

Nur in einem gemeinsamen Diskussionsprozess kann etwas weiterentwickelt werden, in Form von „These – Antithese – Synthese“ oder „Aussage – Widerspruch – Weiterentwicklung“.

Ich möchte an dieser Stelle gleich noch weitergehen. Was passiert denn, wenn wir es nicht tun? Was passiert denn, wenn wir keine Gegenöffentlichkeit schaffen? De facto ist es so: Großkonzerne fusionieren immer weiter und ihr weltweiter Einfluss steigt. Über die Massenmedien funktioniert die Steuerung der öffentlichen Meinung.

Konzerne wie die Telekom oder AOL, Geocities, große Handelsportale wie eBay, Amazon, Lycos, Bertelsmann bis hin zu Microsoft: Alle großen Konzerne sind daran interessiert, nicht nur etwas zu verkaufen, sondern Marktforschung über das Internet zu betreiben. Sie haben nicht nur erkannt, dass das Internet ein Mittel ist, Kaufwünsche zu wecken und zu erfüllen, sondern auch Zielgruppen für die Werbung zu ermitteln, Benutzergruppen in ihrem Verhalten einschätzen zu lernen und damit letztlich zu überwachen.

Die Sammlung solcher Daten ist natürlich auch ganz im Sinne von Polizei und Geheimdiensten, entsprechende Gesetze machen den Zugang zu diesen Daten für sie sehr leicht. Das Auswerten komplexer Benutzerprofile macht eine neue Form der präventiven Aufstandsbekämpfung durch das Internet prinzipiell möglich. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Rasterfahndung: Aus Benutzerprofilen von sogenannten Portalen – das könnten z. B. Internetanbieter wie T-Online sein – ließen sich prinzipiell auch Vorlieben für politische Themen, bestimmte Literatur und Musik schließen. „Heute schon den Staatsfeind von morgen erkennen“ – durch massives Ausspionieren von Benutzerprofilen droht der „Traum“ des ehemaligen BKA-Präsidenten Horst Herold in die Nähe der Verwirklichung zu rücken.

Ich weiß heute nicht, wie weit Spionage und Überwachung mit Hilfe des Internet in Zukunft perfektioniert werden können. Ich kann nur für heute sagen: Wer glaubt: „Ich kaufe mir einen Computer, gehe jetzt irgendwie ins Internet, schau mir irgendwelche Informationen an und bin dabei alleine“, irrt womöglich, denn ich garantiere Euch, alle Eure Aktivitäten im Internet können prinzipiell überwacht und aufgezeichnet werden.

Mancher sagt dazu heute vielleicht noch: „Und wenn schon?“, aber mir stellt sich die Frage, wie Überwachung in Zukunft stattfinden könnte, wenn keine Bewegung dagegen steht, wenn keine Gegenöffentlichkeit existiert?

Wenn man sich so in zwei bis drei Jahren, vielleicht auch erst in fünf Jahren – einen neuen Fernseher kauft, dann mag er äußerlich noch genauso wirken wie ein heutiger Fernseher, vielleicht aber mehr können, als heute ein Computer leistet. Das könnte ein Multifunktionsgerät sein, einsetzbar als Fernseher, mit dem man im Internet surft, E-Mails versendet, Musik hört, Filme sieht, spielt etc. Man erledigt seinen Einkauf darüber oder auch nicht. Und ohne es zu wissen hat dieses Gerät eine im Internet weltweit eindeutige Nummern-Adresse, die es und damit den Besitzer eindeutig identifiziert. Diese Nummer mag dann vielleicht so etwas sein wie eine zusätzliche Nummer im heutigen Personalausweis. Anhand dieser eindeutigen Nummer könnten interessierte Stellen, Konzerne wie der Gerätehersteller oder der Provider aber auch Behörden leicht feststellen, wer sich gerade wo im Internet aufhält, sich wofür interessiert und ein irgendwo gespeichertes und nicht einsehbares Benutzerprofile weiter und weiter vervollkommnen.

Im Moment ist das wohl noch nicht die Regel, da einem der Internet-Provider, z. B. T-Online, jedes Mal eine andere Nummer, eine sogenannte dynamische IP, zuweist. Aber neue Internet-Standards machen eine immer gleiche fest zugewiesene Adresse für jeden onlinefähigen Menschen möglich, ähnlich einer Meldeadresse beim Einwohnermeldeamt. Das hieße also, jedes Mal, wenn ich mich ins Internet begebe, werde ich die selbe IP-Adresse erhalten, und wer die Kontrolle über eine Schaltzentrale besitzt, der kann auch genau mitschreiben, für was sich eine Person interessiert und daraus entsprechende Schlüsse ziehen. Das harmloseste sind da wohl noch Marktforschungsanalysen wie die, dass sich zu soundsoviel Prozent die Berufsgruppe der Maurer zwischen 18 und 25 für eine bestimmte Automarke entscheiden würde und deshalb schon mal präventiv Prospektmaterial durch einen geeigneten Anbieter erhält. Das sind einfach Marktforschungsdaten, die da angelegt werden, und ein wichtiger Punkt ist der, dass sogenannten Communities (Gemeinschaften) oder Portale im Internet zu einem gewissen Prozentsatz dazu dienen, solche Marktanalysen zu betreiben und schon heute passend zum Suchbegriff die Werbung des dafür zahlenden Kunden einzublenden.

Was z. B. einem Verfassungsschutz mit herkömmlichen Methoden heute noch schwer fällt – z. B. Telefonüberwachung – wird ihm durch ungehinderten Zugriff auf Daten von Großkonzernen, insbesondere Telemedienkonzerne oder Firmen aus der IT-Branche künftig stark vereinfacht und birgt die Gefahr des total gläsernen Bürgers, also einer möglichen totalen Überwachung. Es gibt keine Möglichkeit, Auskünfte über mich betreffende gespeicherte und kommerziell genutzte Daten zu erhalten, also herauszufinden, wer diese Daten – und sei es auch nur meine E-Mail-Adresse – wem und wann weitergegeben hat. Demnach genieße ich heute als Internet-Benutzer an dieser Stelle keinerlei rechtlichen Schutz.

Dass der Trend in der Politik im Sinne der Machthabenden immer mehr auf Überwachung abzielt, machen Diskussionen um das Telekommunikationsgesetz oder auch Videoüberwachung von Städten deutlich. Auf der einen Seite zunehmende Kommerzialisierung, auf der anderen Seite zunehmende Überwachung.

Dennoch: die Nutzen des Internet für soziale Basisbewegungen darf sich durch solche Bestrebungen nicht grundsätzlich in Frage stellen lassen. Der Unterschied zu traditionellen Wegen wie Fax oder Post ist die höhere Geschwindigkeit bei leichterer Überwachbarkeit. Und die über das Internet kommunizierten Informationen können nicht gestoppt, höchstens behindert werden, was an der Struktur des Internet selbst liegt. All das ist ein großer Fortschritt, aber man muss sich beim Umgang mit den neuen Medien grundsätzlicher Gefahren bewusst sein, um damit weitgehend den eigenen Schutz zu gewährleisten.

Zum Abschluss möchte ich noch einmal kurz zusammenfassen:

puk versteht sich selbst als eine Art Sammlungsbewegung, die versucht, ein Abbild der real engagierten Basis zu liefern, gleichzeitig aber auch als Medium für die Diskussion eines internationalen Neuen Historischen Projekts zu dienen. Wir möchten bei puk auch Diskussionen abbilden, die z. B. in Kuba oder in anderen Ländern über das Neue Historische Projekt laufen, und wir möchten auch erreichen, dass an vielen anderen Orten und unter Beteiligung verschiedenster Gruppen und Personen die Möglichkeit eines Neuen

Historischen Projekts der Moderne diskutiert und entwickelt wird. Dafür bieten wir unter anderem ein Online-Redaktionssystem, das sehr leicht benutz- und bedienbar ist. Jeder Mensch, der einen Computer anschalten und einen Text schreiben kann, kann mit diesem Online-Redaktionssystem umgehen. Für die Veröffentlichung eines Beitrags im Internet bei puk muss man nicht HTML beherrschen, wie das bisher beim Füttern der Homepage mit Neuigkeiten der Fall war, d. h. in einer Gruppe kann durch die leichte Bedienbarkeit eine Abkehr vom Spezialistentum stattfinden, und es können mehrere – auch überregional – als Redaktion zusammen arbeiten. Mit unserem Redaktionssystem ist es möglich, dass sich verschiedene Menschen als Gruppe zu einer autonom agierenden Redaktion zusammen finden können, die auch ein Wachsen ermöglicht.

Wie sich eine Gruppe engagiert, ob beim Schreiben von Nachrichten oder im realen Leben will puk mittels eines Punktesystems „vergüten". Die Umsetzung ist aber noch nicht ausgereift. Wenn eine Gruppe oder eine Person z. B. Geld für Flüchtlinge sammelt oder für eine Schule in Nicaragua, oder gute Berichte als Nachrichten bei puk veröffentlicht, so wollen wir dafür Punkte vergeben, die sich in eigener puk-Homepage, E-Mail-Adresse oder Heraushebung bei puk auszahlt. Das ist sicher auch eine Art Leistungsgesellschaft, aber wir haben die Erfahrung machen müssen, dass sie puk ernster nehmen, wenn wir Engagement für eine Homepage fordern. Verrückte Welt, in der die meisten Leute nur auf Leistung konditioniert werden, ein Fakt, der sich auch für uns leider nicht von heute auf morgen aufhebt.

Doch versuchen wir, mit puk und dem Neuen Historischen Projekt einen Schritt auf einem neuen Weg zu gehen und das ganze mit gesellschaftlichem Engagement zu verbinden. Dazu seid Ihr herzlich eingeladen.

Diskussion (Fragen nicht zu verstehen):

Stefan Rehfus, puk:
Die erste Frage: Warum zu puk gehen?
Wir haben keinen Alleinvertretungsanspruch, das ist völlig klar. Wir sind eine Gruppe unter vielen und so sehen wir uns auch. Wir denken, was uns von anderen linken Initiativen im Internet unterscheidet ist, das wir ein viel breiteres Spektrum erreichen können. Wie Martin berichtet hat, haben wir viele Gruppen bei uns, die das traditionelle linke Spektrum verlassen. Und wenn wir gesellschaftlich etwas bewirken wollen, dann müssen wir auch gesamtgesellschaftlich agieren und nicht nur im Rahmen der Linken oder der radikalen Linken. Die Gesellschaft besteht nun mal aus mehr Leuten, aus wesentlich mehr Leuten, und die sind letztendlich alle von ähnlichen Problem betroffen. Daher müssen wir die Diskussion in der ganzen Breite der Gesellschaft führen.

Der zweite Unterschied von puk zu normalen Homepages ist der, dass wir andere Möglichkeiten haben. Wir sind nicht nur eine reine Informationssammlung, sondern es besteht eine bestimmte Interaktivität, also dass Informationen nicht nur in eine Richtung fließen, sondern dass sich Leute beteiligen können an der Diskussion, in Diskussionsforen, im Chat usw. Also es geht nicht nur in eine Richtung, sondern es ist beidseitig oder mehrseitig.

Und dann noch zu dem anderen Punkt, den Du angesprochen hast. Dass ja eine Sammlungsbewegung o. k. ist, aber dass Du da ein Problem hast mit dem Neuen Historischen Projekt und warum man über solche Alternativen diskutiert.

Wir empfinden es als zwingend notwendig, wenn man gesellschaftlich etwas verändern will, das wir dann den Blick nach vorne richten. Die bestehende Gesellschaft, und das hatten wir auch im Eröffnungsbeitrag gesagt, ist verhältnismäßig gut analysiert. Es gibt aus sehr vielen Bereichen Kritik an dieser Gesellschaft. Also die Analyse des Bestehenden und die Darstellung der Ausformungen dieser Gesellschaft ist im Prinzip vorhanden, z. B. von der Gruppe Krisis und von anderen Gruppen. Was fehlt, ist eine verbindende Perspektive für die Zukunft, und nur die kann Menschen mobilisieren. Wenn man nicht mehr den Kopf in den Sand steckt, sondern auch mal nach vorne schaut. So bruchstückhaft es in vielen Punkten auch sein mag: wir müssen diese Diskussion beginnen, um vielleicht wieder neue Leute zu erreichen. Um Leute zu erreichen, die sich bisher vielleicht völlig aus der Politik heraus gehalten haben, weil sie keine Perspektive gesehen haben.

Martin Groß:
Ich mochte dazu noch ergänzen: Wir haben uns puk genannt, das heißt Politik und Kultur, und nicht KPD. Das heißt also, wir sehen unser Ziel nicht in einem Organisierungsansatz mit einem Programm, sondern wir sind ein Teil von Politik und Kultur. Wir sind als Internet-Community puk der Spiegel von politisch und kulturell engagierten Initiativen der realen Gesellschaft, die versucht, Kommunikationsschnittstellen zu schaffen. Deswegen sind wir mit dem puk-Internetprojekt eben keine Zentrale oder Organisation. Als puk e.V. sehen wir uns schon eher als politische Gruppe mit Vorstellungen und politischen Zielen, aber die machen wir dadurch nicht zum Maßstab für andere.

Ann Stafford:
Also ich wollte noch einen Punkt sagen in Bezug auf die Beliebigkeit. Es muss einfach auch klare Grenzen haben, also wenn wir sagen: Sammelbewegung von allen, die betroffen sind vom Neoliberalismus, dann ist das für mich letztendlich zu ungenau. Wir brauchen eine ganz klare Auseinandersetzung auch in Bezug darauf, wie wir gegen den Rassismus in diesem Land vorgehen. Also gegen jegliche Analysen, die z.B. antisemitischen Figuren in Bezug auf das globale Finanzkapital einbeziehen, da müssen wir uns ganz klar abgrenzen in der Analyse. Deswegen bin ich nicht gegen den globalen Kapitalismus, sondern ich bin gegen den Kapitalismus überhaupt, der ist genauso schlimm hier vor Ort, da gibt es keinen Unterschied zwischen global und lokal. Wir müssen lokal handeln, und das, was wir schaffen müssen, ist eine Vernetzung von lokal handelnden Gruppen gegen den Kapitalismus. Das ist das, was dann global ist.

Martin Groß:
Man stelle sich mal vor, da sind eintausend Gruppen vertreten. Von diesen tausend Gruppen gibt es z.B. fünfhundert verschiedene Ansätze, aber es gibt doch Ähnlichkeiten, es gibt Überschneidungen. D.h. es gibt eine Gruppe, die aus Köln kommt, die etwas gegen Neoliberalismus macht und da gibt es auch eine Gruppe aus Göttingen, die etwas gegen Neoliberalismus macht, somit Gemeinsamkeit. Unsere Aufgabe als puk-Projekt im Internet ist also festzustellen, da gibt es Interessierte, vielleicht können wir ihnen online einen gemeinsamen Platz zur Zusammenarbeit und zum Austausch von Informationen bieten, den sie woanders nicht auf dieser Ebene finden würden. Ich stimme Dir zu, und wir wollen eine Vernetzung von Gruppen mit dem Internet nicht ersetzen, sondern begünstigen. Kriterien wären z.B. inhaltliche oder regionale Nähe. Ob diese Gruppen sich dann auch tatsächlich kennen lernen und sich miteinander vernetzen, liegt dann nicht mehr im Bereich des für uns Möglichen.

Ein Informationsmedium wie puk oder eine Homepage bei puk kann die tägliche politische und kulturelle Arbeit einer engagierten Gruppe verbessern und helfen, Menschen kennenzulernen. Sei es, weil es einfach möglich ist, Texte zu veröffentlichen, zu diskutieren oder sich über das Internet direkt zu informieren. puk und das Internet sind kein Ersatz für politische Praxis, aber ein sinnvolle Stütze, wenn man seine Ideen verbreitern will. Und darum geht es: Leute zusammenzubringen zu einer gemeinsamen sozialen Organisierung mit dem Ziel der Entwicklung von Alternativen zu Marktwirtschaft und kapitalistischer Verelendung. Unser Ansatz dabei ist die Schaffung eines fortschrittlichen Netzwerks, in dem sich die Teilnehmenden gegenseitig respektieren und handeln. Denn darauf kommt es an, darin liegt unsere Perspektive unabhängiger Kommunikation.

Redebeitrag von Ann Stafford, Projekt Interkonti
Der Redebeitrag von Ann Stafford, Projekt Interkonti konnte aus technischen Gründen leider nicht vollständig aufgezeichnet werden.

Das Abschlussplenum vom Kongress 2000

Martin Groß, Stefan Rehfus, Ann Stafford

Nildo Ouriques, Heinz Dieterich, Raimundo Franco Parellada

Interview mit Heinz Dieterich

(Februar 2002)

1) Wie beurteilst Du die weitere Entwicklung des Neuen Historischen Projekts? Gibt es neue theoretische und praktische Ansätze?

Seit dem Kongress in Göttingen im Mai 2000 (Kongress 2000: „Ende des globalen Kapitalismus – Das Neue Historische Projekt) hat sich das NHP über drei Entwicklungsdynamiken weiter nach vorne bewegt:

1. die weltweite Krise des Kapitals, die die objektiven Bedingungen und die Köpfe zunehmend für die Notwendigkeit einer nichtkapitalistischen Gesellschaftsordnung öffnet

2. das sich vertiefende Verständnis für die theoretische Lösung bestimmter Probleme des NHP und

3. die wachsende Annäherung des NHP an die gesellschaftlichen Transformationsbewegungen vor allem der Dritten Welt.

In Hinsicht auf die Theorie gibt es verschiedene wichtige Fortschritte, unter ihnen die neuen Arbeiten von Arno Peters. Peters, der in die Geschichte der Wissenschaft als Entdecker des ökonomischen Prinzips der postkapitalistischen Gesellschaft eingehen wird, hat in seinem Buch „Computersozialismus“ seine ursprünglichen Gedanken über die Äquivalenzökonomie in eine umfassendere Gesellschaftsvision eingebaut und damit das Verständnis für die neue ökonomische Grundlage des Sozialismus des 21. Jahrhundert allgemeinverständlich verbreitert. Zweitens arbeitet er an der mathematischen Demonstration der Praktikabilität des objektiven Wertprinzips und des Äquivalenzprinzips. In unserem letzten Gespräch versicherte er mir, dass mit einem Team von fünf Ökonomen exemplarisch der objektive Wert einer Warengruppe innerhalb von zwölf Monaten ermittelt werden könnte und dass die dafür erforderliche Mathematik weniger kompliziert sei als jene, welche er für die Erarbeitung der Peterschen Weltkarte entwickeln musste. Das heißt, zweihundert Jahre nach der Konzeption der objektiven Wertlehre steht der Demonstration ihres praktischen nach-kapitalistischen Wertes nichts anderes im Wege, als 300.000 DM oder fünf Jahresgehälter befähigter Wirtschaftswissenschaftler. Dies ist das einzige Missing link in der Theorie der teilhabenden Demokratie oder des neuen Sozialismus und die Tür der Zukunft für die Mehrheiten der Menschheit. Ich hoffe, dass man eine Spendenbewegung in der BRD in Gang setzen kann, die diese marginale Summe so bald wie möglich aufbringt.

Der zweite Fortschritt resultiert aus den Diskussionen mit den gesellschaftlichen Bewegungen, die in meinem Buch „Grundlagen der teilhabenden Demokratie und des neuen Sozialismus“ – welches für die Arbeit der kritischen und gesellschaftlichen Gruppen bestimmt ist – widergegeben sind.

Die theoretischen Umrisse der postkapitalistischen Gesellschaft wurden zum erstenmal in unserem Buch „Das Ende des globalen Kapitalismus. Das Neue Historische Projekt“, dargestellt. Ich sage in „unserem Buch“, weil es sich um eine interdisziplinäre und internationale Arbeit handelt:

Ein argentinischer Philosoph, ein chilenischer Politikwissenschaftler, ein kubanischer Physiker, ein deutscher Mathematiker, ein deutscher Historiker und Universalgelehrter und ich, haben die zentralen Gedanken zu diesem Buch beigetragen. In den zahllosen Veranstaltungen, die wir in vielen Ländern Lateinamerikas, einschließlich Kuba, über „Das Ende des globalen Kapitalismus. Das Neue Historische Projekt“ organisierten, wurde dann immer wieder von den TeilnehmerInnen der Wunsch geäußert, ein kürzeres und popularisiertes Manifest der neuen Gesellschaftsordnung zu erarbeiten, welches für die politische Arbeit in Gewerkschaften, NGOs, Frauengruppen usw. nützlich wäre. In diesen Diskussionen habe ich wiederholt angeregt, dass die Gruppen selbst das Manifest schreiben, doch aus irgendeinem Grunde kam es nie dazu. Ich habe diese Arbeit dann selbst auf mich genommen und „Grundlagen der teilhabenden Demokratie und des neuen Sozialismus“ ist das Resultat. Wesentliche neue theoretische Teile in diesem Buch, als Antwort auf die Fragen aus den Bewegungen, beziehen sich auf das Konzept „Historisches Projekt“, welches konstitutiv für die neue Theorie ist, auf einige Aspekte der Übergangsphase zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts, zum Verhältnis zwischen altem und neuem Sozialismus und zur zeitlichen Dauer der Überwindung des Kapitalismus.

Das Buch ist ein weiterer Schritt nach vorne, aber natürlich ist das NHP ein kollektiver Prozess ständiger Weiterentwicklung unter Beteiligung aller Interessierten und Betroffenen.

Vielleicht ist es interessant, im Telegrammstil einen kurzen Überblick über den Inhalt zu geben. Die formale Struktur des Buches ist folgende.

Grundlagen der teilhabenden Demokratie und des Neuen Sozialismus

1. Polemik um den Neuen Sozialismus
2. Ende der bürgerlichen Zivilisation
   2.1. Wissenschaft und Neuer Sozialismus
   2.2. Strukturelle Erschöpfung der konstitutiven bürgerlichen Institutionen
      2.2.1. Die nationale Marktökonomie
      2.2.2. Die nur formale oder repräsentative Demokratie
      2.2.3. Das bürgerliche Subjekt

3. Objektive Bedingungen für Sozialismus sind erreicht
   3.1. Objektives Wissen über den Menschen wird immer größer
   3.2. Wachsendes Verständnis der Gesellschaft als dynamisch-komplexes System
   3.3. Für Sozialismus historisch notwendige Produktivitätsniveaus sind erreicht
   3.4. Phylogenetischer Entwicklungsprozess der Menschheit geht zur direkten Demokratie

4. Das Historische Projekt von Marx: Basisdemokratie (Sozialismus), 19. Jahrhundert
   4.1. Historische Projekte als Motor der Geschichte
   4.2. Theoretische Grundlagen des Marxschen Projekts
   4.3. Historische Unmöglichkeit des Projekts: Fehlen der objektiven Bedingungen

5. Das Neue Historische Projekt: Basisdemokratie (Sozialismus), 21. Jahrhundert
   5.1. Die demokratisch geplante Äquivalenzwirtschaft
   5.2. Die neue Basisdemokratie
   5.3. Das rational-ethische-ästhetische Subjekt

6. Die Übergangsphase zum Neuen Sozialismus
   6.1. Das Subjekt der Veränderung
   6.2. Zeit als Wertmassstab der Arbeit
   6.3. Komplexe und einfache Arbeit

7. Lateinamerika in der Übergangsphase zum Sozialismus

Im folgenden erwähne ich einige Grundgedanken des Buches. Die Analyse des zweiten Kapitels zeigt mit Hilfe verschiedener Indikatoren, vor allem der Systemtheorie, dass die bürgerliche Zivilisation in ihre Endphase eingetreten ist. „Endphase“ ist dabei nicht als relativ kurzfristig bevorstehender Zusammenbrach des Kapitalsystems zu verstehen, sondern als Phase struktureller Unfähigkeit der wichtigsten Subsysteme (Institutionen), das Gesamtsystem bürgerlicher Herrschaft zu reproduzieren. Die Dysfunktionalität zentraler Subsysteme in einem Gesamtsystem ist ein wissenschaftliches Kriterium für die Bestimmung der Überlebensfähigkeit und -dauer des höhergeordneten Systems, zu dem sie gehören.

Bürgerliche Zivilisation beruht auf drei wesentlichen Subsystemen oder Institutionen: der nationalen Marktwirtschaft, der formalen oder repräsentativen Demokratie sowie dem kritischen bürgerlichen Subjekt. Jedes dieser Subsysteme befindet sich in einer strukturellen Krise, die es zunehmend in Widerspruch zur notwendigen Befriedigung der gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisse treten lässt:

1. die nationale Marktwirtschaft aufgrund ihrer inneren Widersprüche und der antidemokratischen Globalisierung
2. die nur formale oder repräsentative Demokratie, die eine historisch notwendige und unvermeidliche Übergangsphase von der vordemokratischen (feudalen) zur realdemokratischen politischen Gesellschaftsorganisation darstellt, gegenwärtig jedoch nur als Unterfunktion der Basisdemokratie oder direkten Demokratie noch progressiv ist; steht sie allein, wie heute der Fall, genügt sie den wachsenden Teilhabeforderungen der Bürger nicht mehr, zumal sie zunehmend einer plutokrischen Involution unterworfen ist
3. das kritische bürgerliche Subjekt kann sich in einer durch nationale Marktwirtschaft und plutokratischer Demokratie strukturierten Umwelt nicht entwickeln; es wird ständig dysfunktionaler und muss zunehmend mehr manipuliert und unterdrückt werden.

Resümierend lässt sich sagen, dass die drei Pfeiler der bürgerlichen Gesellschaft diese nicht mehr tragen können und auch qualitativ sich nicht so verändern lassen, dass sie der Bourgeoisie eine Regenerationsetappe ermöglichen.

Das dritte Kapitel analysiert mittels dreier Indikatoren, ob die objektiven Bedingungen für den Sozialismus heute erreicht sind. Die Antwort ist ja, im Gegensatz zum 19. Jahrhundert.

Das objektive Wissen über die beiden Grundelemente der gerechten Gesellschaft ---homo sapiens und Gesellschaft-- wird immer umfangreicher. Mit zunehmendem Verständnis des genetischen Codes, des neurologischen Systems und der vitalen Zellmechanismen werden das individuelle Sozialverhalten und die Evolutionsmöglichkeiten des homo sapiens in der Dialektik seiner biologischen und kulturellen Konstitution ständig transparenter; gleichzeitig ermöglicht die Interpretation der Gesellschaft als dynamisch komplexem System den Entwurf gesellschaftlicher Entwicklungsziele jenseits von Utopismus und historisch überholter (obsoleter) Repression.

Eine weitere zentrale objektive Bedingung für den Sozialismus, und dies ist der zweite Indikator, besteht in der weitgehende Befreiung von notwendiger Arbeit durch hohe Arbeitsproduktivität. Dies ist heute schon gegeben: die für den Sozialismus historisch notwendigen Produktivitätsniveaus sind ohne Zweifel erreicht. Und schliesslich, drittens, ist die politische „DNA" der Geschichte heute eindeutig klar und lässt keinen Raum mehr für agnostische Posen: die Evolution geht dialektisch von der politischen Despotie zur teilhabenden Demokratie.

In vierten Kapitel erläutere ich, dass die meines Erachtens sinnvollste Kategorie zur Analyse von Gesellschaftsformationen und ihrer Evolutionsdynamik das Historische Projekt ist, welches den Entwicklungsstand der Produktivkräfte, die Produktions-Verhältnisse, die Staatsform und den Staatstyp, die Kultur, die Identität usf. als Funktion der Praxis des Entwicklungs-, Herrschafts- und Akkumulationsparadigmas einer herrschenden Klasse versteht. In diesem Sinne gab es historische Projekte der Feudalaristokratie, des Sklavismus, der Handelsbourgeoisie, der Industriebourgeoisie und des real existierenden Sozialismus, unter anderem. Das gleiche gilt für eine subordinierte Klasse die an die Macht gelangen will.

In der Diskussion über die theoretischen Grundlagen des Marxschen Projekts und seiner historischen Unmöglichkeit aufgrund fehlender objektiven Bedingungen wird erläutert dass Marx und Engels die einzigen Sozialwissenschaftler gewesen sind, denen es gelungen ist, gesellschaftliche Entwicklung als Resultat der dialektischen Interaktion zwischen der Praxis-Logik des Subjekts und der Logik des Systems zu konzipieren. Ihre Forschungsresultate und Praxisversuche waren den objektiven Bedingungen jedoch 200 Jahre voraus. Erst heute sind die objektiven Bedingungen (Produktivkräfte und Wissenschaft) erreicht, die eine reale Demokratie und demokratisch geplante Äquivalenz-Ökonomie möglich machen. Das Auseinanderklaffen (time lag) von Theoremen und objektiven Bedingungen könnte als subjektive Beschränktheit der Marxschen und Engelsschen Genialität verstanden wären. Doch dem ist nicht so. Es handelt sich vielmehr um ein normales Phänomen in Wissenschaft und auch Kunst. Viele Theoreme Einsteins oder der Quantenmechanik z. B. sind erst Dekaden nach ihrer Konzeptualisierung empirisch belegt worden.

Das fünfte Kapitel entwickelt die Grundargumentation der neuen, postkapitalistischen Institutionalität. Die drei im vorhergehenden genannten wesentlichen Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft, die heute im Endstadium (terminale Phase) ihrer Funktionalität angelangt sind, werden in der postkapitalistischen Gesellschaft durch folgende konstitutive Institutionen ersetzt: die demokratisch geplante Äquivalenzwirtschaft, die auf der objektiven Wertlehre beruht, die neue teilhabende Basisdemokratie und das rational-ethische-ästhetische Subjekt.

Im sechsten Kapitel, das von der Übergangsphase zum Neuen Sozialismus handelt, wird diskutiert, dass die emanzipatorischen Subjekte multi-ethnisch und multi-klassistisch sind und dass der Avantgardecharakter dieser Subjekte durch ihre Praxis definiert wird, nicht durch formale Kriterien wie Berufstätigkeit, Geschlecht, Ethnie, Nationalität usw. Es kann und wird kein weltweites Zentralkomitee der Befreiung geben, sondern globale Praxis durch globales programmatisches Bewusstsein über den Weg zur postkapitalistischen Gesellschaft. Das Ende des weltkapitalistischen Systems wird letztendlich mit der Logik der Implosion erfolgen, wie in der Sowjetunion oder im Iran des Schahs, doch sind die traditionellen institutionellen und nichtinstitutionellen Formen des antikapitalistischen Kampfes, wie Bewusstseinsbildung, Streiks, Aufstände, bewaffneter Kampf usf., integraler Teil der Transformationsphase.

Es wird ferner gezeigt, dass Zeit ein objektives Wertmass ist --- im Gegensatz zu Geld, dass lediglich inter-subjektiven gesellschaftlichen Charakter hat. Im letzten Teil des Kapitels wird auf die Notwendigkeit hingewiesen das absolute Gerechtigkeitspostulat der Äquivalenz-Ökonomie in der Übergangsphase aus pragmatischen Gründen zu relativieren.

Das letzte Kapitel über „Lateinamerika in der Übergangsphase zum Sozialismus" elaboriert die Wege die nötig sind, nationale Massenbewegungen zu schaffen, mittels der kollektiven Entwicklung von Regierungsprogrammen, die über die Konstitution eines lateinamerikanischen Regionalblocks, Simon Bolívars „Patria Grande", durchgesetzt werden und als strategische Perspektive den neuen Sozialismus enthalten.

2) In welchen Ländern wird zur Zeit das NHP diskutiert und welche gesellschaftlichen Kräfte sind daran beteiligt?

Das NHP ist bisher in Buchform als „Ende des globalen Kapitalismus" oder in der weiterentwickelteren populären Fassung, als „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" bzw. teilhabender Demokratie in den folgenden Ländern veröffentlich worden. In Argentinien vom Verlag „Editorial 21". Das ist ein Verlag der von einem früheren Mitglied der argentinischen Guerrillabewegung Ejército Revolucionario del Pueblo (ERP) geleitet wird. Dieser Genosse war jahrelang im Untergrund, danach im Gefängnis und dann im Exil. Bei Erscheinen des Buches haben wir mit ihm ein dreitägiges Seminar in Buenos Aires gemacht. Jeden Abend beteiligten sich ca. 300 Personen, unter ihnen GewerkschaftlerInnen, ex -Guerrilleros, StudentInnen, ProfessorInnen, ArbeiterInnen, Arbeitslose. Mit mir war ein Co-Autor des Buches, der kubanische Physiker Raimundo Franco in Buenos Aires, der auch auf eurem Kongress in Göttingen war.

Dieses Seminar war sozusagen die Feuerprobe der Theorie und ich denke, dass sie erfolgreich bestanden wurde, da alle Fragen hinreichend beantwortet werden konnten. Aus diesen Dialogen entstand die populärere Form, „Der Sozialismus oder die reale Demokratie des 21. Jahrhunderts", die ebenfalls zunächst in Argentinien veröffentlicht wurde und dort in Studienzirkeln von den Mitgliedern des dreitägigen Seminars weiter bearbeitet wird. In dieses Werk habe ich eine Methodologie für die Erarbeitung eines nationalen, hemisphärischen und globalen Regierungsprogramms eingearbeitet, mit der diese Gruppen jetzt an einem Regierungsprogramm mit sozialistischer Endperspektive arbeiten. Wenn dieses Programm schon da wäre, würde die Krise in Argentinien natürlich ganz andere Möglichkeiten eröffnen, als die die heute existieren. Zwischen Mitte März und April 2002 machen wir einen neuen Kongress in Buenos Aires, auf dem die argentinische Bewegung für teilhabende Demokratie (Movimiento por la Democracia Participativa, MPD) gegründet wird, zusammen mit den gesellschaftlichen Basisbewegungen, vor allem den Piqueteros.

Das „Ende des globalen Kapitalismus" wurde ebenfalls in Kolumbien veröffentlicht und zwar von einer sozialistischen Bewegung, die dort eine Zeitung herausgibt. Ein Freund aus dem Ejército de Liberación Nacional (ELN) sagte mir vor einigen Jahren, dass in ihren Schulungslagern vor allem drei Autoren benutzt werden, darunter die Arbeiten Noam Chomskys und meine. Inzwischen benutzen sie wohl auch das „Ende des globalen Kapitalismus", das ich ihnen zugesandt habe. Die Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) haben inzwischen den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts" erhalten und ich glaube, dass das Buch sehr wichtig für sie sein wird, da es das für sie einzig mögliche neue historische Projekt enthält. Es ist wahrscheinlich, dass es bald auch in Kolumbien gedruckt wird.

In Mexiko ist der „globale Kapitalismus" von dem transnationalen Verlag „Oceano" veröffentlicht worden und der „neue Sozialismus" erscheint in einer zehntausender Auflage im Januar, als Studienausgabe der Partido del Trabajo (PT), der Partei der Arbeit, die im mexikanischen Parlament vertreten ist. Diese Ausgabe enthält das Kommunistische Manifest, also den Sozialismus des 19. Jahrhunderts und den Sozialismus des 21. Jahrhunderts, mit einem Vorwort über die neue Weltordnung nach Afghanistan. Im Dezember haben wir das Buch auf einem Kongress mit 1300 Teilnehmern in die dissidente Erziehungsgewerkschaft (CNTE) eingeführt und ebenfalls in die Minengewerkschaft. Da ich regelmässig in der Monatszeitschrift der Elektrikergewerkschaft (SME) veröffentliche, werden wir das Gedankengut des neuen Sozialismus ab Januar auch in diese enorm wichtige Bewegung tragen.

In Kuba ist das „Ende des globalen Kapitalismus" vom staatlichen Instituto Kubano del Libro, nach einem Gespräch mit dem Kultusminister, Abel Prieto, veröffentlicht wurden. Wir haben es nach Erscheinen in einem dreitägigen Seminar mit dem zentralen Gewerkschaftsverband (CTC) und Repräsentanten der Partei, des Staates, wissenschaftlicher Institute, gesellschaftlicher Organisationen etc. diskutiert. Alle Provinzdelegierte der CTC haben ein Exemplar des Buches erhalten. Auf einem Weltwirtschaftskongress in La Habana im Februar 2000 habe ich über das Buch referiert und Fidel, der dabei war, sagte nach dem Vortrag, dass er das Buch gerne hätte. Ich habe es ihm persönlich überreicht und einige Tage später, in einem Gespräch mit Raúl Castro, auch an Raúl weitergegeben.

Im Oktober 2001 haben wir in Kuba erneut ein zweitägiges Seminar gemacht über das Werk „Sozialismus des 21. Jahrhunderts", an dem, unter anderem, der Präsident der Akademie der Wissenschaften, ein ex-Planungsminister, Mitglieder der Universität von La Habana und Staatsfunktionäre teilnahmen. Die Entscheidung darüber, ob der „neue Sozialismus" in diesem Jahr in Kuba veröffentlicht wird, fällt im Februar 2002.

In Brasilien wurde das „Ende des globalen Kapitalismus“ von einem kleinen Verlag in Sao Paulo veröffentlicht, aber es bedarf dort einer zusätzlichen Initiative um es in die politischen und gesellschaftlichen Bewegungen zu tragen. Der „neue Sozialismus“ ist inzwischen übersetzt und wird von einer Universitätsstiftung im Februar herausgebracht.

In Venezuela hat die Stadt Caracas, die von dem bolivarianischen Revolutionär und Bürgermeister Freddy Bernal geleitet wird, eine fünftausender Ausgabe für die politische Arbeit mit den Bolivarianischen Zirkeln und Basisorganisationen gedruckt. Das „Ende des globalen Kapitalismus“ wird von den kritischen Professoren in den Universitäten verwandt, über den Import aus Argentinien.

In Mittelamerika ist der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ von der revolutionären Tendenz (Tendencia Revolucionaria) der FMLN veröffentlicht worden und wird zur Schulung mit den Mitgliedern und Sympathisanten der Bewegung benutzt. In Ecuador, schliesslich, hat die Sozialistische Partei (SP) das Buch veröffentlicht. Es wird in der Allianz benutzt, welche aus patriotischen Militärs (C-21), der Indigena-Bewegung CONAIE und gesellschaftlichen Organisationen besteht, die am 21. Januar 2000 den Präsidenten Yamil Mahuad stürzten. Es wird, unter anderem, zur Erarbeitung des Regierungsprogramms für die Wahlen im August 2002 benutzt, an dem die Allianz teilnehmen wird.

Die russische Übersetzung des „globalen Kapitalismus“ ist fertig und die des neuen Sozialismus wird am 15. Januar 2002 beendet. Es gibt eine Übereinkunft mit der russischen Akademie der Wissenschaften, beide Bücher in diesem Jahr zu veröffentlichen. Die chinesische Ausgabe des gleichen Buches habe ich im Oktober 2001 in Beijing vorgestellt, eingeladen von der Akademie der Wissenschaften. Im Mai 2002 erscheint die chinesische Edition des „neuen Sozialismus“. Die an der neuen Theorie Interessierten sind im wesentlichen Sozialisten und Maoisten, die die fröhliche Eingliederung Chinas in den neoliberalen Weltkapitalismus mit Horror sehen.

An der arabischen Übersetzung des „neuen Sozialismus“ wird zur Zeit gearbeitet und ich denke, dass sie im Juni veröffentlicht werden kann. Dies in kurzen Worten zur zweiten Frage, deren Beantwortung mir selbst deutlich macht, dass wir doch sehr, sehr schnell vorankommen in der Konstruktion der antikapitalistischen Weltbewegung; denn das was ich hier aufgezählt habe, ist in vier Jahren passiert. Es gibt also viel Hoffnung auf positive Änderung.

3) Wie beurteilst Du die derzeitige Situation in Lateinamerika? Ist es denkbar, dass eine regionale Ökonomie auf Grundlage des Äquivalenzprinzips ensteht, und welche Auswirkungen könnte das auf andere Länder haben?

Die Entwicklung zur Äquivalenzökonomie ist ein objektiver Prozess, der drei wesentliche Komponenten hat:

1. die objektive technische und wissenschaftliche Entwicklung
2. die aus dieser resultierende wachsende Disparität zwischen einem möglichen sinnvollen Dasein für alle Weltbürger und dem kapitalistischen Weltchaos und
3. der aus dieser Disparität entstehende politisch bewusste Kampf für die nachkapitalistische Zivilisation, der um die beiden Forderungen der Teilnahme und sozialen Gerechtigkeit zentriert ist.

Der erste Faktor ist weiter entwickelt in den Metropolen; die anderen beiden sind weitaus stärker fortgeschritten in Lateinamerika. Meines Erachtens ist es möglich, in der jetzigen Übergangsphase zum neuen Sozialismus stufenweise erste Elemente der Äquivalenzökonomie in die nationalen und regionalen Subsysteme der Weltwirtschaft einzuführen. Ich denke, dass dies schneller in Lateinamerika passieren wird als in der Ersten Welt, aufgrund des zweiten und dritten Faktors. Im Grunde wären alle ökonomischen Segmente unserer Wirtschaften, ausgenommen einige transnationale lateinamerikanische Konzerne, mit dem Äquivalenzprinzip lebensfähiger als mit dem Marktprinzip und daher potenzielle politische Alliierte: Kleinbauern, Arbeiter, Kleinunternehmer, mittlere Bourgeoisie, usw. Die Schnelligkeit dieses Fortschritts hängt davon ab, wie vehement wir in die Kleinbourgeoisie, die Gewerkschaften, die gesellschaftlichen Basisorganisationen und in Kuba das NHP einführen können. Ich denke, dass wir in spätestens vier bis fünf Jahren eine beträchtliche Massenbasis haben werden, die dann konkret für die Einführung von Elementen der neuen Wirtschaftsform kämpfen wird.

Die Auswirkung auf andere Länder ist klar. Die Ausbeutungs- und Unterdrückungszusammenhänge werden deutlicher und schaffen Legitimitätsprobleme für das Kapital allgemein und die G-7 Ausbeuter, im besonderen. Das fördert die Bewusstseinsbildung und transformierende Praxis in den ausgebeuteten Ländern des Systems und erschwert denjenigen, die privilegiert im ausbeutenden Pol (Erste Welt) leben, die Rationalisierung ihrer Privilegien. Das ist der Moment der Wahrheit in dem die Ehrlichen sich auf die Seite der Transformation stellen werden und die anderen, auf die Seite der imperialistischen Unterdrücker.

4) Siehst Du realistische Möglichkeiten für die Umsetzung einer partizipativen Demokratie?

Wir befinden uns bereits in der Übergangsphase zur teilhabenden Demokratie. Dies wird, unter anderem deutlich in der Entscheidung, die fortschrittliche Bürgermeister der PT in Brasilien ihren Bürgern eingeräumt haben in der Verteilung der Gemeindebudgets, z. B. in Millionenstädten wie Belen oder Porto Alegre, oder auch, ab 2002 in Caracas (Venezuela) und Mexico Stadt. Diese direkte Einflussnahme auf die Gemeindehaushalte muss sich erweitern auf die Länder- und Bundeshaushalte, aber der erste Schritt ist getan. Die fortschreitende Entwicklung des Internets und der Computer erlaubt es heute schon, alle transzendentalen Entscheidungen der res publica, des Staates, von den Massen entscheiden zu lassen. Dies ist, im Grunde, der Totengesang für die bürgerliche oder nur repräsentative Demokratie. Die parlamentarischen Repräsentanten, die in der Realität das Volk nicht repräsentieren sondern substituieren ---weshalb es korrekter ist, von der substitutiven als von der repräsentativen Demokratie zu sprechen--- werden zunehmend überflüssig aufgrund der technologischen Entwicklung die die Bourgeoisie selbst vorantreibt. Sie gräbt sich in der Tat ihr eigenes Grab.

Das Bewusstsein dieses Prozesses ist in der Ersten Welt nicht präsent, da der quid pro quo des Herrschaftsvertrages zwischen Elite und Beherrschten folgender ist: materieller Wohlstand gegen Aufgabe des Souveränitätsanspruchs des Bürger. Solange die Ausplünderung der Dritten Welt funktioniert, funktioniert auch dieser implizite Herrschaftsvertrag. Daher die ungeheure Brutalität der Ersten Welt in der Behandlung der Dritten Welt. Die Raison ihres Terrors gegen die „Verdammten dieser Erde“ liegt in der Verewigung ihrer eigenen Herrschaft. Die Opferung der Dritten Welt ist die Bedingung ihrer Existenz als Elite. Dieser status quo ist unvereinbar mit der objektiven Entwicklung zur partizipativen Demokratie und wird von letzterer überwunden werden, wie das stets in der Geschichte der Fall gewesen ist, wenn der Voluntarismus eines menschlichen Kollektivs der objektiven Entwicklung entgegenläuft.

5) Was läßt sich aus lateinamerikanischer Sicht zur auflebenden europäischen Bewegung gegen den Neoliberalismus sagen? Wo siehst Du Anknüpfungspunkte für eine internationale Zusammenarbeit und Globalisierung der Kämpfe für eine nicht-kapitalistische Gesellschaft?

Die europäische Bewegung gegen den Neoliberalismus und alten-neuen Imperialismus ist sehr wichtig, gerade weil die politischen und intellektuellen Eliten der Europäischen Union korrupte Komplizen des US-Terrors in der globalen Gesellschaft sind. Die Zusammenarbeit, über partielle gemeinsame Interessen hinaus, kann auf breiter Basis nur über ein gemeinsames historisches Projekt erfolgen, welches, seiner Natur nach, nur ein nicht-kapitalistisches sein kann.

Angesichts der strukturellen Unfähigkeit der prinzipiellen bürgerlichen Institutionen, weiterhin positive Beiträge zu einer sinnvollen Existenz der Menschheit zu liefern, stellt sich die Frage nach der neuen Zivilisation gleichermassen bei uns wie bei Euch. Die reaktionäre Antwort darauf geben die Vordenker des neuen Faschismus, wie Sloterdijk et al., die sich aus einem mir unerfindlichen Grunde „Philosophen“ nennen. Vielleicht sollten sie sich, wie Stalins Filosofen, mit „F“ schreiben. Ihre Antwort ist eine Mischung aus Aldous Huxleys „Brave New World“ und Ray Bradburys „Fahrenheit 451“.

Daneben existieren die Intellektuellen des liberalen und sozialdemokratischen europäischen Establishments, wie Jürgen Habermas, Norberto Bobbio, Ralf Dahrendorf, Anthony Giddens etc., die nichts wesentliches zur Befreiung der Menschheit beitragen. Sie sind die Schöngeister des europäischen Imperialismus, die eine parasitäre Existenz auf Kosten der Verdammten dieser Erde pflegen. Es ist offenbar, dass kein dezenter Mensch in der terroristischen oder liberalen Komponente des Weltkapitals seinen Platz finden kann. Es bleibt daher nur die Zukunft der partizipativen Demokratie und der demokratisch koordinierten Äquivalenzökonomie als sinnvolle Plattform für menschliche Existenz im 21. Jahrhundert: dies ist der Anknüpfungspunkt für eine internationale Zusammenarbeit und Globalisierung der Kämpfe für die nicht-kapitalistische Weltgesellschaft.